Antifaschistisches info Blatt

Nr. 112 | Herbst 2016 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



TÜRKISCHER NATIONALISMUS

www.antifainfoblatt.de



Foto: Roland Geisheimer / attenzione photo

DAS ERSTARKEN DES TÜRKISCHEN NATIONALISMUS

Der Einfluss rechter und nationalistischer türkischer Bewegungen in Deutschland nimmt zu. Der gescheiterte Putsch in der Türkei und die repressiven Kurden-Politik Erdoğans lassen die Spannungen in der türkeistämmigen Community eskalieren.



Foto: screenshot facebook

„ALLIANCE FOR PEACE AND FREEDOM" UND „EUROPA TERRA NOSTRA"

Mit der als Verein eingetragenen Stiftung „Europa Terra Nostra" (ETN) und der Parteienallianz „Alliance for Peace and Freedom" (APF) organisiert und finanziert ein europaweites Netzwerk von Neonaziparteien seine Aktivitäten — mithilfe von EU-Geldern.



PEGIDA VERTRAULICH

Von Dresden aus stricken die Organisatoren der rechten Protestmärsche insgeheim an einem bundesweiten Netzwerk. Es schwankt zwischen Dilettantismus und Größenwahn.



ACTION ANTIFASCISTE PARIS BANLIEUE

2013 wurde der 18 jährige Antifaschist Clément Méric von Neonazis in Paris ermordet. Vom 3.—5. Juni 2016 fand in Paris ein Aktionswochenende zum Gedenken an Clément statt. Dort führten Genoss_innen der Antifa Pinneberg für das AIB ein Interview mit der Action Antifasciste Paris Banlieue.

Titel: Köln, 31.07.2016 — Großkundgebung von bis zu 40.000 Anhängern des türkischen Präsidenten Erdoğan. Foto: Roland Geisheimer / attenzione photo

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA

RASSISMUS

GESCHICHTE

GESELLSCHAFT

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Die Berliner 1. Mai-Demonstration 2016 läuft mit 20.000 Teilnehmenden durch Kreuzberg. Vor dem Vereinslokal eines Fussballvereins provozieren türkische Nationalisten kurdische Demonstrationsteilnehmer_innen. Sie werden beschimpft und angespuckt, eine Flasche fliegt in den internationalistischen Block. Viele bekommen von dem Geschehen nichts mit oder sie können nicht interpretieren, was sie sehen. Die Auseinandersetzung findet keinen Eingang in das Friedrichshain-Kreuzberger Register, welches die „Dokumentation von rassistisch, antisemitisch, lbgtiq-feindlich*, antiziganistisch, rechtsextrem, rechtspopulistisch und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen" zum Ziel hat.

Das Ignorieren bzw. nebenher Agieren von linken Migrant_innen und „der Antifa" ist nicht neu. Obwohl die Szeneviertel mit ihrer linken Infrastruktur in den westdeutschen Großstädten oft die nun gentrifizierten ehemaligen „Gastarbeiterstadtteile" sind, läßt sich in der Antifaszene eine Bio-Deutschenquote wie im kleinstädtischen Schützenverein feststellen. Gleiches gilt für das linke subkulturelle Umfeld. Andersherum war die gewünschte Solidaritätsarbeit oft als Einbahnstraße angelegt und es gab berechtigte Kritik an den Revolutionsvorstellungen und der politischen Praxis türkischer und kurdischer linker Organisationen in Deutschland.

Mittlerweile werden die Angriffe von türkischen Faschisten auf linke Migrant_innen und Minderheiten stärker wahrgenommen. Die Attacken auf das Kreuzberger Büro der kurdischen HDP und verschiedene Wahlkampfstände (siehe Interview Seite 11) fanden Eingang in die oben genannte Chronik der Registerstelle. Es kommt auch zu solidarischen Handlungen. Beispielsweise führte der Kampf in Rojava gegen den IS zu gemeinsamen Solidaritätsinitiativen und -aktionen. Veranstaltungen zu den „Grauen Wölfen" werden zurzeit bundesweit von deutschen Antifaschist_innen gut besucht. Es gibt ein Interesse daran, was in der Türkei passiert. Das Wissen über die Vereinsstrukturen der Ülkücü-Bewegung, die in Deutschland als Idealistenvereine (Seite 8) auftreten, ist aber weiterhin gering. Gleiches gilt für die politische Praxis türkischer Faschisten, wenn es nicht um den Kampf gegen die kurdische Bewegung geht. Der türkische Nationalismus und mit ihm im Schlepptau die „Grauen Wölfe" sind auch bei anderen Themen in Deutschland mobilisierbar: Zum Beispiel beim Umgang mit dem Massenmord an der armenischen Bevölkerung 1915/16 oder bei der Abwehr des jüngsten Militär-Putschversuchs. Wie die Mehrheit der hiesigen Antifabewegung hatten wir vor der Erstellung des Schwerpunkts nur geringes Wissen über türkische Faschisten. Wir danken daher den Gastautor_innen, die diese Ausgabe möglich gemacht haben.

Mit Sorge haben wir die starken Wahlergebnisse der AfD in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zur Kenntnis genommen. Damit befindet sich Deutschland nun vollends im europäischen Trend von starken nationalkonservativen Fraktionen im parlamentarischen System. Wir müssen erneut feststellen, die AfD wird nicht trotz, sondern wegen ihrer rassistischen und zum Teil völkischen Agenda gewählt. Mit den zwei jüngsten Wahlen etabliert sich die AfD weiter im Parteiengefüge Ostdeutschlands. Wie wichtig antifaschistische Interventionen bleiben, verdeutlichen die konkreten Auswirkungen ihrer menschenverachtenden Diskurspolitik. Situationen wie jüngst im sächsischen Bautzen, wo bis zu 300 Neonazis und Rassisten handfest gegen minderjährige Geflüchtete vorgehen und die Polizei diese anschließend für verantwortlich erklärt, sind auch ein Resultat der Hetze der AfD. Dass solche „Eskalationen" auch tödlich enden können, beweist die lange Liste an Todesopfern rechter Gewalt in Deutschland seit 1990.

Auch in deser Ausgabe müssen wir wieder auf Todesopfer rechter Gewalt hinweisen. Am 23. Juli wurde der 25-jährige syrische Flüchtling Mohammed Wissam Sankariin in Istabul entführt und ermordet. Seine Angehörigen bringen die brutale Ermordung mit seiner offen schwulen Lebensweise in Verbindung. Die türkische LGBT-Organisation Kaos GL berichtet, Sankarrin sei bereits fünf Monate zuvor entführt und vergewaltigt worden. Die Polizei hätte nichts zu Aufklärung der Tat unternommen und es gäbe wenig Hoffnung, dass die Täter ermittelt würden. Ebenfalls in Istanbul wurde Anfang August die LGBT-Aktivist_in und Sex-Arbeiter_in Hande Kader ermordet. Die Turkish Human Rights Association dokumentierte 2015 bereits 21 schwere Angriffe und Morde an LGBT-Personen in der Türkei. In Großbritannien, nahe Manchester, wurde am 7. Februar die Trans-Person William Lound aus LGBT-feindlichen Gründen erstochen. Der Täter Lee Arnold muss nun für mindesten 23 Jahre ins Gefängnis. In Harlow, ebenfalls in Großbritannien, wurde Mitte August ein 40-jähriger Mann mit polnischer Staatsangehörigkeit ermordet. Er wurde mit einem Bekannten unvermittelt von einer Gruppe von 20 Jugendlichen angegriffen und dabei tödlich verletzt. Die Polizei bewertete den Angriff als rassistisch motiviert. Gegen sechs Jugendliche wird nun ermittelt. Im serbischen Pirot wurde im August nahe der bulgarischen Grenze ein 20-jähriger Afghane erschossen. Der festgenommene Täter war Angehöriger einer privaten Miliz zur Sicherung der Grenzregion gegen Migrant_innen. Im finischen Helsinki kam der 28-jährige Jimi Joonas Karttunen am 10. September zufällig an einer Kundgebung der finnischen Widerstandsbewegung (SVL) vorbei. Er brachte deutlich zum Ausdruck, was er von ihrer extrem rechten Gesinnung hält. Daraufhin wurde er von mehreren Neonazis angegriffen und zusammengeschlagen. Jimi Joonas Karttunen starb sechs Tage später an einer Hirnblutung. Mittlerweile wurde ein Neonazi wegen Totschlags festgenommen (siehe auch: www.varisverkosto.com).

Wir trauern um alle Todesopfer rechter, rassistischer, antisemitischer, homophober und transphoper Gewalt. •

Richtigstellung
In dem Artikel „Von Zweifeln und guten Gründen" von Gerd Wiegel im AIB 111 ist davon die Rede, dass der Gutachter zum NPD-Verbot Dirk Wilking gewesen sei. Tatsächlich erstellte Dierk Borstel das Gutachten.

Shut it down! Zehn Schwerverletzte bei Neonazikundgebung in Sacramento (USA)

Am 26. Juni riefen die „Traditionalist Worker Party" und die „Golden State Skinheads" zu einer Kundgebung vor dem Capitol der kalifornischen Hauptstadt Sacramento auf. Beide Gruppen treten offen nationalsozialistisch und extrem aggressiv auf. Vorgebliches Ziel der Kundgebung war es auf den „Krieg gegen die weiße Rasse" aufmerksam zu machen. Tatsächlich sollte die Kundgebung verdeutlichen, dass die extreme Rechte auch in den vielfältig geprägten Großstädten Kaliforniens aktionsfähig sei.

Unter dem unmissverständlichen Motto „Shut it down" mobilisierte die „Antifa Sacramento" zu direkten Aktionen gegen den Neonaziaufmarsch. Etwa 400 Antifaschist_innen folgten diesem Aufruf und besetzten bereits mehrere Stunden vor der geplanten Neonazikundgebung mehrere Kreuzungen rund um das Capitol. Die Polizei war mit knapp 100 Einsatzkräften für kalifornische Verhältnisse recht stark vertreten. Ein kurzer Versuch, den direkten Kundgebungsort der Neonazis zu besetzen, wurde durch die Polizei mittels Pferden und Pepperballs zunächst unterbunden. Darüber hinaus wurden die sich versammelnden Antifaschist_innen jedoch nicht weiter belästigt.

Etwa 20 Neonazis erschienen schließlich geschlossen auf der Rückseite des Capitols. Diese waren offensichtlich bewaffnet und trugen einheitliche Schilde, die ein Keltenkreuz zeigten. Darüber hinaus zeigten die Neonazis den in den USA nicht verbotenen Hitlergruß und brachten so unmissverständlich ihre politische Gesinnung zum Ausdruck. Die anwesenden Antifaschist_innen bewegten sich zu den Neonazis und machten diesen klar, dass sie in Sacramento nicht willkommen sind. Nach einer kurzen, gewalttätigen Auseinandersetzung flohen die Neonazis in das Capitol und zurück zu ihren Autos. In dem unübersichtlichen Handgemenge zogen mehrere Neonazis Messer und stachen wiederholt auf Antifaschist_innen ein. Die in Sichtweite stationierte Polizei griff in diese Konfrontation nicht ein und versuchte lediglich, die Verfolgung der fliehenden Neonazis zu unterbinden.

Der Tag endete mit einer verhinderten Neonazikundgebung, 10 Schwerverletzten, davon 9 Antifaschist_innen und keinen Festnahmen. Fast alle schweren Verletzungen wurden durch die Messer der Neonazis zugefügt. Es ist nur ein glücklicher Zufall, dass es durch die Angriffe der Neonazis keine Toten gab. Diese hatten auch mindestens eine Schusswaffe mitgebracht, diese jedoch in der Schlägerei verloren. Gezielt wurden nicht-weiße Antifaschist_innen angegriffen, so dass überproportional viele Schwarze verletzt wurden. Für die verletzten Antifaschist_innen wurde eine Spendenkampagne eingerichtet, (https://rally.org/June26th) mit der bereits mehr als 20.000 $ eingesammelt werden konnten.

Die Messerangriffe in Sacramento reihen sich in eine Entwicklung in den USA ein, bei der die extreme Rechte zunehmend aggressiver in der Öffentlichkeit auftritt. So hatten zuletzt Mitglieder des Ku-Klux-Klan Gegendemonstrant_innen in Anaheim angegriffen (vgl. AIB 111). Auch hier war die Polizei nicht gegen die Angreifer vorgegangen und hatte stattdessen Antifaschist_innen festgenommen.

Rückblickend lässt sich durch die Geschehnisse in Sacramento vermuten, dass es den Neonazis durch das Mitführen von Waffen von Anfang an auch darum ging, politische Gegner_innen anzugreifen.

Diese Eskalation rund um Versammlungen der extremen Rechten stellt die antifaschistische Bewegung in den USA vor Herausforderungen. Die lockeren Waffengesetze und die menschenverachtende Ideologie der Neonazis bilden eine tödliche Kombination, deren Antwort wohl nicht in einer gleichsamen Aufrüstung von Antifaschist_innen liegen kann. •

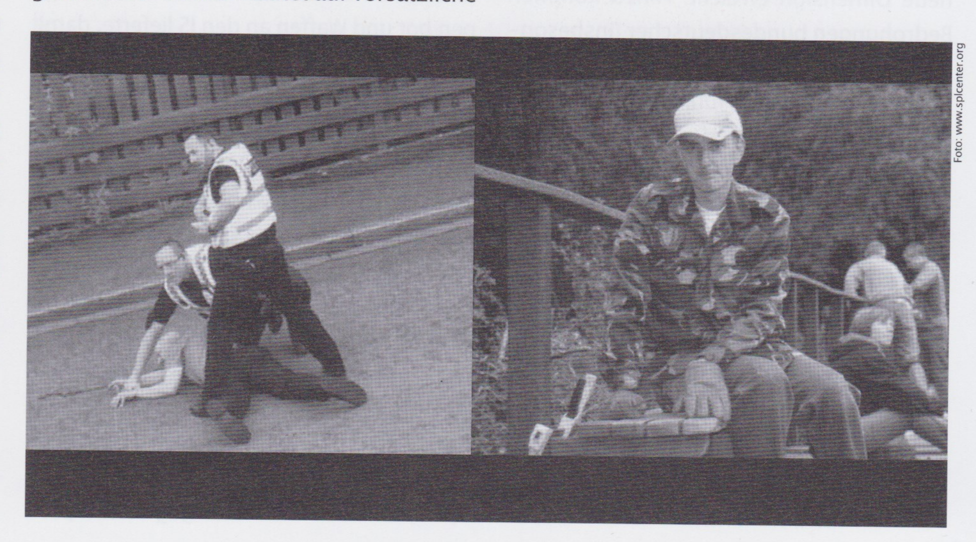


Morde in München mit rechtem Hintergrund

■ Am 22. Juli 2016 richtete der Deutsch-Iraner Ali David S. am und im Münchner Olympia-Einkaufszentrum mit einer Schusswaffe ein Blutbad an. Er tötete neun Menschen und anschließend sich selbst. Die Tat von Ali David S. wurde in den meisten Medien als Amoklauf beschrieben, der sich aus einer psychischen Erkrankung und der Erfahrung des Mobbings durch Gleichaltrige gespeist habe. Doch Ali David S. war laut anderer Medienberichten auch ein Rassist mit rechten Überzeugungen. Ali David S. beging seine Tat demnach gezielt am fünften Jahrestag des verheerenden Anschlags durch den norwegischen rechten Massenmörder Anders Behring Breivik. Der Attentäter hatte am 22. Juli 2011 in Oslo und auf der Insel Utøya 77 Menschen umgebracht. Da Ali David S. aus einer iranischen Familie stammt sei er stolz darauf gewesen, als Iraner und als Deutscher „Arier" zu sein. Den Iran sah er als die ursprüngliche Heimat der „Arier" an. Er habe es als „Auszeichnung" verstanden, dass sein Geburtstag, der 20. April 1998, auf den Geburtstag von Adolf Hitler fiel. Die Ermittler gehen daher auch der Hypothese nach, dass Ali David S. bewusst Menschen mit ausländischer Herkunft getötet habe. Schließlich hatten alle seiner neun Opfer einen Migrationshintergrund. Drei Jugendliche und eine 45 Jahre alte Frau waren türkischstämmig. Drei andere Jugendliche waren Kosovo-Albaner. Für eine explizite rassistische Gesinnung spricht auch ein Wortwechsel, den sich Ali David S. nach seiner Tat mit einem Anwohner des Olympia-Einkaufszentrums lieferte. Dabei rief er unter anderem „Scheißtürken!". Außerdem legte er Wert darauf, dass er Deutscher und in Deutschland geboren sei. Laut einem Computerspiel-Mitspieler schrieb er im Chat von Counterstrike: „Scheiss Deutschland wird überfüllt von Muslimen". Für den Mitspieler steht fest: „Er war sehr nationalistisch." Zudem soll er die rechte Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) glühend verehrt und verteidigt haben. Der Kulturtheoretiker Klaus Theweleit deutet allerdings auch auf andere Zusammenhänge hin, die solche Taten begründen. In einem Interview für die Taz sagt Theweleit: „Die Tötungen, um die es hier geht, werden ausgeübt von zerstörten Körperlichkeiten, begangen von meist jungen Menschen, die in ihrem Leben an einen Punkt gekommen sind, an dem sie aus ihren verschiedenen Konfliktlagen keinen anderen Ausweg mehr sehen, als das Leben anderer um sie herum auszulöschen." Der Täter aus München habe seine „Begründungsdekrete" von Breivik abgeschrieben, da sich dessen Morden als „Vorbildtat" bestens eigne. •

Rechtsmotivierter Mord an Jo Cox

■ Am 16. Juni wurde die britische Labour-Abgeordnete Jo Cox in West Yorkshire auf offener Straße von einem 52-jährigen Mann erschossen. Jo Cox hatte sich zuletzt gegen den Brexit ausgesprochen und davor gewarnt, dass dieser keine Lösung sei, mit den Herausforderungen durch die Migration in die EU umzugehen. Die Tat ereignete sich wenige Tage vor dem britischen Referendum zum EU-Austritt. Der noch am Tatort festgenommene Täter Tommy Mair rief während der Tat „Britain First". Einen Tag nach dem Mord veröffentlichte das „Southern Poverty Law Centre" aus den USA bereits erste Erkenntnisse zum extrem rechten Hintergrund des Täters. Demnach habe dieser seit den 1990er Jahren bei der US-amerikanischen Neonaziorganisation „National Alliance" diverse Pamphlete bestellt, die sich mit dem Bau von Waffen und der Herstellung von Sprengstoffen beschäftigten. Bei einer ersten Anhörung vor einem Londoner Gericht habe Mair auf die Frage nach seinem Namen gesagt: „Tod den Verrätern, Freiheit für Britannien". Der Gerichtsprozess ist für November 2016 angesetzt. Der Vorwurf lautet auf vorsätzliche Tötung und schwere Körperverletzung. Darüber hinaus werden dem Angeklagten der Besitz einer Feuerwaffe mit der Absicht, eine Straftat zu begehen sowie der Besitz einer Angriffswaffe zur Last gelegt. •


Foto: www.splcenter.org

TITEL

Der Einfluss extrem rechter und nationalistischer türkischer Bewegungen in Deutschland nimmt weiter zu. Seit dem so genannten gescheiterten Putsch in der Türkei, der repressiven Kurden-Politik der türkischen Regierung und der Armenien-Resolution des Bundestages eskalieren die Spannungen auch innerhalb der türkeistämmigen Community hierzulande.

Graue Wölfe und türkischer Nationalismus im Aufwind

KEMAL BOZAY

■ Seit den türkischen Parlamentswahlen im Juni und November 2015 sind die Grauen Wölfe erneut im türkischen Parlament vertreten und gewinnen auch hierzulande wieder mehr Einfluss. Spätestens seit der repressiven Kurdistan-Politik in Rojava/Syrien, der militärischen Intervention in den kurdischen Gebieten der Türkei und dem Scheitern des jüngst angeblich von der Gülen-Bewegung inszenierten Putschversuchs in der Türkei, treten auch in bundesdeutschen Städten extrem rechte und nationalistische türkische Vereinigungen vermehrt öffentlich auf. Die Welle der Gewalt und Mobilmachung hat mit Aktionen vor kurdischen und türkischen Einrichtungen eine neue Dimension erreicht. Hinzu kommen Bedrohungen bundesdeutscher (insbesondere türkisch- und kurdischstämmiger) PolitikerInnen, die im Juni 2016 der Armenienresolution der Bundesregierung zugestimmt haben. Doch der Erfolg der Grauen Wölfe, die in der Türkei in der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP/ Milliyetçi Hareket Partisi) und der Großen Einheitspartei (BBP/ Büyük Birlik Partisi) organisiert sind, beschränkt sich nicht allein auf die Wahlerfolge der MHP, sondern ist auch Produkt einer neuen nationalistischen Stimmung im Land, die sich durch das gesamte islamische und kemalistische Lager zieht. Profitiert haben die Grauen Wölfe insbesondere vom durch die islamische und neo-osmanische AKP-Regierung geschürten Nationalismus, der sie zur viertstärksten Kraft im Parlament avancieren ließ.

Nationalistische Ekstase

Der jüngst gescheiterte Putschversuch hat in vielen Teilen der Türkei eine nahezu nationalistische Ekstase ausgelöst. Nicht zuletzt hat Regierungsoberhaupt Recep Tayyip Erdoğan mit seiner AKP-Regierung einen aggressiv-nationalistischen Kurs eingenommen, der sich in einer repressiven Kurdistan-Politik und der außenpolitischen Haltung zeigt. Mehrere Dokumente belegen, dass die Türkei im Zuge des Syrien-Konflikts eine Plattform für islamistische Gruppen bot und Waffen an den IS lieferte, damit der kurdische Einfluss im Nachbarland Syrien gebrochen wird. Der IS rekrutierte viele Kämpfer aus der Türkei und sorgte durch Bombenanschläge — insbesondere gegen friedliche Demonstrationen von sozialistischen, linken und kurdischen Organisationen sowie jüngst gegen die Verlobungsfeier einer kurdischen Familie in Gaziantep — für Furore. Der nationalistische Kurs in der Kurdistan-Politik richtet sich gegen die Kämpfenden der PKK in den kurdischen Gebieten der Türkei sowie den verbreiteten Einfluss der kurdischen YPG-Kämpfer in Syrien und nicht zuletzt gegen die pro-kurdische HDP (Demokratiepartei der Völker), die bei den letzten Wahlen die 10 Prozent-Hürde überwunden hat und als drittstärkste Kraft im türkischen Parlament sitzt.

Bei Gülen handelt es sich um einen ehemaligen Weggefährten von Erdoğan, der durch sein islamisches Netzwerk (insbesondere im Bildungsbereich und staatlichen Institutionen) ein weltweites Imperium aufgebaut hat. Nicht zuletzt war es die AKP-Regierung selbst, die jahrelang der islamisch und nationalistisch ausgerichteten Gülen-Bewegung Unterstützung bot, damit sie ihre Macht weiter ausbauen konnte. Seit der Offenlegung illegaler Geldgeschäfte wichtiger AKP-Politiker im Dezember 2014 wurde Gülen zum Erzfeind ernannt, weil dieser angeblich die geheimen Dokumente verbreitet habe. Der gescheiterte Putsch löste dann eine gnadenlose Verfolgungsjagd auf seine Anhänger — darunter Soldaten, Staatsanwälte, Unternehmer und Journalisten — aus. Hinzu kommt die Verfolgung von Oppositionellen und kritischen Medien, die nicht der Gülen-Bewegung zuzuordnen sind. Gülen selbst ist schon vor Jahren in die USA übergesiedelt — weil er 1998 im Zuge des Präsidialputsches gegen die Islamisten in der Türkei unter Anklage stand. Auch wenn Gülen eine Beteiligung am versuchten Militärputsch zurückweist, werden seine Anhänger in der Türkei wei-



Foto: Roland Geisheimer / attenzione photo

terhin als terroristische Bande dargestellt, die danach strebe eine parallele Staatsstruktur aufzubauen.

Einfluss extrem rechter Organisationen nimmt zu

Der Einfluss extrem rechter türkischer Organisationen und ihrer Netzwerke ist seit Mitte der 1990er Jahre auch in Deutschland wieder enorm gestiegen. Mehr als 250 Vereine und Gemeinden sind bundesweit entstanden, die als Selbsthilfeorganisationen, Moscheegemeinden und Kulturvereine Einfluss auf das soziale Leben von Türkischstämmigen nehmen. Herausgebildet haben sich hier drei rechtsnationalistische Dachverbände: Türk Federasyon (Föderation der Idealistenvereine in Europa, ADÜDTF), ATIB (Türkisch-Islamische Union Europa) und ANF (Föderation der Weltordnung in Europa). Alle diese Verbände bekennen sich heute zur Tradition des Grauen Wolfes[1]. Der Graue Wolf stützt sich auf einen Mythos der nomadischen Göktürken, in dem der Wolf als legendäres Tier angesehen wird, das die türkischen Stämme vor der Unterjochung durch den Feind gerettet und sie von China nach Kleinasien geführt habe. Für die gegenwärtige türkische Rechte symbolisiert er die Militanz der politischen Bewegung[2].

Türkisch-Islamische Synthese

Der Einfluss dieser extrem rechten Bewegungen in Deutschland kann nicht allein mit hiesigen Rahmenbedingungen erklärt werden. Die praktischen Erfahrungen zeigen, dass die sozialen und politischen Entwicklungen in der Türkei die politische Orientierung der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland stark beeinflussen. Die extrem rechte Bewegung in der Türkei stützt sich ideologisch auf ein Konglomerat von verschiedenen nationalistischen und islamistischen Diskursen: dem sogenannten idealistischen Nationalismus (Ülkücülük). Dieser beinhaltet einen ausgeprägten Rassismus gegenüber allen nicht-türkischen Bevölkerungsteilen sowie eine antidemokratische Grundhaltung, die Propaganda u.a. gegen Linke, Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschaften betreibt. Im Mittelpunkt steht der Islam in seiner konstituierenden Rolle des sogenannten Türkentums, d.h. die Türkisch-Islamische Synthese (Türk İslam Sentezi) deren Kernelement die Untrennbarkeit von türkisch-nationalen und islamischen Bestandteilen als Gegenpol zum Einfluss linker Ideen ist sowie die Neun-Strahlen-Doktrin (Dokuz Işık) des MHP-Führers Türkeş. Diese proklamiert den Weg zur nationalistischen Türkei, die Autorität des Führers und nicht zuletzt die in Deutschland propagierte Kernideologie des Europäischen Türkentums (Avrupa Türkçülüğü), der als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität in Europa benutzt wird. Damit werden Migranten angesprochen, die ihren Lebensmittelpunkt in Europa haben, aber dennoch ihre türkisch-nationalistische Identität weiter verbreiten und für nationalistische Interessen mobil gemacht werden sollen[3].

Das verstärkte Auftreten nationalistischer, extrem rechter und kemalistischer Bewegungen sowohl in der Türkei als auch in Deutschland korreliert dabei zweifelsohne mit der Entwicklung des Konflikts um die sogenannte Kurden-Frage. Diese hat in der Türkei eine nationalistische Ekstase hervorgerufen, die nicht nur eine Folge der Kriegshysterie gegenüber sogenannten separatistischen Tendenzen ist. Vielmehr handelt es sich um die Neubelebung einer chronischen Existenzangst des türkischen Nationalismus. Durch die gesamte Geschichte der türkischen Republik hindurch wurde immer wieder die Angst vor dem Separatismus reproduziert, die heute das Rückgrat des türkischen Staatsnationalismus bildet. Dass Kurden in den Nachbarländern Irak und Syrien nach Autonomie streben und im türkischen Parlament die pro-kurdische HDP Fraktionsstärke hat, wird als Bedrohung wahrgenommen. Gerade durch den Import der politischen Auseinandersetzungen um die kurdische Frage in der Türkei und Syrien sowie um den gescheiterten Putschversuch der Gülen-Bewegung erhalten extrem rechte türkische Organisationen sowie kemalistische Einrichtungen neuen Aufwind, um das „europäische Türkentum" zu mobilisieren. Nach türkischem Vorbild ziehen Demonstranten durch bundesdeutsche Städte, verdammen die PKK und auch die Kurden. In manchen Großstädten wird sogar zur Hetzjagd auf Kurden und ihre Einrichtungen aufgerufen. Grundbausteine für diese Mobilisierung bilden dabei die politische Propaganda türkischer Politik, die Berichterstattung türkischer Medien sowie die extrem nationalistischen und teilweise islamischen Dachverbände in Deutschland. •

Literaturhinweise:

- Arslan, Emre (2009): Der Mythos der Nation im transnationalen Raum. Türkische Graue Wölfe in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag
- Aslan, Fikret/ Bozay, Kemal (2010): Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD, 3. Aktualisierte Auflage. Münster: Unrast Verlag.
- Bozay, Kemal (2009): „ich bin stolz, Türke zu sein!" Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung, 2. Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Bozay, Kemal (2016): Unter Wölfen?! Rechtsextreme und nationalistische Einstellungen unter Türkeistämmigen. In: Bozay, K./ Borstel, D.: Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS Verlag, S. 165—185.
- Dantschke, Claudia/ ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur (2013): „Der ideale Türke". Der Ultranationalismus der Grauen Wölfe in Deutschland. Eine Handreichung für Pädagogik, Jugend- und Sozialarbeit, Familien und Politik. Arbeitsstelle Islamismus und Ultranationalismus der ZDK gGmbH. Berlin: ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur.

1 vgl. Bozay 2009 2 vgl. Bozay 2016 3 vgl. Arslan 2009; Bozay 2009

TITEL

Unter der Bezeichnung „Ülkücüler" (Idealisten) sammelt sich ein extrem rechtes Netzwerk türkischer NationalistInnen. Dieses reicht von sogenannten Idealistenvereinen über Sportclubs bis hin zu Motorradgangs.

Das Netzwerk der Ülkücü-Bewegung

■ Unter dem Oberbegriff „Graue Wölfe" (Bozkurtçular), werden in Deutschland vor allem Anhänger der extrem rechten türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung" „Milliyetci Hareket Partisi" (MHP) — und der „Großen Einheitspartei" (BBP) zusammengefasst. Die von Alparslan Türkes 1969 gegründete MHP gilt als Urorganisation der Ülkücü-Bewegung (Idealisten-Bewegung). Bei der BBP handelt es sich um eine MHP-Abspaltung der 1990er Jahre, welche stärker religiös ausgerichtet ist.

Die „Grauen Wölfe" verfolgen das politische Ziel einer „Großtürkei" in den Grenzen des Osmanischen Reiches und die Forderung nach „Wiedervereinigung" aller Turkvölker vom Balkan bis Zentralasien in einem Staat. Sie propagieren dabei eine gewaltsame Vertreibung von nicht türkisch-sunnitischen Bevölkerungsgruppen aus der Türkei (z.B. Kurd_innen, Alevit_innen, Armenier_innen, Griech_innen). Zu ihren ideologischen Feindbildern gehören Jüd_innen, Homosexuelle, Roma und Linke. In der Türkei waren paramilitärische Gliederungen der „Grauen Wölfe" bis zum Militärputsch im Jahr 1980 für tausende Morde an politischen Gegnern verantwortlich. Bis heute werden zumindest dem Umfeld der „Grauen Wölfe" politische Morde an ihren Gegner_innen zugeschrieben.

In Deutschland organisieren sich die Anhänger diese Ideologie in Gebietsverbänden der sogenannten „Idealistenvereine" (Ülkücü Vereine) wie etwa der „Deutschen Türkischen Föderation / Almanya Türk Federasyon" (ATF). Viele „Graue Wölfe" treten im MHP-nahen europaweiten Dachverband der „Türkischen Konföderation in Europa / Avrupa Türk Konfederasyon" (ATK) bzw. der schon 1978 gegründeten „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland / Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyon" (ADÜTDF)[1] auf. Die ADÜTDF ruft ihre Mitglieder — zumindest offiziell — zur Gewaltlosigkeit auf. Insofern zählte die Bundesregierung auf Nachfrage zwar Gewalttaten von „Grauen Wölfen" auf, wollte aber nicht von „organisationsgesteuerten Gewalttaten" sprechen. Die Aktivitäten in den verschiedenen Vereinen beschränkten sich, ihrer Wahrnehmung nach, im Wesentlichen auf das interne Vereinsleben.

An Vereinsleben herrscht bei den „Idealisten" tatsächlich kein Mangel und die Mutterbewegung und ihre Abspaltungen haben sich miteinander arrangiert. Als Auslandsabteilung der BBP wirkt etwa der „Verband der Türkischen Kulturvereine in Europa / Avrupa Türk Kültür Dernekleri Birliği" (ATB).[2] In Deutschland gibt es 20 zugehörige Kulturvereine, die Anzahl der Mitglieder ist nicht benannt. Daneben existieren Vereine der 1987 von der ADÜTDF abgespalteten „Türkisch Islamische Union Europa" (ATIB). Diese war 1988 in Koblenz zunächst als „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine e.V." — der Türk Islam Dernekleri Birligi (TIKDB) gegründet worden.[2] Mittlerweile führt der Verband den neuen Namen und verlegte gleichzeitig seinen Sitz von Frankfurt/Main nach Köln. Der ATIB werden deutschlandweit circa 123 Vereine mit 11.500 Mitgliedern zugerechnet. In einer „Untersuchung des freiwilligen Engagements und der Potentiale in der türkischen Community" kommt zumindest das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu der Erkenntnis: „Die ATIB hat sich inzwischen von den Gewalttaten der Grauen Wölfe in den siebziger Jahren in der Türkei und der Bundesrepublik distanziert"[4]. Dass in deren Vereinen die Ideologie der „Grauen Wölfe" gepflegt und vermittelt wird, bleibt dabei unhinterfragt. Mit der Abspaltung der BBP von der MHP entstand Anfang der 1990er Jahre die „Föderation der Weltordnung in Europa / Avrupa Nizam-i Alem Federasyonu" (ANF), als eine Auslandsabteilung der BBP, der insgesamt dreißig Vereine in verschiedenen Ländern angehören. Die Jugend-, bzw. Massenverbände der BBP sind unter dem Namen „Alperen Ocaklari" oft als „türkische Kulturvereine" aktiv.

Fazit:
Etliche Anhänger der türkischen extremen Rechten sind in verschiedenster Form in Dachverbänden organisiert. Offzielle Stellen gaben auf Nachfrage der Fraktion DIE LINKE an, dass allein im ADÜTDF circa 7.000 AnhängerInnen organisiert sind, die in — je nach Jahresschätzung — 100 bis 160 lokalen Vereinen zusammengeschlossen sind. Hessische Verfassungsschützer verzeichneten bei den bundesweiten Jahreshauptversammlungen der ADÜTDF Teilnahmezahlen von etwa 10.000 Personen. Eine aktuelle Recherche des ZDF beziffert die Mitgliederstärke der Dachorganisationen Türk Federasyon (also ADÜTDF), ATIB und ATB bundesweit auf mindestens

18.500 Mitglieder in rund 303 Vereinen[5,6]. Diese Dachverbände bieten nicht nur ein Forum für türkisch-nationalistische bis extrem rechte Ideologie, sondern auch ganz konkrete Dienstleistungen an, wie Bestattungsfonds oder die Teilnahme an Pilgerfahrten nach Mekka[7].

Schwerer zu überblicken ist der nicht vereinsmäßig organisierte Teil der Bewegung, deren eher jüngere Anhänger über soziale Netzwerke und Videoplattformen vernetzt sind. Dabei sind es vor allem auch diese, die gewaltsam rassistisch, vornehmlich gegen Kurd_innen, agieren. 2014 wurde durch die Bundesregierung die Zahl der unorganisierten Ülkücü-Anhänger auf circa 3000 geschätzt[8]. Die Breitenwirkung von Liedermachern wie Ozan Arif (Arif Şirin), ehemaliges Mitglied der ADÜTDF, oder von Sportvereinen in Deutschland, die der Ülkücü-Szene zugerechnet werden, lässt sich schwer erahnen. Oft werden „Graue Wölfe" nicht nur mit politischer Gewalt, sondern mit mafiösen Strukturen assoziiert. Auf eine Nachfrage aus dem Jahr 2008 „Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Verstrickungen türkischer Rechtsextremisten in den Drogen- oder Waffenhandel, Schutzgelderpressung oder sonstige organisierte Kriminalität?" waren der Bundesregierung zumindest zwei Fälle „türkisch dominierte OK-Gruppen" mit Verbindungen zu „rechtsextremen türkischen Gruppen" bekannt. •

1 Der ADÜTDF-Verein wurde 1978 in Frankfurt/Main auf Initiative von Selim Sefer Istif und Rifat Yildiz gegründet. Vorsitzender wurde Lokman Kondakci. Mittleweile führt Sentürk Dogryol den Verein.

2 Der ATB-Verein wurde 2001 gegründet und hatte seinen Sitz in Frankfurt/Main. Mittlerweile sitzt er in Mörfelden-Walldorf. Vorsitzende waren Recep Yildirim und Erol Yazicioglu.

3 Der TIKDB-Verein wurde 1988 auf Initiative von Ali Batman, Selahaddin Saygin und Ali Kilicarslan in Koblenz und Dortmund gegründet. Vorsitzender wurde Musa Serdar Celebi.

4 www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/engagementtuerkisch/1-Einleitung/1-4-verbaende,seite%3D4.html

5 http://webstory.zdf.de/graue-woelfe.

6 Sentürk Dogruyol zählt zum Vorstand der Förderation der Türkisch-Demokratischen Idealisten Vereine in Deutschland. Geschäftsführer ist Osman Aydin. Er steht auch hinter der ATF Gmbh/Avrupa Türk Federasyon aus Frankfurt/M.

7 Etwa die ATF GmbH, der Avrupa Türk Federasyon mit einem Geschäftsanteil von 25.000 €.

8 Deutscher Bundestag, Drucksache 18/499

„Osmanen Germania"

Die türkischstämmigen „Rocker" der „Osmanen Germania" haben bundesweit zahlreiche Gruppen gegründet. Nach eigenem Bekunden hat der „Osmanen Germania Boxclub" (OGBC) jedoch kein Interesse am Motorradfahren und grenzt sich insoweit von den traditionellen Rockergruppierungen und Motorradclubs ab. Bei Anti PKK-Aufzügen türkisch-nationalistischer Gruppierungen in Hamburg und Mannheim im September 2015 trugen Ordner bzw. Security-Angehörige Symbole der „Osmanen Germania". Wie sich politische Strukturen in rockerähnliche Gruppen transformieren, bzw. in Rockergruppen aufgehen, hat das Antifaschistische Infoblatt in den vergangenen Jahren vielfach beschrieben, letztmals im Schwerpunkt zu Bruderschaften (AIB, Nr. 110). Diese Transformation ist jedoch kein typisches Phänomen in der politischen Rechten. Sie tritt häufig ein, wenn militante politische Organisationen obsolet werden: Beispielsweise wenn sie durch Repression oder interne Zerwürfnisse aufgerieben werden, oder sich nach gesellschaftlichen wie politischen Brüchen neu orientieren müssen. Die Geschichte der Kämpfer und Soldaten (nur sehr selten Kämpferinnen), die nach Ende der Kampfhandlungen, nach Sieg oder Niederlage, nicht mehr im zivilen Leben ankommen und mafiöse Strukturen bilden, ist ein häufiges literarisches und cineastisches Motiv. Wer dahingehend sozialisiert wurde, Konflikte durch Gewalt und Waffen auszutragen, dem sind andere Formen der Konfliktbewältigung eher suspekt. Wer seine Ressource im Kampf sieht, fühlt sich im zivilen Leben oft hilf- und wehrlos. Wer die Macht verspürt hat, die ihm die Waffe in der Hand verleiht, dem fällt es oft schwer, dieses Mittel aus der Hand zu geben. Wer im Untergrund klandestines Handeln, beispielsweise zur Beschaffung von Geld und Waffen, erlernt hat und über entsprechende Netzwerke verfügt, für den ist es mitunter ein großer Schritt, sich in einem mies bezahlten Job gesellschaftlich ein- bzw. unterzuordnen.

Hier kommt ein vor allem in rechten Gruppen wichtiges Motiv zum Tragen: Die soldatische Männlichkeit und die prinzipielle, weil durch Ideologien der Ungleichheit verfestigte, Verweigerung, diese in Frage zu stellen. „Die Waffen zu strecken" wird als Geste der Kapitulation, Demütigung und vor allem als eine Entmännlichung empfunden. Geleitet sind die Vorstellungen der soldatischen Männlichkeit von der Ästhetik des Kampfes, den entsprechenden Gruppenaufstellungen und Ritualen. Die übergeordneten Werte sind die der Ehre, Loyalität, Furchtlosigkeit und Aufopferung, die Männer zu Kameraden oder Brüdern werden lassen. Hier spannt sich der Bogen zu Rockergruppen. Denn Gruppen im Rockerstyle geben ihren Angehörigen nicht nur das Versprechen von Macht und „echter" Männlichkeit, sondern sie stellen ihnen vor allem einen Rahmen, in denen dies unmittelbar erlebt und zur Schau gestellt werden kann. Die Politik ist nicht das Feld von Rockern, denn sich auf dem politischen Parkett zu bewegen, meint reden, Kompromisse finden, Strategien verfolgen, wechselnde Allianzen bilden. Dies gilt als ein unehrliches Geschäft, das einen „echten" Kämpfer von seinem „wahren Wesen" entfremden, korrumpieren und domestizieren würde.

Wenn sich nun militante Organisationen wie die „Grauen Wölfe" eine politische Strategie der Anpassung und Unterwanderung verordnen, dann wollen sie ihre Ziele dadurch erreichen, dass sie sich tarnen, nicht offen bekennen und unauffällig agieren. Dies ist keine Option für Jungen, die „echte" Männer werden wollen und auch nicht für Männer, die die Bestätigung ihrer Macht und Männlichkeit vor allem darüber finden, dass sie in den Schlagzeilen sind und dass man ihnen auf der Straße ausweicht. Genau dieses Angebot formulieren in türkisch-nationalistischen Kreisen nun Gruppen wie die „Osmanen". •

TITEL

Über die Situation linker Kurd_innen und Türk_innen in Berlin sowie das Erstarken rechter türkischer NationalistInnen sprachen wir mit Euferates K. von der HDP Berlin.

„Die Erfolge der HDP gaben uns neue Hoffnung"

EUFERATES K. (HDP BERLIN)

Du bist in den frühen 1990er Jahren als kurdischer Jugendlicher in Berlin-Kreuzberg aufgewachsen. Wie bist du damals mit dem türkischen Nationalismus konfrontiert worden?

Ich bin am Kottbusser Tor aufgewachsen und wir haben immer auf dem Hinterhof Fußball gespielt. Mit 14, 15 fingen Jugendliche an, die türkische Flagge zu tragen. Es waren die heißen 1990er, wo das Thema Identität hier in Deutschland sehr stark diskutiert wurde und sich vor allem junge Türken immer mehr in ihre Community zurückzogen. Manche liefen dann aber mit drei Halbmonden rum und haben den Wolfsgruß gezeigt. Ich habe versucht aufzuklären, was die natürlich nicht so gut fanden und hab gesagt: „Ey guckt mal, ich bin Kurde, ihr grenzt mich damit aus." Dann haben wir uns geschlagen. Das häufte sich dann immer mehr. Man hat mit den Leuten jahrelang Fußball gespielt, sich auf dem Hinterhof getroffen, gechillt und dieselben Interessen gehabt, aber dann kam der Bruch, als der starke Nationalismus bei den Jugendlichen wach wurde.

Wenn über rechte Gewalt in Deutschland gesprochen wird, fallen an einigen Orten in Deutschland Worte wie „Angstzonen" oder „No-Go-Areas". Gibt es so etwas für Kurd_innen oder linke Türk_innen in Berlin?

Wenn wir von Bezirken wie Kreuzberg, Wedding oder Neukölln reden, ist es unproblematisch, sich auf der Straße zu bewegen. Das liegt auch daran, dass man nicht gleich ausstrahlt, welcher Gruppe man angehört. Wenn ich ein Symbol um den Hals hätte, das eine bestimmte kurdische Gruppe symbolisiert, ist es natürlich kritisch, wenn ich an einem Laden vorbeilaufe, wo mehrheitlich türkische Nationalisten und „Graue Wölfe"-Anhänger sitzen. Es gibt Cafés, Fußballclubs und Vereine, in die man lieber nicht reingehen sollte und wo man mich vielleicht auch erkennt, weil ich politisch aktiv bin. Auch gehe ich lieber in die Obst- und Gemüseläden, bei denen ich weiß, dass sie keinem Nationalisten gehören.

Erkennst du „Graue Wölfe" im Alltag und wie laufen solche Begegnungen ab?

Wenn gewisse Symbole getragen werden, erkennt man das, ansonsten eher nicht. Aber sobald man in eine Diskussion kommt oder beispielsweise einen Infostand zum Thema Flüchtlingsdeal mit der Türkei macht, dann sieht man schon an der Gestik und Mimik, dass einige damit nicht einverstanden sind. Das Problem ist ja auch, dass man türkische Nationalisten schwer voneinander trennen kann. Die sind zum Teil alle gleich radikalisiert, wobei die „Grauen Wölfe" noch zur Gewalt neigen. Aber auch die Sozialdemokraten sind streng kemalistisch, was wiederum ein starker Nationalismus ist.

Was sind denn die Symbole, die auf der Straße getragen werden und woran könnte man das erkennen?

Die drei Halbmonde, das Wolfszeichen und dann gibt es diese zahlreichen Motorradgangs, die ihre eigenen Symbole haben. Aber allein die türkische Flagge um den Hals zu tragen zeigt eigentlich schon, dass ein tiefer Nationalismus in den Jugendlichen steckt. Vor allem als Kurde fühle ich mich von der türkischen Flagge gestört, wobei ich als Linker Nationalfahnen natürlich an sich verabscheue.

Findest du, dass sich die Situation nach dem Putschversuch in der Türkei verschärft hat?

Der Putschversuch ist natürlich ein Wendepunkt, aber ich sehe den größeren schon bei den ersten Parlamentswahlen im Juni letzten Jahres. Da fing es an, dass sich türkische Nationalisten, also die „Grauen Wölfe", zum Teil mit den religiösen Fundamentalisten der AKP verbündet haben und sich deren Politik bewusst gegen die kurdische Friedensbewegung, Aleviten und andere Minderheiten gerichtet hat. Hier in Deutschland geschah das dann zeitversetzt. In der Türkei wurden alevitische Dörfer und HDP-Büros angegriffen und wenige Tage später gab es auch hier wieder mehr Angriffe. Die Radikalisierung die hier stattfindet, wird auch von der Türkei aus gelenkt. Das geschieht z.B. dadurch, dass Vereine finanziert werden die Jugendliche agitieren. Doch wurde auch zugelassen, dass Jugendliche ihre Parallelwelt — eine Welt, die ihre Eltern aus der Türkei und ihrer Schulzeit mitgebracht haben — unkritisch aus-



Foto: ISKU / ANFKurdi.

Zerstörungen im Berliner HDP Büro.

leben, anstatt Themen wie z.B. die Armenienfrage und die Kurdistanpolitik kritisch — etwa in der Schule — zu diskutieren.

Türken in Deutschland dürfen bei Wahlen in der Türkei ihre Stimme abgeben und diese sind nicht unerheblich. Du hast in Berlin den Wahlkampf der linken HDP mitorganisiert. Wie lief das hier ab?

Wir fingen mit dem Wahlkampf in Berlin im März 2015 an. Die Erfolge der HDP in der Türkei gaben uns neue Hoffnung. Verschiedenste gesellschaftliche Gruppen konnten ihre Themen einbringen und dazu kam noch die Situation in Rojava, wo das Modell einer Basisdemokratie versucht wird umzusetzen. Diese Euphorie haben wir auch hier gespürt und dementsprechend war der Wahlkampf richtig schön. Es waren ja noch die Friedensverhandlungen auf dem Weg und wir konnten unseren Wahlkampf in Ruhe machen, bis die AKP kurz vor den Wahlen merkte, dass die Kurden ihre eigenen Ideen umsetzen. Die gesamte linke Bewegung in der Türkei und auch die HDP wurde zum Feindbild erklärt. Kurz vor den Wahlen dann ist in Diyarbakir die erste Bombe mit zahlreichen Toten auf einer HDP-Kundgebung hochgegangen. Da fing es an, dass die Friedensverhandlungen aufgegeben wurden und wir hier auch keinen richtigen Wahlkampf mehr machen konnten.

Die AKP hat sich nach rechts orientiert und viele ultranationalistische Abgeordnete rekrutiert. Diese Entwicklung hat sich hier wiedergespiegelt. Unsere Infostände wurden angegriffen und es gab Hassbotschaften wie „Kurden-HDP gleich Terrorismus". Der neu entstandene Nationalgedanke à la „das Osmanische Reich und die ganzen Turkvölker werden eins", gab den Nationalisten Rückenwind. Neben ständigen Angriffen auf unsere Infostände erhielten wir Morddrohungen und unsere Jugendlichen konnten nicht mehr allein auf die Straße, weil man sie von unseren Demos kannte.

Du hast gesagt, eure Infostände wurden angegriffen. Wisst ihr wer das war?

Es waren Leute, die den Wolfsgruß gezeigt haben und Türkeifahnen oder Flaggen mit den drei Halbmonden trugen. Die sind immer wieder aufgetaucht. Die Polizei ist dazwischen gegangen, hat aber dann unsere Leute festgenommen, obwohl wir immer wieder dazu gedrängt haben, Ruhe zu bewahren. Wir sind eine Partei, die in der Türkei für Frieden kämpft und dafür, dass die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden. Wir lassen uns nicht provozieren, aber das ist natürlich schwer, wenn die Ultranationalisten kommen und unsere Infostände mit Steinen bewerfen.

Auf das HDP-Büro in Berlin Kreuzberg gab es mehrere Angriffe. Es wurde Feuer gelegt und eingebrochen. Habt ihr eine Ahnung wer das war oder hat sich dazu jemand bekannt und wie war die Reaktion der Polizei?

Die Angriffe fingen direkt am Abend der Eröffnung an. Wir haben den Laden dicht gemacht, sind gegangen und dann gab es zwei Molotow-Brandsätze. Da wird sich jemand von unserer Politik gestört gefühlt haben. Bei diesem Angriff gab es viele Indizien: Fingerabdrücke, Schuhabdrücke und der Hausmeister hat ja den Brand bemerkt und sofort reagiert, sonst wäre vielleicht das gesamte bewohnte Gebäude abgebrannt. Trotz der Beweislage ist von Seiten der Polizei nicht viel ins Rollen gekommen. Ich persönlich hatte das Gefühl, dass wenig Interesse bestand, den Fall aufzuklären.

Im November waren dann die Wahlen und bis dahin gab es ständig Angriffe, wodurch z.B. unsere Rollläden zweimal zerstört wurden. Nach der Wahl sind Leute eingebrochen und haben den gesamten Laden, den wir gerade frisch gestrichen hatten und abgeben wollten, mit türkisch-nationalistischen und „Graue Wölfe"-Symbolen beschmiert. Deshalb gehen wir davon aus, dass alle Aktivitäten gegen uns auch von diesen Gruppen verübt wurden.

Wie stellst du dir eine gemeinsame antifaschistische Praxis vor?

Gute Frage! Um ein Bündnis zu schaffen, das auch gegen die „Grauen Wölfe" vorgeht, ist es wichtig, sich nicht voneinander abzugrenzen und die Kräfte zu bündeln. Wir müssen uns besser vernetzen und gemeinsam auf die Straße gehen, sodass wir wieder zahlreich und laut sind und unsere Stimme erheben.

Vielen Dank für das Gespräch. ●

TITEL

Die Grauen Wölfe können bis heute in der Bundesrepublik weitgehend ungestört agieren. Mit Rückendeckung der türkischen Konsulate können sie Hetze und Drohungen gegen vermeintliche Feinde des Türkentums verbreiten und Oppositionelle einschüchtern. Dabei profitieren die türkischen Faschisten vom günstigen Klima, das besonders die CSU in den 1970er Jahren angesichts einer gemeinsam ausgemachten linken Gefahr zugesagt hatte.

Wie die „Grauen Wölfe" nach Deutschland kamen

NICK BRAUNS

Ende 1944 meldete ein SS-Brigadeführer dem Auswärtigen Amt gute Kontakte zu einem Kreis türkischer Faschisten. Unter den genannten Personen war auch der als „Führer der pantürkischen Bewegung" bezeichnete Absolvent der Offiziersschule Alparslan Türkeş. „Unter allen Umständen muss gesichert werden, dass diese Personen auf weite Sicht für Deutschland wirksam werden können"[1], heißt es in dem Schreiben. Bis dahin sollten allerdings drei Jahrzehnte vergehen.

Ende der 1960er Jahre stand der aus dem Militär ausgeschiedene Oberst Türkeş als „Başbug" (Führer) an der Spitze der faschistischen „Partei der Nationalistischen Bewegung" (MHP). Deren Jugendorganisation — die „Grauen Wölfe" — wurde nach dem Vorbild der SA in Kommandolagern militärisch für den Straßenkampf geschult. Die Bundesrepublik, in der zahlreiche türkeistämmige „Gastarbeiter" lebten, wurde bereits frühzeitig zum Operationsgebiet der „Grauen Wölfe". 1969 hielt die MHP dort einen „kleinen Parteitag" ab, auf dem sich ein Europarat als offizielle Auslandsvertretung konstituierte, die sich am 9. April 1973 offiziell beim Ordnungsamt der Stadt Kempten anmeldete. Bald schon griff der bundesdeutsche Inlandsgeheimdienst den türkischen Faschisten unter die Arme.[2] Eine Schlüsselrolle spielte hier der Wirtschaftshistoriker Dr. Hans-Eckardt Kannapin (1919—1980), der in den 1970er Jahren Stadtverordneter der CDU im hessischen Schwalmstadt war. In einigen Veröffentlichungen wird Kannapin als „Türkei-Experte des Bundesnachrichtendienstes" benannt[3], auch wenn die Bundesregierung dies auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion vom August 2016 bestreitet. Auf die Frage ob Kannapin stattdessen für den bundesdeutschen Inlandsgeheimdienst tätig gewesen sei, heißt es: „Dem Bundesamt für Verfassungsschutz liegen keine Informationen mehr vor, aus denen sich die Frage beantworten ließe."[4] Ein Dementi klingt anders. Für eine Verfassungsschutztätigkeit Kannapins spricht zudem ein Schreiben des MHP-Europavertreters Enver Altayli vom 28. April 1976 an Türkeş: „Dr. Kannapin wird am 4. Mai 1976 nach Köln kommen und mich mit dem Vertreter des Türkei-Stammtisches vom Verfassungsschutz persönlich bekannt machen. Soweit Dr. Kannapin informiert ist, handelt es sich bei diese Person um ein CDU-Mitglied und ehemaligen Offizier (...)."[5]

Eine Freundschaft verband Kannapin nicht nur mit Süleyman Demirel, dem Vorsitzenden der rechtskonservativen ANAP-Partei in der Türkei, der in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre als Ministerpräsident zwei Regierungen der nationalen Front unter Einschluss der radikalislamischen Heilspartei und der MHP führte. Kannapin stand auch dem früheren rheinland-pfälzischen Innenminister Heinz Schwarz (CDU) nahe. Dieser erklärte nach einer Türkeireise 1977, dass die Koalition der Nationalen Front „die Gewähr biete, dass die strategisch wichtige Türkei nicht ins sowjetische Lager abwandere".[6] Zu dem Zeitpunkt hatten die unter dem Schutz der Regierung agierenden Grauen Wölfe bei systematischen Angriffen auf „linke" und alevitische Stadtviertel und Dörfer bereits hunderte Oppositionelle ermordet. Nachdem die MHP aufgrund türkischer Gesetze 1977 ihre Auslandsvertretung schließen musste, baute Enver Altayli dort als getreues Abbild der MHP-Frontorganisationen in der Türkei ein Netzwerk von Türk Ocağis (Türkische Herde), Ülkücü Dernegie (Idea-



listenvereine) und Büyük Ülkü Derneği (Großer Idealistenverein) auf (siehe Artikel auf Seite 8).

Parallel zur Entwicklung in der Türkei gingen die MHP-Anhänger in der Bundesrepublik gegen politische Gegner vor. „Fußtritte und Faustschläge, Messerstiche und Drohungen sind gängige Waffen in einem Türken-Krieg, der in der Bundesrepublik ausgetragen wird und in dem es um politische Bekenntnisse geht: Anhänger der rechtsradikalen türkischen 'Partei der Nationalistischen Bewegung' (MHP) prügeln und knüppeln, wann immer ihnen links oder liberal scheinende Landsleute über den Weg laufen", schrieb der Spiegel 1976.[7] Während die Landesinnenministerien keine politischen Hintergründe erkennen wollten und der damalige DGB-Chef Heinz-Oskar Vetter „ausländische Arbeitnehmer vor dem Austragen ihrer innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik"[8] warnte, konnten die antikommunistischen Stoßtrupps aus der Türkei auf die Hilfe von Unionspolitikern und Geheimdienstlern zählen.

Als Durchbruch für die Etablierung der „Grauen Wölfe" in Deutschland kann das Jahr 1978 gelten. Zwar blitzte der türkische Faschistenführer beim damaligen Fraktionschef von CDU/CSU, Helmut Kohl, ab. Der zuständige Leiter der Abteilung für ausländische Beziehungen der CDU, Wegener, habe am Telefon erklärt, „dass Herr Dr. Kohl grundsätzlich ein Gespräch mit Herrn Türkeş ablehne", beschwerte sich der über gute Kontakte zur CSU verfügende Istanbuler Unternehmer Murat Bayrak als Türkeş Kontaktmann in einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

Ähnliche Bedenken wie Kohl hatte der CSU-Vorsitzende, der bereits im Jahr zuvor mit führenden italienischen Faschisten in Rom zusammen kam, offensichtlich nicht. Am 28. April 1978 gewährte Strauß in München Türkes, dem Vizevorsitzenden der MHP Gün Sazak und Bayrak die gewünschte Audienz. Es sei ein sehr herzliches Gespräch gewesen, berichtete Bayrak später. Übereinstimmung habe in der Beurteilung des Weltkommunismus als Gefahr für den freien Westen bestanden. Türkes bedankte sich am 2. Mai 1978 in einem Brief an Strauß für den Empfang. „Wenn wir noch nicht alle Probleme, die unsere beiden Länder betreffen, besprechen konnten, so glaube ich doch, dass Ihnen mein zentrales Anliegen in einer Stunde großer Gefahr für mein Land deutlich geworden ist: die Türkei befindet sich in einer akuten großen Gefahr. Diese Gefahr ist mit der Tatsache zu bezeichnen, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei der sowjetische Generalstabschef in die Türkei kommen konnte und zwar nicht zu einem Höflichkeitsbesuch, sondern zur Einleitung einer Entwicklung, die das Ende der Türkei im westlichen Bündnis bedeuten kann"[9], be-

1 Kemal Bozay: Graue Wölfe heulen wieder — Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in der BRD, Münster 1997, 52. **2** New York Times 19. Mai 1981 www.nytimes.com/1981/05/19/world/germany-finds-no-evidence-accused-turk-lived-there.html **3** So im Deutsch-Türkischen Onlinemagazin Kozmopolit vom Juni 2003 hxxp://www.kozmopolit.com/haziran03/Dosya/islamistenmhp.html **4** Bundestagsdrucksache 18/9233. **5** Bozay, 178. **6** Die Welt 08.08.1977. **7** Der Spiegel Nr. 35/1976. **8** Ebda. **9** Der Spiegel Nr.9/1980. **10** www.juergen-roth.com/blog/graue-wolfe-turkische-rechtsextremisten-und-ihre-unterschlagene-vergangenheit **11** Metall (Zeitschrift der IG Metall) Nr. 18/1978. **12** Metall 13.12.1982, Bozay, Wölfe, 180. **13** www.kozmopolit.com/haziran03/Dosya/islamistenmhp.html **14** Bozay, 181. **15** www.juergen-roth.com/blog/graue-wolfe-turkische-rechtsextremisten-und-ihre-unterschlagene-vergangenheit/ **16** Ebda. **17** Der Spiegel Nr. 23/1985.

Am 5. Januar 1980 wurde Celalettin Kesim in Berlin Kreuzberg von „Grauen Wölfen“ ermordet.



Ein Mord mobilisiert

15.000 beim Trauermarsch für erstochenen Türken in Berlin

An der Spitze des Demonstrationszuges wird ein Bild des Ermordeten getragen. (Foto: taz/r.b.)

Berlin, taz. Eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre fand am Samstag anläßlich der Ermordung Celalettin Kesims in Berlin statt. Mehr als 11.000 waren gekommen; von der Kreuzberger SPD über die Alternative Liste bis hin zur Punk-Scene war alles vertreten, um gegen diese, bisher letzte Eskalation faschistischer Gewaltanwendung zu protestieren. Kesim, Sekretär des türkischen Kulturzentrums in Berlin-Kreuzberg, war genau vor einer Woche am Kottbusser Tor in Kreuzberg, während er Flugblätter gegen eine drohende Miltiärdiktatur in der Türkei verteilte, von türkischen Rechtsextremisten erstochen worden. Aufgerüttelt durch einen Mord auf offener Straße fängt zumindest ein Teil der deutschen Öffentlichkeit an zu begreifen, daß neben neofaschistischen Gruppierungen noch ein importierter Faschismus im Dickicht des Ghettos existiert, dessen Basis sich rapide verbreitert. Noch vor 2 Monaten hatte eine Demonstration gegen türkische Faschisten an gleicher Stelle kaum 300 Leute mobilisieren können. Mit den Forderungen nach dem Verbot der „Grauen Wölfe“ - Verbot aller faschistischen Organisationen und Ausweisung der türkischen Faschisten zog die Demo durch Kreuzberg - Aktionseinheit mit politischem Minimalkonsens?

Fortsetzung Seite 11

schwor Türkeş das Gespenst eines Einschwenkens Ankaras in den sowjetischen Einflussbereich. Gegenüber einigen westdeutschen Unternehmern pries Türkeş anschließend ebenfalls seine Partei als Garantin für den Verblieb seines Landes im westlichen Bündnis sowie den Schutz deutscher Investitionen in der Türkei an.[10] „Strauß sagte dem Vernehmen nach den MHP-Politikern zu, dass in Zukunft für die MHP und die ‘Grauen Wölfe’ ein günstiges psychologisches Klima in der Bundesrepublik geschaffen werden müsse, damit die MHP hier in einem besseren Licht erscheine. Bayern soll der Anfang sein“, berichtete die Gewerkschaftszeitung „metall“ später.[11]

Nachdem sich Türkes so der Rückendeckung des starken Mannes aus Bayern versichert hatte, gründete die MHP am 17. und 18. Juni 1978 im hessischen Schwarzenborn die „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa“ (ADÜTDF/Türk-Föderation) als Dachverband ihrer bereits bestehenden 64 Ülkücü-Vereine in Deutschland, Holland, Österreich, Frankreich und Belgien. Sitz des neugegründeten Dachverbandes wurde Frankfurt am Main, der MHP-Funktionär Lokman Kundakci wurde zum Vorsitzenden gewählt. Als die Türk-Föderation im Februar 1979 ihre Jahreshauptversammlung in Schwarzenborn abhielt, besorgte ihnen der Schwalmstadter CDU-Stadtrat Kannapin den städtischen Saal. Nun bestimmte die Türk-Föderation den von Türkeş zur Stärkung der Grauen Wölfe nach Europa geschickten Musa Serdar Çelebi zu ihrem Vorsitzenden. Er gehörte zuvor dem Bezirksvorstand der MHP im Istanbuler Bezirk Sisli an. Diese MHP-Zentrale galt als Organisator hunderter politischer Morde an linken Oppositionellen. Çelebi soll zudem enge Verbindungen zur türkischen Mafia sowie zum Geheimdienst MIT unterhalten und der MHP und Türk-Föderation große Geldbeträge vor allem aus dem Waffen- und Heroinhandel beschafft haben.[12] Kannapin verhalf Çelebi und Kundakci zu einer Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in der Bundesrepublik durch eine Anstellung als „wissenschaftliche Mitarbeiter“ in einem fiktiven „Türkei-Institut“ in seiner Wohnung. Entschädigt wurde Kannapin für seine Dienste mit mehreren von Türkeş persönlich bezahlten Reisen in das von der Türkei besetzte Nordzypern.[13] Bei Kannapins Beerdigung 1980 waren Vertreter der „Grauen Wölfe“ anwesend.

Nicht nur ein Sonderbericht des niedersächsischen Verfassungsschutzes stufte die „Grauen Wölfe“ damals als harmlose demokratische Organisation ein, die lediglich von „Kommunisten“ verleumdet würden. „Die MHP und die Türk-Föderation setzen sich für die Interessen der türkischen Republik und Nation im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland ein“, gab auch der bayerische Innenminister Gerold Tandler (CSU) 1980 den türkischen Faschisten ein demokratisches Gütesiegel. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Türk-Föderation bereits über 220 Vereine in Europa, davon 170 in der Bundesrepublik. Zulauf erhielt sie durch eine Reihe von „Grauen Wölfen“, die sich nach Morden in der Türkei einer drohenden Strafverfolgung durch Flucht nach Deutschland entzogen. Auch in Deutschland wurden „Graue Wölfe“ nun paramilitärisch für den Straßenkampf geschult.[14] Über die Folgen berichtete die IG-Metall Bezirksleitung Stuttgart am 30. Juni 1980 in ihrem „Arbeitsprogramm zur gewerkschaftlichen Arbeit im Bereich ausländischer Arbeitnehmer“. „Neben einer allgemein verleumderischen Hetze gegen den DGB und seine Gewerkschaften werden, unter anderem unter massiver Bedrohung über Unterschriftsaktionen, unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen zum Austritt aus der IG-Metall gezwungen, Betriebsversammlungen gestört und Vertreter des DGB bei der Arbeit behindert oder bedroht. Einrichtungen ausländischer Gewerkschaftsmitglieder werden über Nacht beschädigt oder zerstört, Roll-Kommandos eingesetzt, die zum Beispiel in Wohnheimen unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen terrorisieren, um besonders aktive Gewerkschaftskollegen nachhaltig einzuschüchtern, Morde verübt und Morddrohungen ausgesprochen.“ Ziel der von den „Grauen Wölfen“ betriebenen Hetze sei es, „die vorhandenen Entfremdungstendenzen der ausländischen Arbeitnehmer zur Gewerkschaft zu verstärken, die Ausländerfeindlichkeit zu erhöhen … um die so in die Isolation getriebenen ausländischen Arbeitnehmer leichter für ihre rechtsextremistischen Ziele gewinnen zu können.“[15] In Berlin-Kreuzberg überfielen aus einer Moschee kommende „Graue Wölfe“ und Islamisten am 5. Januar 1980 eine Gruppe türkischer Kommunisten, die am Kottbusser Tor Flugblätter verteilten. Gezielt wurde der Sekretär des Berliner Türkenzentrums, der Gewerkschafter und Kommunist Celalettin Kesim mit Messerstichen ermordet. Kesims



Anhänger der „Grauen Wölfe" können in der Bundesrepublik weitgehend ungestört agieren.

Genossen sahen dahinter das Werk des türkischen Geheimdienstes.

Nach dem auch von der Bundesregierung begrüßten und von der NATO abgesicherten Militärputsch vom 12. September 1980 ließ die Putschjunta zum Beweis ihrer angeblichen Überparteilichkeit alle Parteien einschließlich der MHP verbieten und neben hunderttausenden Linken auch einige „Graue Wölfe", die für tausende Tote während der vorangegangenen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen verantwortlich waren, strafrechtlich verfolgen. Die Türk Föderation wurde nun zum Koordinierungs- und Unterstützungszentrum für die untergetauchten Faschisten. Der berüchtigte Auftragskiller Abdullah Çatli konnte ebenso mit Unterstützung der Türk-Föderation in Europa agieren wie der Papstattentäter Mehmet Ali Ağca. In der Anklageschrift der italienischen Generalstaatsanwaltschaft hieß es, dass Ağca auf ein „organisiertes Netz für Logistik und Einsatzverbindungen", „sichere Wohnungen, gefälschte Papiere, Informationsquellen" zurückgreifen konnte, das ihm durch die Türk-Föderation geboten wurde.[16] So gab Ali Ağca vor dem italienischen Ermittlungsrichter an, dass ihm der Türk-Föderationsvorsitzende Çelebi und ein weiterer Grauer Wolf vier Tage vor dem Anschlag auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 in Rom die Tatwaffe und einen Teil seines Killerlohns gebracht hätten. Aufgrund eines italienischen Haftbefehls wurde Çelebi 1982 bei Frankfurt am Main festgenommen. Er saß zwei Jahre in Italien in Untersuchungshaft, wurde aber aus Mangel an Beweisen am Ende freigesprochen.[17]

Die „Grauen Wölfe" verlagerten in den Jahren nach dem Putsch ihre Aktivitäten in der Bundesrepublik von den in Gerede gekommenen Ülkücü-Vereinen auf unverfänglicher wirkende Sportvereine, Teestuben, Moscheen und Türkisch-Deutsche Freundschaftsvereine. Die Türkische Föderation, die 1981 noch 23.000 Mitglieder zählte, verlor in den folgenden Jahren deutlich an Mitgliedern. Dies war auch eine Folge interner Richtungskämpfe insbesondere über den Stellenwert der Religion, das Verhältnis zur Mutterpartei MHP und die Führerrolle von Türkeş. So forderte Türkes, obwohl er selbst den Kontakt zum Papstattentäter Ağca angeordnet hatte, nun den Rücktritt des ihm als zu belastet erscheinenden Çelebi von der Spitze der Türk-Föderation. 1987 spaltete sich unter Çelebis Führung ein Drittel der Mitgliedsvereine der Türk-Föderation ab und gründete die stärker islamisch-nationalistisch orientierte Union der türkisch-islamischen Kulturvereine (ATIB). In der Türkei wiederum sammelten sich die durch ihre Verwicklungen in politische Morde, Pogrome und Anschläge belasteten „Grauen Wölfe" in der unter Muhsin Yazıcıoğlu von der MHP abgespaltenen islamisch-faschistisch orientierten Partei der Großen Einheit (BBP), dessen Vizevorsitzender Çelebi wurde. Hatte die MHP noch in den 1970er und 80er Jahren gute Beziehungen zur NPD, so gingen diese Kontakte nach den tödlichen Brandanschlägen von Neonazis auf türkeistämmige Migranten in Solingen, Mölln und anderen deutschen Städten zu Beginn der 1990er Jahre in die Brüche. Stattdessen rief Türkeş seine Anhänger bei der Jahresversammlung der Türkischen Föderation 1995 zur aktiven Politik in CDU und CSU auf. Dort, aber auch bei anderen Parteien, gelangten „Graue Wölfe" seitdem in örtliche oder regionale Vorstände sowie in Ausländerbeiräte und Kommunalparlamente. Während die kurdische PKK verboten ist und türkische Kommunisten sich von deutschen Gerichten mit Terrorklagen konfrontiert sehen, können die „Grauen Wölfe" bis heute in der Bundesrepublik weitgehend ungestört agieren. Mit Rückendeckung der türkischen Konsulate können sie Hetze und Drohungen gegen vermeintliche Feinde des Türkentums wie Kurden, Aleviten, Armenier, Juden, Linke und Homosexuelle verbreiten und als verlängerter Arm der türkischen Regierung Oppositionelle im Exil einschüchtern. Dabei profitieren die türkischen Faschisten bis zum heutigen Tage von dem günstigen psychologischen Klima, das der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß seinem türkischen Gesinnungsfreund, dem Hitler-Verehrer Alparslan Türkeş, 1978 angesichts der gemeinsam ausgemachten linken Gefahr zugesagt hatte. •

TITEL

Wenn es um Erdogan und die türkische Politik geht, mischt sich die deutsche Gesellschaft ein. Andere Veranstaltungen und Demonstrationen, beispielsweise der türkischen Ultranationalisten, sind dagegen offenbar weniger interessant.

Die Ülkücü-Bewegung am Beispiel Bayern

ALIA SEMBOL,
MITARBEITERIN DER FACHINFORMATIONSSTELLE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN MÜNCHEN (FIRM)

Wem und wohin gehören die Türken in Deutschland denn nun? Es ist ein Gezerre und Gehetze um die ungeliebten Dagebliebenen. Wenn die NPD die Parolen „Deutschland den Deutschen" und fast interkulturell angehaucht, „Türkiye Türklerindir" („Türkei den Türken") auf einem Wahlplakat präsentiert, fällt das nur den Expert_innen auf. Die Mehrheitsgesellschaft nimmt kaum Notiz davon. Die türkischen Medien dagegen registrieren solche Ereignisse sehr genau. Schockiert sind sie jedoch kaum. Schließlich ist das nicht neu. Neu ist nur, dass die NPD türkisch gelernt hat. Identität, Zugehörigkeit oder Anerkennung sind Schnittstellen, an denen sich die türkische Community nicht gesehen oder beteiligt sah und sieht. Bei diesen Themen haben türkische Ultranationalisten seit der sogenannten Gastarbeiter_innen-Einwanderung ihre Chance politischen Wirkens gesehen und ergriffen. Auch das ist also nicht neu. Gehen deren Vereinsgründungen doch auf die 1970er Jahre zurück. Die jungen Männer, die „Graue Wölfe"-Gangs von damals, sind heute älter, aktive Vereinsmitglieder, Familienväter. Sie sind Identifikationsfiguren und aktive Social-Media-User. Sie kämpften für ihre Ülkücü-Sache — die Sache der Idealisten — ganz so wie es MHP-Chef



Devlet Bahçeli bei seinem letzten Besuch in Deutschland formulierte. Er lobte sie explizit für ihre Arbeit, ihre Charakterstärke und dafür, dass sie für Deutschland Wachstum erschaffen und Mehrwert erbracht hätten. Sie seien Türken geblieben und hätten ihre Identität nicht aufgegeben. Sie würden dennoch rassistisch behandelt und ausgegrenzt. Sämtliche Morde der NSU-TerroristInnen und deren türkische Opfer weiß der Führer einzeln zu benennen. Die Türken seien dem deutschen Staat anvertraut



DemonstrantInnen am 3. Juli 2015 in München

worden, dieser müsse nun auf die Gleichstellung der Europatürken hinwirken. Er sei stolz auf sie.

Mutterpartei und ideologischer Hintergrund

Die türkischen Ultranationalisten der „Grauen Wölfe" in Deutschland sind stramm hierarchisch organisiert. Ihre Mutterpartei Milliyetci Halk Partisi (MHP) (Partei der Nationalistischen Bewegung) wurde 1969 unter der Führung von Alparslan Türkeş in der türkischen Stadt Adana gegründet. Die Partei ging aus der pantürkischen „Republikanische Nationale Bauernpartei" — Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi (CPMP) hervor und vereinigte in ihren Reihen „Turanisten", „Panturkisten" und „Profaschisten". Das territorial bestimmte Weltbild eines überlegenen Türkentums — seit der ersten Stunde der Türkischen Republik 1923 — ist der Geschichte der nationalistischen Bewegung MHP wesentlich. Viele Gründungsmitglieder hatten ihre Ausbildung in Europa — auch in Deutschland — genossen und sahen eine ideologische Nähe zum Nationalismus nach dem Vorbild Hitler-Deutschlands. Auch Alparslan Türkeş, der Başbuğ bzw. „Führer" der MHP, war von Hitlers „Mein Kampf", den Strukturen der SS und dem Aufbau der Jugendorganisationen in Deutschland beeindruckt. Er versuchte Teile der Strukturen und Inhalte der nationalsozialistischen Ideologie umzusetzen. Das hatte Tradition: Bereits in den 1930er Jahren versuchte die von Ultranationalisten initiierte Turkisierungsbewegung die noch junge Republik Türkei unter Druck zu setzen. Ihr Ziel war eine enge Kooperation mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Bis in die kleinsten Gliederungen der Organisationsstruktur der nationalistischen Bewegung werden Tage wie der 3. Mai 1944, der für den Versuch der Machtübernahme steht, gefeiert. Solche Feierlichkeiten sind identitätsstiftend und vermitteln ein generationsübergreifendes Gefühl der Eingeschworenheit.

Kultur der Landsmannschaft und der Hauch von Turan

Turan ist ein Ort der Mythen und das imaginäre Land aller Turkvölker. Ostturkestan ist nicht nur eine Bezeichnung für Uigurien, sondern ein Teilgebiet der Großmachtphantasie von Turan. Die Uiguren werden zu den Turkvölkern gezählt und von den bayerischen Ülkücüs unterstützt. Als die Uiguren in München 2009 auf die Straße gingen um auf die Unterdrückung ihres Volkes in China aufmerksam zu machen, waren noch Politiker_innen der Stadt mitgelaufen. Ob sie bei der Demonstration am 3. Juli 2015 wegen der damaligen Angriffe auf chinesische Touristen am Rande der Demonstration oder wegen der „Grauen-Wölfe"-Beteiligung fernblieben, ist unbekannt. Bei dieser vom World Uyghur Congress (WUC) angemeldeten Demonstration kamen unerwartete Gäste zusammen: Neben der Uigurischen Community fanden sich auch die Führungskader der „Grauen Wölfe" München, Ülkücüs Augsburg und Ulm zusammen. Als Redner traten Erol Yazıcıoğlu sowie Abdurrahman Dilipak, Kolumnist der islamistischen und extrem rechten Zeitung Yeni Akit und Unterstützer der Mavi-Marmara-Gazaflottille auf. Auf der Kundgebung am Sendlinger Tor wurde die Unterdrückung der Uiguren angeprangert, über die Übergriffe gegen „chinesisch aussehende" Menschen in der Türkei aber geschwiegen.

Auch gegen die Armenien-Resolution im Juni diesen Jahres, ein Thema das über die UltranationalistInnen hinaus auf Wider-



AVRUPALI TÜRKLER O VEKİLLERE SANDIĞI HATIRLATTI

TÜRK SEÇMENDEN ARTIK SİZE OY YOK

AYDAN ÖZOĞUZ · CEM ÖZDEMİR · EKİN DELİGÖZ · GÜLİSTAN YÜKSEL · CEMİLE GİOUSOUF · ÖZCAN MUTLU · CANSEL KIZILTEPE · AZİZE TANK · SEVİM DAĞDELEN · METİN HAKVERDİ · MAHMUT ÖZDEMİR

Almanya'da yaşayan Türklerin, Ermeni tasarısına onay veren Türk vekillere öfkesi dinmiyor: İhanetin faturasını seçimde keseceğiz

ALMAN Parlamentosu'nun 1915 Ermeni olaylarını soykırım olarak nitelendirmesinin ardından Türk kökenli vekillere olan öfke dinmiyor. Tasarıya destek veren vekillerin işlerine geldiği zaman Türk kökenli, işlerine geldiği zaman da Alman kökenli olduklarını ifade eden Avrupalı Türkler, "Artık Ermeni'den oy alırsınız" dedi.

ONLARI TÜRK SANIYORDUM

BUGÜNE kadar Türk sandığı vekillere oy verdiğini ifade eden işletmeci İbrahim Palta, "Meğerse bunlar Ermenilerin vekilleriymiş. Kendimi kandırılmış hissediyorum. Hayal kırıklığı yaşıyorum. İçinden çıktıkları bu toplum, bu milletvekillerini asla affetmeyecek" şeklinde konuşarak tepkisini dile getirdi.

TÜRK'E DEĞİL ERMENİ'YE HİZMET

TURİZMCİ Fatih Turunç, "En çok merak ettiğim, Türk ulusuna ihanet eden bu milletvekilleri, gelecek seçimlerde onlara oy vermem için beni nasıl ikna edecek? Oylarımızla Meclis'e gönderdiğimiz milletvekilleri bizi temsil etmekten çok Ermenilere ve diğer uluslara hizmet ediyor. Bunların şu an itibarıyla Almanya'daki Türkleri temsil etme misyonları sona etmiştir" diye konuştu.

MUSTAFA BORAK / CENGİZ PARLAYAN /

SAADET KORAL · FATİH TURUNÇ · OLGUN APAYDIN · BURHAN DOĞAN

OLGUN APAYDIN (KUAFÖR):
BİR DAHA BİZE GELİP SAKIN OY İSTEMEYİN

ALİ BEKTUR (MÜSİAD HOLLANDA):
OY ZAMANI TÜRK OLUP SONRA UNUTUYORLAR

BURHAN DOĞAN (İŞÇİ):
OY İÇİN BİZE DEĞİL ERMENİLERE GİDİN

FATİH TURUNÇ (TURİZMCİ):
BİR DAHA HANGİ YÜZLE OY İSTEYECEKSİN

SAADET KORAL (İŞ KADINI):
YALAKALIK YAP AMA BARİ İHANET ETME!

SEÇMEN HESABINI SORAR

Die Titelseite der Sabah Avrupa prangert nach der Armenienresolution im Bundestag die Entscheidungsträger_innen an.

stand stößt, wurde demonstriert. Der ATF-Vorsitzende Şentürk Doğruyol bezog ebenfalls eindeutig Stellung und drohte mit Stimmentzug für Abgeordnete mit „türkischem Migrationshintergrund“ wie z.B. Cem Özdemir. Zur Normalität gehört es auch gegen HDP und PKK zu sein. Dies zieht noch weitere Kreise, als die üblichen Verdächtigen an. Motorradclubs wie die Turkos, Turan e.V. oder ähnliche MCs schießen aus dem Boden, täglich ploppen auf militaristisch-völkischen Internetseiten, etwa der Atatürken oder der Freien Türkischen Armee neue Einträge über die Größe und Kraft des türkischen Volkes auf.

MHP und Ülkücü-Vereine in Bayern

In der Hierarchie der türkischen Nationalisten steht die MHP an der Spitze, dann kommt für Deutschland die oft als ATDÜDF abgekürzte Föderation der Türkischen Demokratischen Idealistenvereine, auch bekannt als Almanya Türk Federasyon (ATF). In Bayern gliedert sich die Organisation in zwei Regionen. Nürnberg Türk Ocağı dient als Koordinationszentrale für Bayern 1 (BV1),

Türk Eğitim Ocağı München als Koordinationszentrale Bayern 2 (BV2). Die zahlreichen Vereine in Bayern sind über diese beiden Zentralen unter dem Dach des ATF organisiert. So kann die Basisarbeit direkter und der Austausch mit den Führungskadern effektiver gestaltet werden. In München und Nürnberg werden die jeweiligen Regionsleitungen für BV1 und 2 gewählt und bestimmt. Zwischen der ATF und der Regionalstruktur ist die sogenannte Genel İdare Kurulu (GIK) geschaltet, die als Leitungsorganisation koordinative und übergeordnete Aufgaben übernimmt und mit der ATF direkt verbunden ist. Dass die Ülkücü-Vereine i.d.R. als eingetragene Vereine nach dem Vereinsgesetz organisiert sind und eine entsprechende Struktur haben ist selbstredend. Man kann von einem hierarchischen Aufbau sprechen, der Inhalte, Strategien und Struktur über die Ebenen Türkei, Europa, Deutschland, Bayern 1 + 2 sowie Vereine koordiniert und kontrolliert. Zu den Vereinen gehören Jugendgruppen, wobei sich in letzter Zeit die Bildung von Gruppen junger Frauen und Mädchen (Asena, die Wölfin) abzeichnet, die immer mehr Bedeutung bekommen werden. Bereits jetzt sind junge Frauen und Mädchen dieser Gruppen auf den Veranstaltungen z.B. als Rednerinnen und zahlreich als Demonstrantinnen vertreten. Sie werden sich ihre Bereiche in der Ideologie der Ülkücü als Europa-Türkinnen erarbeiten.

Die Arbeit der hierarchischen, führerorientierten, chauvinistischen und turanistischen Vereine geht seit den 1970er Jahren ihren Weg - auf der Straße und in den Vereinsräumen, in Großsälen und Ausländerbeiräten. Die „Europa-Türken" setzen sich für Geschichte, Kultur, Bildung, Sport sowie die Erhaltung der Sprache und eines von Türkeş geprägten völkischen „Idealismus" also „Ülkücülük" ein. Sie definieren wer dazu gehört und wer nicht. Mit dem Songtext „Ich sterbe für dich meine Türkei" aus den Lautsprechern oder „jeder Türke wird als Soldat geboren" auf den Lippen, rüstet ein Teil dieser Gesellschaft verbal auf. Militaristische Slogans haben auf Demonstrationen Hochkonjunktur. 2015 war für die Ülkücü-Struktur ein Wahlkampfsjahr. Auf der GIK-Versammlung der ATF gab der Avrupa Türk Konfederasyon (ATK)-Vorsitzende Cemal Çetin Strategie und Richtung vor.

Kultur oder Wahlkampf

In Nürnberg traten auf Großveranstaltungen der beiden letzten Jahre Stars der „Grauen Wölfe" wie Ahmet Şafak oder Mustafa Yıldızdogan auf. Gelabelt durch Logos der ATF und ATK führte der Verein Nürnberg Türk Ocagi die Open-Air-Veranstaltungen durch. Die beiden Sänger sind über die Grenzen der Türkei hinaus bekannt und ziehen dadurch auch Menschen an die nicht in den Ülkücü-Vereinen organisiert sind. Über solche Veranstaltungen wird die Ideologie anschlussfähig. Die Künstler gehören, wie Tanıl Bora und Kemal Can treffend formulieren, zur „Pop-Kultur" der „Grauen Wölfe" sowie ihrer Mutterpartei und generieren Mitglieder. Die Popularität innerhalb der deutsch-türkischen Community ist kurzfristig für Wahlen und langfristig für die Ülkücü-Bewegung unabdingbar. Wenn Ahmet Şafak der MHP im Rahmen der Parlamentswahlen 2015 ein Wahlkampflied mit dem Titel „Mührü Üç Hilal'e Vur 2015 MHP Seçim Şarkısı" („Setze dein Stempel auf die Drei Sicheln") widmet, ist das ein politischer Akt aus der Musikkultur, genauso wie das Fest in Nürnberg.

Alle Gliederungen und Führungskader der Vereine in Bayern warben für Ülkücü-Stimmen. Auf dem Kongress der ATF in Oberhausen, am 26.04.15 hielt der Parteivorsitzende Devlet Bahçeli eine knapp einstündige Wahlkampf- und Ideologierede für seine Europatürken. Kurz darauf wurden Parlamentsabgeordnete der MHP aus der Türkei, wie z.B. Seyfettin Yılmaz in den Vereinen in München, Nürnberg oder Augsburg empfangen und zeigten Volksnähe. Auch waren der Vorsitzende der ATF, Şentürk Doğruyol, der Chef der Avrupa Türk Konfederasyon Cemal Çetin, sowie ihre Stellvertreter auf Wahlkampftour in Deutschland. Die Vereine selbst haben die hohen Gäste empfangen, eigene Stände und Veranstaltungen organisiert, Rosen und MHP Avrupa (Europa) Flyer verteilt. Mit Wahlkampffahrzeugen auf denen der MHP Vorsitzende abgebildet war, fuhren „Graue Wölfe" durch die Straßen von München oder Nürnberg und zeigten das Zeichen des Grauen Wolfes. In Bayern brachte die Wahlkampagne im Juni 6418 Stimmen für die MHP zusammen. Bei den Neuwahlen für das türkische Parlament im November waren es in Nürnberg und München etwa 500 weniger.

Wie sehr sich die Verantwortlichen aus den Vereinen der Bewegung verbunden fühlen, ihren Machtradius als Europatürken sowie ihre Beteiligung in Bayern ausbauen, scheint der Integrationsbeauftragte Bayerns Martin Neumeyer (CSU) nicht zu erkennen. Sonst wäre er der Einladung des Vereins Türkisches Kulturzentrum München (MTKM) im Juni diesen Jahres ferngeblieben. Hätte er sich genauer informieren lassen, müsste ihm bewusst gewesen sein, dass in München Ausländerbeiratswahlen bevorstehen. Er hat den Verein unterschätzt als er mit seiner „Lies-das-Grundgesetz"-Kampagne zur Veranstaltung kam und eine Integrationsrede hielt. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Vereinsvorsitzende des MTKM sehr genau weiß was im Grundgesetz steht, aber eben auch wie Politik gemacht wird.

Deutsche Rechte, die Ülkücüs und Jobbik

Aktivisten der Neonazi-Partei „Die Rechte" demonstrierten im April 2016 in Nürnberg mit den „Grauen Wölfen" gegen die PKK. Obwohl nicht davon auszugehen ist, dass enge und dauerhafte Bündnisse zwischen türkischen und deutschen Rechten entstehen, müssen wir das Phänomen deutsch-türkischer Identität im Auge behalten. Das gilt vor allem für Einzelpersonen die trotz „Migrationshintergrund" bei Pegida und „Die Rechte" mitmischen und wahlweise auf türkischen Demonstrationen mitlaufen. Schließlich gibt es, laut Social-Media-Postings, ja sogar zwischen den Ülkücü und dem Vorsitzenden der rechten Jobbik aus Ungarn Gábor Vona Verwandtschaftsbeziehungen, die auf den sogenannten gemeinsamen Großvater Attila, dem Hunnenkönig, zurückzuführen ist. •

Kontakt:
Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus
in München (firm) — Feierwerk e.V.
Hansastr 39—41, 81373 München
VR München 10 655

TITEL

sports and politics: Graue Wölfe im Fussball

SÖREN KOHLHUBER

Gewalt im Fußball-Amateurbereich ist zwar nicht die Regel, aber auch kein ungewöhnlicher Vorgang. Im November 2012 trafen in der Mescheder Kreisliga C Anadoluspor Ramsbeck[1] und der FC Mezopotamya aufeinander. Die türkischen Fans riefen „kurdenfeindliche" Parolen. 50 Spieler, Funktionäre und Zuschauer lieferten sich eine Schlägerei, der Schiedsrichter musste das Spiel abbrechen. Bereits ein Jahr zuvor musste ein Spiel der beiden Vereine abgebrochen werden und Anadoluspor stand unter Bewährung. Nun folgten Geldstrafen und das Präsidium des Fußball- und Leichtathletikverbandes Westfalen entschied, dass der Verein ausgeschlossen wird und nicht mehr am Ligabetrieb teilnehmen kann. Der Verein löste sich auf, die Spieler kamen in anderen Vereinen unter. Das Problem schien gelöst.

Wenn kurdische Mannschaften im Fußball Ziel von türkischen Aggressionen sind, handelt es sich nicht nur um unpolitische spielbezogene Ausschreitungen. Die Vereine agieren in der eigenen Community politisch, etwa durch Feste, Bildungs- und Kulturveranstaltungen. Es ist ein kurzer Weg zwischen dem Besuch eines Fußballspiels in den Niederungen des deutschen Fußballs und dem Besuch des Chefs der extrem rechten MHP Dr. Devlet Bahçeli. Die MHP ist eine im Jahr 1969 in der Türkei gegründete extrem rechte Partei, die dort zwischenzeitlich samt ihrer paramilitärischen Bewegung „Graue Wölfe" verboten war. Seit 1992 kann sie wieder unter ihrem alten Namen agieren. 1978 gründete die MHP einen europäischen Interessenverband, das Kürzel für den deutschen Ableger heißt ADÜTDF. Die „Grauen Wölfe" sind ein Sammelbegriff für türkische Faschisten, die sich selbst auch als „Idealisten" (türk. = Ülkücü) bezeichnen.

Der Linken-Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus, Hakan Taş, erkundigte sich 2015 in einer parlamentarischen Anfrage an den Senat nach Aktivitäten extrem rechter Organisationen in der türkischen Community. Der Senat antwortete, ihm seien keine Sportvereine in Berlin bekannt, die der „Ülkücü-Szene" zuzurechnen seien. Anders sah dies das Bundesinnenministerium (BMI). Laut einer Anfrage von 2014 erfasste das BMI einen Angriff von türkischen Nationalisten aus ihrem Vereinsheim auf eine pro-kurdische Demonstration: Im Juli 2013 lief sie am Vereinsheim des Berliner Sportvereins Hürtürkel[2] (Berlin-Kreuzberg) vorbei. Zwanzig Personen kamen aus dem Vereinsheim, machten den sog. Wolfsgruß und versuchten, die vorbeiziehenden Kurden_innen anzugreifen.

In einer Kommunalanalyse des Zentrums für Demokratische Kultur aus dem Jahr 2003 wurde bereits über den BSV Hürtürkel berichtet. Darin bezeichnet ein Sozialarbeiter den BSV von der Außenwahrnehmung her als „rechts und in Verbindung mit den 'Grauen Wölfen' stehend". In sozialen Netzwerken sieht man Funktionäre des Vereins mit Wolfsgruß und vor MHP-Fahnen stehen. Aggressionen gegen Personengruppen, die im Wertebild der „Grauen Wölfe" als minderwertig angesehen werden, finden sich auch auf dem Fußballplatz wieder. Das Landesligaspiel des BSV Hürtürkel gegen den jüdischen Verein TuS Makkabi schätzten auch die Sicherheitsbehörden als problematisch ein. Oft wurden die Makkabäer durch Trainer, Spieler und Fans des BSV Hürtürkel antisemitisch beschimpft, so etwa im März 2012. Muslimische Spieler des jüdischen Vereins wurden als „Schande" bezeichnet und bedroht, andere Spieler wurden als „Scheiß-Nigger" diffamiert. Letzteres bestätigten auch offizielle Beobachter des Berliner Fußballverbandes. Ein Spieler des BSV Hürtürkel wurde daraufhin für ein halbes Jahr gesperrt, der Trainer für 11 Monate, drei Punkte wurden dem BSV Hürtürkel abgezogen und der Verein musste ein Spiel unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausrichten. Der Berliner Fußballverband wendete dabei zum ersten Mal den § 46 seiner Satzung an, der ein Punkteabzug vorsieht, wenn sich Offizielle oder Zuschauer rassistisch bzw. diskriminierend äußern.

Bestraft werden türkische Sportvereine mit Verbindungen ins extrem rechte Milieu von Sportverbänden nur dann, wenn sie gewalttätig und diskriminierend auffallen. Ansonsten hat der Verband keine Probleme mit extrem rechten Vereinen. Selbst offizielle Erkenntnisse des Verfassungsschutzes werden dabei übergangen. So auch in Baden-Württemberg. Vertreter der höchsten Funktionärsebene des Badener Fußballverbandes (BFV) trafen sich 2014 zum Vereinsdialog mit dem 1. FC Turanspor Mannheim[3] im Türkischen Kulturzentrum. Auf Bildern des Vereins ist beispielsweise der BFV-Geschäftsführer Uwe Ziegenhagen zu sehen, hinter den Funktionären hängen eindeutige Flaggen. So etwa die Fahne der ADÜTDF, die immerhin Beobachtungsobjekt des Landesverfassungsschutzes ist.

Foto: Screenshot von Facebook



Auf einem Facebook-Foto posieren Personen von bzw. aus dem Umfeld des „1. FC Turanspor" aus Mannheim vor einem „Graue Wölfe"-Büro mit dem sogenannten Wolfsgruß.

Während also die Sicherheitsbehörden die „Ülkücü-Bewegung" beobachteten, treffen sich Mitglieder eines Fußballverbandes mit deren Anhängern zur Realisierung einer eigenen Sportstätte. Diese sieht der Verein als wichtige „Grundlage eine Jugendarbeit aufzubauen und Nachwuchs für den Verein heranzuziehen". Dabei geben bereits der Vereinsname und das Vereinswappen Aufschluss über den ideologischen Hintergrund. Als Wappentier ist der „Bozkurt", der heulende Wolf gewählt. In der türkischen Mythologie gilt er als „Retter" der Turk-Ethnien und ist zentrales Symbol der extremen Rechten in der Türkei. Das Handzeichen, der Wolfsgruß, kommt ebenfalls aus dieser Zeit. Auch der Vereinsname entstammt der türkischen Mystik. Das „Reich Turan" gilt als die Heimstätte der Turkvölker, zu dem unter anderem Finnen, Mongolen, Türken, Ungarn und Uiguren gehören sollen. Es reicht von der Adria bis in das heutige China. Der Turanismus vertritt die Auffassung, dass die verschiedenen Turkvölker eine gemeinsame Rasse darstellen. Der Pan-Turkismus verfolgt das politische Ziel einer Vereinigung aller Turkvölker zum turanischen Imperium. Im „Idealisten-Eid" heißt es unter anderem: „Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen Blut [...] bis die nationalistische Türkei, bis das Reich Turan erreicht ist." Der Verein versucht sich, auch auf Drängen des BFV, als demokratisch zu präsentieren. So wurde 2016 ein „FairPlay-Statement" veröffentlicht, das sich gegen „Kriege, Terror, Flüchtlingsdramen, Rechtsextremismus und sexuelle Belästigung" richtet. Gleichzeitig ist es nicht ungewöhnlich, dass bei Siegesfeiern des 1. FC Turanspor Mannheim die MHP-Fahne mit den drei Halbmonden geschwenkt wird. Im Wintertrainingslager in Antalya traf man sich gar mit dem regionalen Vorsitzenden der MHP und bekam eine Führung zur Geschichte der Partei. Gemeinsam posierten Funktionäre des Vereins und Vertreter der „Grauen Wölfe" vor dem Regionalbüro.

Über Verbindungen zur MHP verfügt auch der Turanspor Rheydt aus Mönchengladbach, der in seinem Wappen die drei Halbmonde der MHP führt. 2015 traf man den MHP-Parteivorsitzenden Bahçeli, wobei ein signierter Vereinswimpel stolz präsentiert wurde. Bereits 2013 bewarb der Verein eine Veranstaltung der ADÜTDF in Oberhausen, Gastredner war Bahçeli. Erst im Mai diesen Jahres feierte man im gemeinnützigen Türkischen Kulturzentrum der ADÜTDF ein Frühlingsfest. Der Fußballverein wirkt als eine Vorfeldorganisation des Dachverbandes der „Grauen Wölfe". Öffentlich wurden diese Bestrebungen bei der Besetzung des städtischen Integrationsrates. Zur Wahl gab es 2014 eine Liste der türkischen Community als „Türkisch-Deutscher-Integrations-Verbund" (Türk-Alman Uyum Birliği). Auf dieser befanden sich neben unscheinbaren Personen auch Aktivisten des lokalen Fußballvereins Turanspor. Von den 15 Personen der Liste schafften es vier in den Rat. Der Integrationsrat soll die Interessen der nicht-deutschen Einwohner_innen Mönchengladbachs vertreten. Auch in Nordrhein-Westfalen möchten sich ADÜTDF-Anhänger in städtische Gremien wählen lassen. Veranstaltungen der ortsansässigen Kulturvereine sind ebenso wie Fußballsportveranstaltungen Mittel für eine politische Einflussnahme in die türkische Community, aber auch für Akzeptanz in der deutschen Gesellschaft. Während bei deutschen extrem rechten Vereinen innerhalb von Sportverbänden, Zivilgesellschaft und lokalen Medien interveniert wird, bleibt dies bei der türkischen extremen Rechten weitgehend aus. Auf diese Weise können sie ihren Einfluss ausbauen, die Folge sind Angsträume für Jüd_innen, Kurd_innen und linke Aktivist_innen. •

1 Vorsitzende des Anadoluspor Ramsbeck e.V. waren Mehmet Karatas und Ahmet Güner. Geschäftsführer war Salih Pistofoglu. Sportlicher Leiter war Fatih Karatas.

2 Die Vorsitzenden des Berliner Sportvereins Hürtürkel sind Selami Erbay, Haci Aktan, Hüseyin Günes und Nihat Ermi. Serkan Aslan ist Schatzmeister.

3 Die Vorsitzenden des Vereins 1. FC Turanspor Mannheim sind Mehmet Güngör und Mustafa Ekinci.

NS-SZENE

Mit der als Verein eingetragenen Stiftung „Europa Terra Nostra“ (ETN) und der Parteienallianz „Alliance for Peace and Freedom“ (APF) organisiert und finanziert ein europaweites Netzwerk von Neonaziparteien seine Aktivitäten mithilfe von EU-Geldern.

„Alliance for Peace and Freedom“ und „Europa Terra Nostra“

Ein europäisches Neonazi-Netzwerk gegen die EU und für Russland

ULLI JENTSCH

Ende Mai 2016 erregte die Ausrichtung der Neonazi-Veranstaltung „Manhemsdagen“ in Stockholm (Schweden) internationales Aufsehen. Im Vorfeld war bekannt geworden[1], dass der ETN für dieses internationale Event EU-Gelder zur Verfügung standen. Europa Terra Nostra e.V. (italienisch für „Europa Unser Land“) ist die als Verein eingetragene Stiftung der pan-europäischen Fraktion von Neonaziparteien APF. Das Europa-Parlament gab daraufhin bekannt, dass die ETN im Jahr 2016 197.625 Euro[2] erhalten habe, die APF weitere 400.000 Euro[3]. Mitglieder des Europa-Parlamentes kritisierten die Vergabe von Geldern an eine Organisation, die damit neonazistische Veranstaltungen durchführt. Die etwas großspurig als Kongress bezeichnete Tagung mit angeblich zweihundert Teilnehmenden konnte jedoch ohne Probleme stattfinden.

Schon wieder EU-Gelder für rechten Kongress?

Nun wurde die Planung eines weiteren rechten Kongresses bekannt.[4] Die NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme (DS) kündigt für den Oktober diesen Jahres einen „Freiheitlichen Kongreß“ in Norddeutschland an. Neben dem EU-Abgeordneten der NPD Udo Voigt und weiteren ausländischen Gästen ist auch ETN wieder dabei, zu der im Brief der Hinweis enthalten ist: „Die Aktivitäten der Europäischen Stiftung EUROPA TERRA NOSTRA e.V. werden vom Europäischen Parlament finanziell unterstützt.“ Die ETN ist Veranstalter, unterstützt von der DS, dem Bildungswerk Heimat und Identität e.V. und dem bisher unbekannten Magazin Gegenlicht.

Mit dem „Freiheitlichen Kongreß“ will die NPD an eine „gute Tradition“ anknüpfen[5], wie es der Geschäftsführer der Deutschen Stimme formuliert. Das für den 22./23. Oktober 2016 geplante „publizistische und intellektuelle Ereignis“ steht unter dem Titel „Reconquista oder Untergang. Europa im Widerstand und Wandel“. Zu den bisher erwarteten Gästen zählen sehr vorhersehbar neben Udo Voigt auch der Schwede Daniel Friberg sowie Nick Griffin (ex-MdEP aus Großbritannien), weitere Referenten seien eingeplant, ebenso wie ein Auftritt des extrem rechten Liedermachers Frank Rennicke.

Wer ist „Europa Terra Nostra“?

Der Verein „Europa Terra Nostra“ wurde am 3. Juli 2015 von sieben Mitgliedern in Berlin gegründet und am 25. Januar 2016 in das Vereinsregister eingetragen. Die Zahl der Mitglieder ist laut Satzung auf 15 Personen begrenzt. Von Beginn an wird der Verein von dem in Berlin lebenden Dan Eriksson aus Schweden geführt, sein Stellvertreter ist seit Ende April 2016 der Grieche Konstantinos Boviatsos, Mitglied der Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) und Assistent des griechischen MdEP Giorgios Epitideios. Vor ihm war der Berliner NPDler Oliver Niedrich Stellvertreter. Mit Susann Starke ist eine NPD-Frau Schatzmeisterin, weitere Beisitzer stammen aus Italien, Spanien und Berlin.

Seit seiner Gründung entwickelte der Verein nur spärliche Aktivitäten wie Besuche befreundeter politischer Organisationen im Ausland. In der Parteizentrale der NPD in Berlin-Köpenick fanden Veranstaltungen und Schulungen mit internationaler Beteiligung statt wie im September 2015 mit den Betreibern des schwedischen Online-Radios Motgift (Gegengift) oder im Juli 2016 ein Multimedia-Workshop mit Jörg Hähnel (NPD). In der Bundeszentrale der NPD befand sich auch bis Juni 2016 die Geschäftsstelle der ETN, inzwischen hat man sich von der zwielichtigen Adresse verabschiedet und wechselte ins Hauptquartier der APF in Brüssel. In Berlin verbleibt alleine die Adresse einer Briefkastenfirma am Kurfürstendamm.

Wer ist die APF?

Die 2014 gegründete APF ist faktisch eine Nachfolgerin der 2009 aufgelösten Europäischen Nationalen Front. Zu ihr zählen neben der NPD (MdEP Udo Voigt sowie Jens



Foto: Screenshot von Facebook

Vorne von links: Jens Pühse, Dan Eriksson, Gonzalo Martin (Democracia Nacional, Spanien), Stefan Jacobsson (APF-Generalsekretär), Nicola Cospito (Fuerza Nuova, Italien) Hinten: Links Konstantinos Boviatsos, daneben ein Vertreter aus Polen.

Pühse) und den drei im Europa-Parlament vertretenen Mitgliedern von Chrysi Avgi (Georgios Epitideios, Lampros Fountoulis, Eleftherios Synadinos) weitere bekannte Einzelpersonen wie Nick Griffin (ex-MdEP aus Großbritannien), Roberto Fiore (Forza Nuova, Italien und Parteivorsitzender der APF), Stefan Jacobsson (Schweden, APF-Generalsekretär), Daniel Carlsen (Dänemark) sowie weitere aus Tschechien und Belgien. Für November ist in Rom die feierliche Aufnahme der slowakischen Kotleba-Partei geplant.

Die deutsch-schwedische Achse

Erstaunlich ist in diesem internationalen Netzwerk die Rolle der schwedischen Aktivisten, die in der Vergangenheit in ihrem Heimatland so gar nicht erfolgreich waren. Ihre Svenskarnas Parti (SvP — Partei der Schweden) wurde im Mai 2015 wegen anhaltender Bedeutungslosigkeit aufgelöst. Sowohl Jacobsson, der letzte Parteichef, als auch Eriksson, Propagandachef, waren dort führende Mitglieder. Stefan Jacobsson griff zuletzt als Redner in den erfolglosen Wahlkampf der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ein. Und der seit langem in Deutschland lebende Dan Eriksson nutzt seine Position als Vorsitzender der ETN massiv, um seine Projekte zu lancieren und seine alten Freunde aus Schweden daran zu beteiligen.

Die schwedische Webseite Motgift mi- Internet-Radio und Web-TV, wo Eriksson Chefredakteur ist, sowie der Arktos-Verlag wurden in ETN-Veranstaltungen als Vorzeigeprojekte hoch gelobt. Zu einer Veranstaltung in Berlin reisten Daniel Höglund und Magnus Söderman von Motgift an, beide langjährige Weggefährten Erikssons. Und auch die Verbindungen von Eriksson nach Deutschland sind alles andere als neu. Schon im Jahr 2007 tauchte er als Redner bei den „Freien Kräften" in Thüringen auf, er besuchte beispielsweise das „Fest der Völker" 2009 in Pößneck und war sogar Gast der Fusionsfeier von NPD und DVU 2011. Noch im März 2016 sprach Eriksson auf einem sogenannten Abendspaziergang in Oranienburg, wie bei anderen Gelegenheiten, in flüssigem Deutsch. Für seine Medienaktivitäten in Deutschland hat Dan Eriksson in Berlin inzwischen eine eigene Firma gegründet, die JoMaDa Medien UG. Sein einziger Mitgesellschafter ist bereits genannter Magnus Söderman. Mit dieser Firma bereitet Eriksson derzeit den Webauftritt eines szeneeigenen sozialen Netzwerkes vor, Werbeslogan: „a social network for us who stand for European culture and heritage." Noch muss er die Beta-Version via Facebook ankündigen.

Die Bedeutung des APF-ETN-Netzwerkes

Die an diesem Netzwerk beteiligten Parteien sind in vielen ihrer Herkunftsländer bedeutunglos, sieht man einmal von der griechischen Chrysi Avgi und der slowakischen Kotleba-Partei ab. Im EU-Parlament spielen sie außer als Störfaktor keine Rolle. Den Schweden ist ihre eigene Partei sogar gänzlich abhanden gekommen, was sie aber mit verstärkter internationaler Präsenz wettmachen. Sie spielen international sicherlich eine Rolle, die weit über ihre Bedeutung in Schweden hinaus geht. Die APF ist eine auf wenige alte Männer konzentrierte Organisation und in dieser Konstellation kennt man sich schon seit vielen Jahren. Während die alten Patriarchen in bevorzugt südeuropäischen Städten auf den Panels sitzen, machen ihre männlichen Assistenten die Kleinarbeit zwischen Brüssel, Stockholm und Berlin und nutzen hierfür die ETN.

Die im APF-ETN-Netzwerk engagierten Parteien verfolgen einen anti-westlichen, ultra-nationalistischen Kurs, der teilweise stark an neofaschistische Konzepte des Ethnopluralismus angelehnt ist. Es werden AutorInnen und PolitikerInnen rezipiert, die EU-feindliche und pro-russische Positionen vertreten. Anlässlich der Kritik an der schwedischen Tagung im Mai diesen Jahres behauptete die staatsnahe russische Nachrichtenagentur Sputnik, die APF sei eine „Pro-Russian Peace Association" (eine prorussische Friedensvereinigung) und nahm das Netzwerk in Schutz. Die APF agitiert entsprechend gegen „Russophobie" und unterstützt den Kurs des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Syrien durch einen symbolträchtigen Besuch in Damaskus. •

1 http://expo.se/2016/over-two-million-euros-in-eu-subsidies-granted-to-fascists_7074.html 2 www.europarl.europa.eu/pdf/grants/Grant_amounts_foundations_01-2016.pdf 3 www.europarl.europa.eu/pdf/grants/Grant_amounts_parties_01-2016.pdf 4 www.apabiz.de/2016/schon-wieder-eu-gelder-fuer-braunen-kongress 5 Zwischen 2003 und 2007 fanden fünf dieser jährlichen Kongresse statt.

NS-SZENE

Dumm und gefährlich: „Oldschool Society"

SEBASTIAN LIPP

Mitte Mai 2015 sollte das Mobile Einsatzkommando (MEK) der Polizei die „Oldschool Society" (OSS) beobachten und zuschlagen, sobald die Neonazis von einem Treffen in der Kleingartenanlage „Sommerfreude" los ziehen, um einen Anschlag zu begehen. Doch dazu kam es nicht. Die Anti-Terror-Spezialeinheit riet von dem geplanten Einsatz ab, weil nicht auszuschließen war, dass ein Zugriff eine Schießerei auslösen könnte, in deren Verlauf es einigen der mutmaßlichen Rechtsterroristen gelingen könnte, sich abzusetzen, um einen geplanten Sprengstoffanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft zu begehen. Stattdessen griff die Polizei zwei Tage vorher zu. Vier Mitglieder der Führungsebene wurden in U-Haft genommen und müssen sich seit April diesen Jahres wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung am Oberlandesgericht in München verantworten. Wie gefährlich waren sie tatsächlich?

Die Struktur von OSS

Bei Facebook unterhielten die Neonazis eine öffentliche Seite mit über 3.000 Likes. Die Präsenz in den Sozialen Netzwerken dürfte den Hauptrekrutierungskanal der Gruppe dargestellt haben. Hier wurde offen gegen Asylsuchende, Juden und Antifaschisten gehetzt. Auch die Gewalt-Affinität der Gruppe wurde nicht verschleiert: „Eine Kugel reicht nicht", hieß es auf einem Logo der OSS. Wer Gefallen daran fand, konnte in eine WhatsApp-Gruppe aufgenommen werden. Eine bei der Razzia gefundene Mitgliederliste enthielt 40 Einträge, tatsächlich muss die Gruppe noch größer gewesen sein. Bald stieg die Gruppe auf das vermeintlich abhörsichere Telegram um, um einem Zugriff durch staatliche Stellen zu entgehen. Das BKA platzierte jedoch einen verdeckten Ermittler „Rudi" in der sogenannten „Hauptgruppe". Daneben gab es den „OSS Geheimrat", in dem sich die zuletzt aus den vier heute Angeklagten bestehende Führungsriege der Gruppe koordinierte. Auch hier gelang der Polizei die Ausleitung eines großen Teils des Chatverlaufes.

„Präsident" und Gründer der Gruppe ist der 57-jährige Andreas Thomas Hafemann aus Augsburg. Er war Beisitzer im Vorstand des örtlichen NPD-Verbandes. Zum „Vizepräsidenten" und „Chief of Security" ernannte er Markus Wilms. Auch der 40-jährige Wilms war für die NPD tätig, für die er in seinem Geburtsort Düren kandidierte. Darüber hinaus war er Mitglied der militanten, inzwischen verbotenen „Kameradschaft Aachener Land" (KAL) und trat später „als Aktivist einer Gruppierung namens 'Kameradschaft und Loyalität' (K. u. L.)" in Erscheinung. Seine Lebensgefährtin Denise Vanessa Grüneberg (24) führte die Gruppe als „Schriftführerin" und wohnte zuletzt mit ihm in Borna. Olaf Ogorek (48) aus Bochum sitzt ebenfalls auf der Anklagebank. Nach eigenen Angaben war er „Gauleiter NRW" der „Vereinigte(n) Kameradschaft Deutschland" (VKD). Von Ogorek soll die Idee stammen, Anschläge zu begehen, „um das Ausländern und Salafisten in die Schuhe zu schieben", und so Erregung in der Bevölkerung zu erzeugen. Diskutiert wurden Sprengstoffanschläge auf den Kölner Dom und auf Einkaufszentren. Im „Geheimrat" unterhielt man sich außerdem darüber, „Antifa-Häuser" mit Molotow-Cocktails anzugreifen oder Linke mit Baseballschlägern anzugehen. Nach der Aussage eines Bundesanwaltes am Rande des Prozesses gab es jedoch Hinweise, dass die Mitglieder der Führungsebene die Anschläge nicht selbst begehen wollten. Grüneberg habe im „Geheimrat" die übrigen Mitglieder abschätzig als „Lollis" bezeichnet. Diese Einschätzung passt zu den Aussagen einer ehemaligen Freundin Grünebergs. Ihrer Wahrnehmung nach habe Grüneberg die Fähigkeit, Menschen zu manipulieren. Anschläge traue sie ihr zu — allerdings so, dass sie sich „nicht selber die Hände schmutzig machen würde".

Anschlagspläne

Etwa ein Dutzend der Mitglieder traf Mitte November 2014 erstmals in der Kleingartenanlage „Sommerfreude" nahe Wilms' Wohnort aufeinander. Die Anklage geht davon aus, dass dort die inhaltliche Ausrichtung der OSS thematisiert wurde: „Erörtert wurde der 'bewaffnete Kampf gegen Salafisten', die Herstellung von Sprengstoff, ein 'gewaltsames Vorgehen gegen Asylanten' und 'wer bereit wäre, auch in den Knast zu gehen für irgendwelche Taten'." Nach einem Bericht des BKA waren möglicherweise schon damals Aktionen unmittelbar geplant, wofür Teile der Neonazi-Truppe aber zu betrunken gewesen sein dürften. Des-

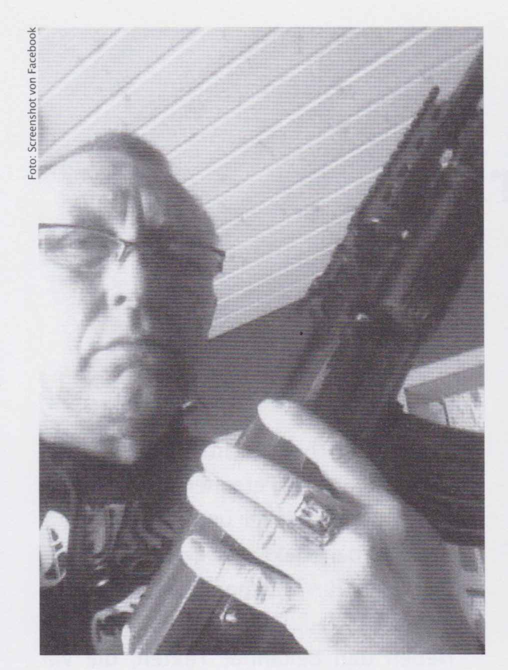

Foto: Screenshot von Facebook



Foto: Roland Geisheimer / attenzione photo

Links: Andreas Hafemann aus Augsburg trat als Präsident der Gruppe in Erscheinung.

Rechts: Olaf Ogorek (1.v.l.) war Presseverantwortlicher der OSS.

halb wurde ein zweites Treffen vom 8. bis 10. Mai vereinbart — diesmal ohne Alkohol, dafür dunkel gekleidet für eine „Nachtwanderung". Kurz zuvor besorgten Wilms und Grüneberg am 1. Mai Pyrotechnik mit hoher Sprengkraft im Ausland. Anschließend rief Wilms seinen „Präsidenten" Hafemann an und besprach die Verwendung der illegal eingeführten Ware als Sprengsatz. Das Gespräch wurde abgehört: „… hier, so ein Cobra 11, hier, weißt du, hier Dachpappenstifte draufmachen mit Sekundenkleber ringsrum, draufkleben und dann so ein Ding im Asyl … so ein Ding im Asylcenter, im Asylheim so, weißt du, Fenster eingeschmissen und dann das Ding hinterhergejagt." Hafemann dazu: „Tät' mir schon gefallen, wär' schon so nach meinem Geschmack." Denise Vanessa Grüneberg war während des Telefonats anwesend. Im Hintergrund erklärte sie, dass man aufgrund der Sprengkraft die Zündschnüre verlängern müsse.

Dumm, aber gefährlich

Darauf wurden Durchsuchungsbeschlüsse erwirkt und die Gruppe wenige Tage vor dem Treffen am 6. Mai hochgenommen, die vier Führungskader wurden in Untersuchungshaft verbracht. Sichergestellt wurden Datenträger, Neonazi-Devotionalien, Nägel, Pyrotechnik und einige Waffen. Darunter waren keine scharfen Schusswaffen und auch nicht die von Hafemann auf Fotos herum gezeigte scharfe Munition. Dass die Gruppe in dieser Hinsicht überschätzt worden sei, räumte ein Vertreter der Bundesanwaltschaft jüngst ein. Präsentiert wurde die Razzia damals trotzdem als Schlag, der möglicherweise die Bildung eines zweiten NSU verhindert habe — und betont, wie wichtig dafür die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden gewesen sei.

Allerdings fragte das Vice-Magazin nicht von ungefähr, ob es sich bei der OSS um die „dümmste Terrorgruppe Deutschlands" handelte. Ihre mangelnde Fähigkeit zur Konspirativität bewies die OSS nicht nur durch die Veröffentlichung eines Gruppenphotos vom ersten Treffen auf Facebook. Auch im Wohnumfeld des „Präsidenten" war klar, wer der selbstständige Maler mit der Aufschrift „Wir kommen todsicher" auf seinem Firmenfahrzeug war. Eine Zeugin sagte, durch den Reichsadler mit den Initialen A. H. auf Hafemanns Privatfahrzeug hätten alle gewusst, wessen Geistes Kind er ist. Trotzdem: „Keiner hat gedacht, dass da sowas dabei raus kommt." Und dies, obwohl Hafemann in aller Öffentlichkeit seine kaum von scharfen Waffen unterscheidbaren Gaspistolen polierte und dabei beobachtet wurde. Kein Wunder, dass sich die OSS unverwundbar fühlte. Das hält zum Teil bis heute an. Als ein ehemaliges Mitglied des „Geheimrats" vor Gericht zu den Positionen der Angeklagten befragt wurde und eine Antwort schuldig blieb, stand Hafemann auf, als wolle er in erhabener Pose fragen: „Wer ist dein Präsident?" Der vorsitzende Richter versuchte zu sortieren, ob die Gruppe überwiegend „ausländerfeindlich" oder „kritisch" sei: „Haben Sie wahrgenommen, dass er prinzipiell ausländerfeindlich ist oder ob es sich darum dreht, wie die sich hier benehmen?", fragte er etwa einen Zeugen.

Das von der OSS hinterlassene, weitgehend unangetastete Netzwerk dürfte gemeinsam mit der restlichen Neonaziszene aus diesem Verfahren erneut lernen, dass es in Deutschland möglich ist, sich an einer rechtsterroristischen Struktur zu beteiligen, ohne ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen — und dies sogar ohne wirklich konspiratives Agieren. Selbst der BKA-Chef geht inzwischen davon aus, dass sich aus den grassierenden rassistischen Mobilisierungen neue terroristische Strukturen bilden könnten. Auf Pegida etwa wurde in der OSS positiv Bezug genommen. Hafemann will bei deren Münchener Ableger intensiv mitgewirkt haben. Tatjana Festerling hat unlängst die Kundgebungsteilnehmer von Pegida München dazu aufgerufen, sich zu bewaffnen. •

NS-SZENE

„Gemeinsam Stark" in Bremen?

Die Bilder hätten aus einem Video über eine Übung der Bremer Bereitschaftspolizei stammen können: Am Abend des 18. Juni 2015 liegen, zum Teil mit Kabelbindern gefesselt, 43 Personen aus dem „Gemeinsam Stark"-Spektrum auf dem Boden des Uni-Campus in Bremen. Nach eigenen Angaben, die die Bremer „Gemeinsam Stark"-Gruppe über soziale Netzwerke veröffentlichte, wollten sie mit dem Video „Präsenz zeigen". Ihren Angaben nach gab es drei Überfälle von vermeintlichen Antifaschist_innen auf Personen aus der „Gemeinsam-Stark Deutschland"-Gruppe (GSD). Der versuchte Dreh des Videos bildet die bisher letzte Aktivität der Bremer „GSD-Gruppe" und fand große Beachtung in den lokalen Medien.

Die Bremer GSD-Gruppe hatte sich nach der Spaltung der „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) gebildet. Zum Kern der Gruppe gehören rund 20 Personen aus Bremen und dem Umland, die über einen nochmal ungefähr gleich großen Kreis von SympathisantInnen verfügen. Darunter finden sich teilweise schon als Neonazis bekannte Personen wie Michael Kuschela („Captain Flubber"), Michael H. und Alexander G. (ehem. Aktivist der NPD-Jugendorganisation). Der Großteil dieser Personen rekrutiert sich aus einer Mischszene aus alten bzw. ehemaligen Bremer Hooligans und Fans der rechten Band „Kategorie C — Hungrige Wölfe" (KC) aus Bremen. Ein Teil des bei GSD aktiven Kreises kennt sich aus der rechtsoffenen Saufgemeinschaft „Freibeuter HB". Laut den Beobachtungen Bremer AntifaschistInnen soll das Bremer Netzwerk um HoGeSa bzw. „Gemeinsam-Stark" auch von dem Wohlwollen des Bremer Neonazi-Funktionärs Henrik Ostendorf und der lokalen Aktivisten von „Die Rechte" profitiert haben.

Dieser Personenkreis tritt regelmäßig als Ordner bei „GSD"-Demonstrationen auf, zur Demonstration in Magdeburg Anfang April 2016 organisierte die Gruppe eine gemeinsame Anreise per Reisebus. Auch zum Aufmarsch Anfang Mai 2015 in Erfurt reiste eine Bremer Gruppe GSDler, Marcel Kuschela durfte das Frontransparent mit tragen, die anderen angereisten Bremer fungierten als Ordner. Marcel Kuschela kann als Gallionsfigur der Bremer „GSD-Gruppe" bezeichnet werden, er ist seit Jahren im Umfeld der rechten Bremer Hooliganszene aktiv. Er spielte in der Hooliganband „VollKontaCt". Diese wurde von Rainer Friedrichs, dem Gitarrist von „Kategorie C — Hungrige Wölfe" nach Streitigkeiten innerhalb von „KC" gegründet, existierte allerdings nur kurzweilig. Zwischendurch tauchte Kuschela im Umfeld des in Bremen mittlerweile verbotenen Bikerclubs „Mongols MC" auf.

„Kategorie C" als Zugpferd

Bei dem Aufmarsch in Magdeburg übermittelte Kuschela ein Grußwort von KC-Sänger Hannes Ostendorf an die TeilnehmerInnen. Auch sonst verbringt Kuschela viel Zeit zusammen mit „KC". Er begleitet die Band auf zahlreiche Auftritte, verkauft deren Merchandise und posiert auf Fotos mit Hannes Ostendorf. Bremer Antifaschist*innen gehen davon aus, dass die Band um Sänger Hannes Ostendorf einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Mobilisierungsfähigkeit von „GSD" hat. „Kategorie C" liefern den passenden Soundtrack zu Bewegungen wie „HoGeSa" und jetzt aktuell „GSD". Über die Musik gelingt es, der klassischen RechtsRock-Idee folgend, auch jüngere Personen zu erreichen. Ein nicht unerheblicher und sicher einkalkulierter Nebeneffekt sind gestiegene Verkaufszahlen für Merchandising und CDs der Band.

Neben den bekannte Texten, die vor Gewalt und Männlichkeitsverklärung nur so strotzen, schreit Hannes Ostendorf auch gegen „die Antifa", Muslime und „politische Korrektheit" ins Mikrofon. Ein Mehr an konkreten Inhalten scheint es nicht zu geben bzw. scheint dies auch für den Erfolg von Demonstrationen und anderen Aktionen nicht nötig zu sein. Die über soziale Medien verbreiteten Videos triefen, trotz der schlechten technischen Umsetzung, vor Pathos. Man(n) geriert sich als Beschützer des vermeintlich von Einwanderung und islamistischem Terror bedrohten Abendlandes.

GSD als Aktivposten in Bremen

Die von „GSD" durchgeführten Aktionen gleichen ansonsten eher dem klassischen Repertoire von Neonazi-Kameradschaften. So versuchten Mirco U. und Andreas R. aus der Bremer GSD-Gruppe Ende Januar 2016 in Begleitung des bekannten Bremer Neonazis und Anti-Antifa Aktivisten Andreas Hackmann[1] Fotos von antifaschistischen Fußballfans zu machen, die den Prozess gegen den Bremer Antifaschisten Valentin besuchten. Bereits im August 2015 versuchte Heiko B. Teilnehmer_innen der Demonstration „Gegen Nazis und Repression" in der Bremer Innenstadt abzulichten. Im November 2015 verteilten „GSD'ler" Sachspenden an Wohnungslose am Bremer Hauptbahnhof. Unterstützung erhielten sie dabei von Fritjof Balz, der zu diesem Zeitpunkt noch für die Rechtspopulisten „Bürger


Foto: Screenshot von Facebook


Foto: Presseservice Rathenow

Oben: GSD-AktivistInnen aus Bremen und Norddeutschland auf einem Autohof bei Northeim nach der GSD-Demonstration in Erfurt am 2. Mai 2015.
Unten: Marcel Kuschela am Fronttransparent während des GSD-Aufmarsches in Magdeburg am 09. April 2016.

in Wut" im Stadtteil-Beirat Blumenthal saß. Mittlerweile ist Balz im Umfeld des Bremer Ablegers des „Hells Angels MC" aktiv.

Die Bremer „GSD"-Gruppe kann mittlerweile als eine der aktivsten Neonazigruppen in Bremen und Umland gewertet werden. Der Bremer Senator für Inneres erklärte jedoch trotz der bekannten Vorfälle, dass die Gruppe bundesweit keine relevant Rolle einnehmen würde: „Es ist nicht zu erkennen, dass der Bremer Ableger von „GSD" eine besondere Führungsrolle einnimmt und Bremen somit als bundesweiter Treffpunkt von Bedeutung wäre."

Gemeinsam Inhaltslos Deutschland?
Einem von „Gemeinsam Stark Bremen" verteilten Flyer ist nur wenig Inhaltliches zu entnehmen: „Eine Bewegung, die für eine glückliche und sichere Zukunft unserer Kinder, unserer Kultur und Traditionen wie auch für den Erhalt des Vaterlandes kämpft. Wir sind keine Partei, wir sind lediglich besorgte Bürger hier in diesem kaputten Deutschland. Stellt euch mit uns auf die Straße und kämpft für den Erhalt unserer Heimat." Der bundesweite GSD-Verein möchte sich laut Satzung u. a. für „deutsche Werte und Freiheiten" einsetzen und eine „Islamisierung von Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland" verhindern.

Ansonsten macht die online veröffentlichte „Satzung" eher den Eindruck einer inhaltlichen Baustelle, in die mehr oder weniger konzeptlos irgendwelche Inhalte reinkopiert wurden. Unklar bleibt den Leser_innen, was der Verein mit der Forderung bezweckt, „gelegte Demokratie zu praktizieren und die Bürger auf ihre Bündigkeit hinzuweisen", was mit „indirekter Medienzäsur" gemeint ist oder warum „Initiativen gestoßen werden" sollen.

Offenbar sind diese paar Sätze aber trotzdem schon ausreichend, damit sich die „GSD"-AktivistInnen in ihrer selbst zu gedachten Rolle als VerteidigerInnen Deutschlands bestätigen können. Gerade die Abwesenheit eines fundierten politischen Programms — was allerdings wenig überrascht — scheint ein Faktor des Erfolges von „GSD"zu sein.

Es geht, ähnlich wie bei der Pegida-Bewegung im Kern vor allem gegen die Politik der Bundesregierung und gegen Geflüchtete, kurzum: Es wird eine reaktionäre, nationalistische und rassistische Antwort auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Widersprüche gegeben. Jedoch mit dem Unterschied, dass Gruppen wie „GSD" für sich in Anspruch nehmen, mit ihrem Handeln nicht auf den nächsten Wahlerfolg warten zu wollen, sondern hier und jetzt eine Antwort geben wollen. Diese Antwort kann sich auch gewalttätig gegen Geflüchtete, Antifaschist_innen und alle anderen richten, die den „GSDlern" nicht deutsch genug erscheinen.

Damit ist es „GSD" gelungen, ein Milieu anzusprechen und zu aktivieren, was entweder noch nie politisch aktiv oder in den zurückliegenden Jahrzehnten eher bei Fußballspielen des SV Werder Bremen anzutreffen war. Der Bremer Senator für Inneres beschreibt das Milieu als „Protagonisten der Bremer Mischszene aus Rechtsextremisten, Hooligans und gewaltaffinen Fußball-Fans".

Er muss in seinem Bericht einräumen: „Themen wie 'Islamismus', 'Ausländergewalt' oder 'linksextremistische Gewalt' greift der Verein GSD mit dem Ziel auf, gewaltbereite Rechtsextremisten, Hooligans oder „Rocker" für den 'gemeinsamen Kampf' zu mobilisieren."

Dass es die Bremer Neonazis und ihr Umfeld mit diesem Vorhaben durchaus ernst meinen, hat nicht zuletzt der Angriff auf antifaschistische Bremer Ultras bei einem Nordderby im Mai 2015 gezeigt. Für Antifaschist_innen in Bremen gilt es also wachsam bleiben. •

1 Andreas Hackmann war Anfang der 1990er Jahre in der Berliner Neonazi-Partei „Nationale Alternative" aktiv. Für diese wurde er auf dem 2. Parteitag 1990 als Kandidat für die Berliner Abgeordnetenhauswahl nominiert und trat kurzzeitig als ihr Pressesprecher auf.

NS-SZENE

Von Blood & Honour über das NSU-Umfeld bis heute:
Eine kurzer Blick auf die rechte Skinheadszene Norddeutschlands

Abtrimo: Über das rechte Netzwerk einer Hamburger Band

Die Band „Abtrimo" und das folgend aufgeführte Umfeld stehen hier nur exemplarisch für eine Teilstruktur in einem über Jahre gewachsenen, internationalen Netzwerk bestehend aus vielen Bands, Gruppen und Einzelpersonen der extremen Rechten. Dennoch soll anhand der Bandvorstellung ein Teil des militanten Rechtsrock-Netzwerks Norddeutschlands skizziert werden.

Die Hamburger Band „Abtrimo" wurde im Dezember 2010 gegründet. Die erste Demo-CD erschien 2012 mit Hilfe des Neonazis Jan Greve über dessen Label und Onlineversand „Skinhead Service". Ein Jahr zuvor spielten sie bereits das erste Konzert. Es folgten vier weitere Veröffentlichungen und über 20 Konzerte bis heute.

Gemeinsam mit der Hamburger Neonaziband „Likedeelers" veröffentlichte „Abtrimo" 2012 ein Album unter dem Titel: „Norddeutscher Untergrund... Der erste Streich!". Die Anlehnung an die Symbolik und Namensgebung des „Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU), die ihre Morde in einem Video mit der Comic Figur Paulchen Panther als „Streiche" verharmlosten, könnte daher auch als eine Art Sympathiebekundung der Band zu der rechten Terrorgruppe NSU verstanden werden.

Weiter zeigt auch der aktuellste Sampler „4 gewinnt" der Bands „Abtrimo", „Ungebetene Gäste", „Überzeugungstäter Vogtland" sowie „Alte Schule" die gemeinsamen ideologischen Gewaltfantasien. Auf dem Sampler wird dies beispielhaft im Song „F.D.G.K" der Band „Alte Schule" deutlich, wobei der szeneintern verwendete Code für „Für Deutschland, gegen Kanaken" steht. Die von der Band selbst zensierten Text-Stellen werden in der Aufnahme durch Schussgeräusche ersetzt. Auch in der 2014 bei „Oldschool Records" veröffentlichten, bereits indizierten, EP „Hammonia" propagiert „Abtrimo" rassistische Gewaltphantasien.

Gemeinsam mit dem Potsdamer Rechts-Rock-Musiker Uwe „Uwocaust" Menzel veröffentlichte die Band das Lied „Gewalt regiert uns alle" und spielte im Mai 2016 mit ihm, „Faustrecht" und der japanischen RAC-Band[1] „Aggroknuckle" ein Konzert in Staupitz in Sachsen.

Band & Crew

Die Band Abtrimo besteht aus den Neonazis Carsten Soltmann, Christian „Oesinger" Oest, Alexander Peter Tesch (Gitarre), Marcel „Marci" Koschnick und Fabian Witt „Prof. Das Tier" (Schlagzeug). Auch Marcel Schindler, der Gitarrist der Band „Alte Schule", unterstützt sie zeitweise musikalisch, so bei einem Auftritt in den USA im August 2015. Der Gitarrist Christian Oest ist treibende Kraft der Gruppe, organisiert die Konzerte und pflegt diverse Kontakte zu anderen Neonazibands. Infrastrukturell ist er vor allem bedeutend, da auf seinem Bauernhof die Proberäume für die Band sind. Auch Konzerte finden dort statt, so organisierte er mit dem „Feindkontakt"-Fanzine Ende April 2014 einen Abend mit „Abtrimo" und der eng befreundeten Band „Bronco Army" aus Brasilien. Ein weiteres internationales Gastspiel durch die Band „Brassic" (USA) fand im Juni 2014 auf dem Hof in Hamburg-Bergedorf statt.

Sänger Marcel Koschnick hat seine politischen Wurzeln bei den „Skinheads Uelzen", eine Gruppe, die seit Jahren konspirative Konzerte organisiert und enge Kontakte zu den „Hammerskins" und zu „Honour & Pride" pflegt. Regelmäßig reisen Vertreter der „Skinheads Uelzen" mit der Band zu Konzerten.

Der Bassist Carsten Soltmann begann seine musikalische Karriere bei der Oi-Band „Wilde Jungs", die zumindest damals schon so weit rechts standen, dass sie dem Neonazi-Fanzine „Bramfelder Sturm" im März 1995 ein Interview gaben. Carsten Soltmann schien dem Herausgeber des Fanzines, Thorsten Bärthel, sogar so vertraut, dass er mit seinem Folgeprojekt „Schall & Rauch" dem verstorbenen Kopf des „Bramfelder Sturm" die gesamte erste, 2009 veröffentlichte, CD widmet.

Angelehnt an die dienstälteste Skinheadband Deutschlands „Endstufe", die ihr Umfeld in der „Endstufe Crew" organisiert,



Foto: Screenshot von Facebook

„Abtrimo"-Aushilfsgitarrist Marcel Schindler 1.v.r., Koschnick und Soltmann bei einem Auftritt in den USA 2015

hat auch die Band „Abtrimo" eine Crew. Diese besteht aus etwa 20 Personen, die regelmäßig mit der Band zu Konzerten reisen und sich dabei sowohl um das Wohlbefinden der Band als auch um den sogenannten „Saalschutz" kümmern. Eine enge Verbindung zwischen den beiden Bands besteht zudem auch über Marcel Schindler, der seit Jahren auch als „Endstufe Crew" Mitglied für Niedersachsen unterwegs ist.

Freunde & Netzwerk — Damals & Heute

Das neonazistische Netzwerk, in das auch „Abtrimo" eingebettet ist, besteht seit nahezu zwei Jahrzehnten. Die Szene basierte auf engen Verbindungen in erster Linie zwischen den Neonazis aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Viele Kontakte, die die Bandmitglieder in ihrer Jugendzeit Mitte/Ende der 1990er Jahre knüpften, haben bis heute Bestand.

Durch die brutalen Tötungen von Mehmet Kaymakcı und Ramazan Avci im Jahre 1985 wurde die rassistische und rechte Skinheadszene in Hamburg früh bekannt. Avci wurde u.a. von Mitgliedern der Neonazigang „Lohbrügge Army" ermordet. Einer der damaligen Täter, der rechte Skinhead Volker K., hat nach wie vor gute Kontakte in die heutige Neonaziszene und wird von dieser für seine Tat immer noch gefeiert. Volker K. folgte im Juni 2016 der Einladung von Christian Oest und Patrick T. zu deren gemeinsamer Geburtstagsparty. Patrick T. gehört zum Kreis der Hamburger RechtsRocker. So sind auf dem Cover des Abtrimo Samplers „4 gewinnt" neben den Händen von Tobias Koßmann und Marcel Schindler (beide „Alte Schule") auch die von Christian Oest und Patrick T. abgebildet. Er ist dem früheren „Blood & Honour" Netzwerk zuzurechnen und international bestens vernetzt.

Auch zu den heutigen norddeutschen NPD Kadern Jan-Steffen Holthusen und Torben Klebe gab es Verbindungen. Diese Nähe wurde 2013 bei einem „Skinhead-Klassentreffen" deutlich, wo neben Torben Klebe und Jan-Steffen Holthusen auch Christian Oest von „Abtrimo" anwesend war. Mitte der 1990er Jahre waren Klebe und Holthusen, neben Bärthel maßgeblich für die erstmals 1994 veröffentlichte Publikation „Bramfelder Sturm" verantwortlich, die 1997 in „Hamburger Sturm" umbenannt wurde. Das Zine war das Sprachrohr der gleichnamigen Kameradschaft und war damals von enormer Bedeutung für die rechte Szene über die Grenzen Hamburgs hinaus[2]. Zu der Zeit etablierte sich in ganz Deutschland das rechte Musiknetzwerk „Blood & Honour". Mit dem Ableger „Sektion Nordmark" und den führenden Köpfen Sacha Bothe, Torben Klebe und Stefan Silar (jetzt Silar-Winkler), sowie dem Ableger „Sektion Niedersachsen", angeführt von Hannes Franke, war im Norden eine funktions- und handlungsfähige Struktur aufgebaut worden, der es gelang zahlreiche konspirative Konzerte zu veranstalten. Bis in die 2000er hinein waren sie maßgeblich für die bedeutendsten neonazistischen Veranstaltungen und Treffen in Norddeutschland verantwortlich.

Die Verbindungen zu weiteren Neonazis und Bands sind offensichtlich, so etwa zu „Alte Schule", „Schall & Rauch" und den „Likedeelers". Diese vier Bands stehen in einem engen freundschaftlichen Verhältnis zueinander, auch durch personelle Überschneidungen. So war neben Carsten Soltmann (jetzt Abtrimo) auch Björn Linke bei „Schall & Rauch" Mitglied, bevor er als Schlagzeuger bei den „Likedeelers" einstieg. Der Sänger der „Likedeelers", Diplom-Bauingenieur Oliver Dammann, spielte zuvor bei „Alte Schule" Gitarre und singt auf dem Sampler „4 gewinnt" für „Alte Schule". Einzig Marcel Schindler und Sänger Tobias Koßmann sind seit Jahren fester Bestandteil der Band. „Alte Schule" glorifizieren in ihren Liedern wie „Treue und Ehre" die „Waffen-SS" und bekennen sich in „Werwolf" zu paramilitärischen Untergrundkampfeinheiten. Beide kommen aus der Kameradschaft „Snevern Jungs", einer äußerst gewaltbereiten Gruppe aus Schneverdingen, die auch engste Verbindungen zur Tostedter Neonazi-Szene um den verurteilten Totschläger und ehemaligen „Blood & Honour Nordmark"-Kader Stefan Silar pflegte[3]. Auf seiner konspirativ organisierten Geburtstagsfeier im November 2013 spielten neben „Abtrimo" unter anderen auch „Uwo-



„Abtrimo“ in Nienhagen 2013 — v.l.n.r.: Soltmann, Koschnick, Oest und Tech (2.v.r.) mit Konzertveranstalter Oliver Malina (1.v.r.).

caust“ und „Path of Resistance“. In ihrem Booklet von „United against everyone“ senden „Abtrimo“ ganz besondere Grüße an „Silar“. „Alte Schule“ spricht auf dem Sampler „4 gewinnt“ neben der „FDGK Elite Crew“ auch an „Stefan und die Tostedter Jungs“ ihren besonderen Dank aus.

Silars fortwährende, überregionale Bedeutung wurde auch 2014 deutlich: Die Rückseiten der Eintrittskarten des „Honour & Pride“-Events in Nienhagen waren mit Werbung für seinen Onlineshop „Streetwear Tostedt“ im Stil des alten „Blood & Honour“-Designs gestaltet. Bereits 1999 als B&H-Sektionsleiter nahm Silar eine relevante Position innerhalb des Rechtsrockbusiness ein. Er bemühte sich, szeneinterne Grabenkämpfe zu überwinden und lud die „Hammerskins Nordmark“ nach Tostedt ein wonach er in einem anschließenden Bericht konstatierte: „Schließlich kämpfen wir alle für ein Ziel-United we are strong!“

Kontakte zum NSU Umfeld

Die bereits genannte Kameradschaft „Snevern Jungs“ wurde zeitweise von Matthias „Matten“ Behrens angeführt. Behrens kandidierte gemeinsam mit Marcel Schindler zur Kommunalwahl im September 2016 erfolglos für die NPD in Schneverdingen. Letzterer war ab 2006 auch für die Internetseite der „Schnevern Jungs“ verantwortlich. Dass die ansässige Neonaziszene bereits Mitte der 1990er Jahre überregional bedeutend war, zeigt der Rudolf Heß-Gedenkmarsch im August 1995 in Schneverdingen. An dem von dem Neonaziführer Thorsten Heise organisierten Aufmarsch nahmen etwa 150 Neonazis teil, darunter auch Uwe Mundlos. Es ist unwahrscheinlich, dass die spontane Verlegung in den kleinen Ort ohne enge Kontakte zu den regionalen Neonazis stattgefunden hat.

Der „Alte Schule“ Sänger Tobias Koßmann ist zudem ein Vertrauter von Hannes Franke. Koßmann und Franke waren im Juni 1999 Gäste der Hochzeit von Thorsten Heise in Northeim, wo zahlreiche Größen aus dem Rechtsrock-Business zusammen kamen. Neben dem mutmaßlichen NSU-Helfer Holger Gerlach, waren auch die damaligen norddeutschen „Blood & Honour“ Mitglieder Massimo S. und Jens W. anwesend. Auf der Feier sollte Gerlach abklären ob Heise die Untergetauchten Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt unterstützen könne.

Alte & neue Strukturen im Konzertbusiness

Bei den Konzerten von „Abtrimo“ tauchen immer wieder auch Personen aus den Kreisen von „Blood & Honour“ auf. Ein Konzert im Juli 2013 in Lachendorf bei Celle wurde von dem ehemaligen „Blood & Honour Sektion-Altmark“ Mitglied Andreas N. organisiert. Zu diesem reisten u.a. Jens W. und Oliver Malina von der RechtsRock-Struktur „Honour & Pride“ an. Malina selbst organisierte bisher vier große „Honour & Pride“ Konzerte in Nienhagen, wo 2012 und 2014 auch „Abtrimo“ auftraten. Im Oktober 2013 organisierten Stefan Sch. und die „Skinheads Uelzen“ ein Konzert in Wellendorf im Landkreis Uelzen. Dort sollten neben „Abtrimo“ auch die gut befreundeten Bands „Faustrecht“ (Allgäu/Schwaben), „Likedeelers“ (Hamburg) und „The Wrongdoers“ (Finnland) auftreten. Zu den Gästen des Konzertes gehörten neben Matthias „Matten“ Behrens auch Massimo S. und Oliver Malina. Ein konspirativ organisiertes und von den Behörden unbemerktes Konzert spielte „Abtrimo“ Ende März 2015 in den Vereinsräumen des Rockerclubs „MC Dirty Pack“, einem Supporter Club des Hells Angels MC, in Eltze (Niedersachsen). Dieser Konzertort ist nicht wirklich verwunderlich, da Hannes Franke und andere ehemalige „Blood & Honour“ Mitglieder mittlerweile zu den Strukturen der Hells Angels gewechselt sind.[4]

Hammerskins & alte Bekannte

Neben Kontakten zu „Blood & Honour“ bzw. „Honour & Pride“ Mitgliedern, hat der Kreis um die Band „Abtrimo“ auch zu Vertretern der „Hammerskins“ Verbindungen. 2014 war anläßlich einer Geburtstagsfeier von Sven Krüger, Thorsten W., und Steven H. vom „Chapter Nordmark“ der Hammerskins ein „Abtrimo“-Auftritt im „Thinghaus“ in Grevesmühlen geplant gewesen. Steven H. war um 2005 noch an die „Snevern Jungs“ angebunden. Mittlerweile begrüßt er als „Hammerskin“ die eingeladenen Bands bei Konzerten, wie Anfang Juni 2016 im „Thinghaus“ in Grevesmühlen.

Ein Vertrauter der Band ist Jörn K. aus Iserlohn. Jörn K. zeichnete für die Band „Abtrimo“ die Covermotive der Booklets. Im

Oben: „Skinheads Uelzen“ auf einer Kundgebung der „Hooligans gegen Salafisten“ 2014 in Hannover.

Unten: Witt und Koschnick als Security im Phönix-Center in Hamburg-Harburg (Screenshot aus dem „Highlight-Magazin“ der deutschen R+S Dienstleistungen 2010).



r bummeln und flanieren: Das
rg hält für jeden etwas bereit.

Center – und erntet von Ryszard Wysokinski dafür lobende Worte. „Wir sind mit den erbrachten Dienstleistungen topzufrieden“, und mit einem Schmunzeln legt er nach: „Um die Sicherheit muss sich hier nur derjenige Sorgen machen, der sich nicht an die Regeln hält. Das Center haben die Männer absolut im Griff.“ Die Männer, das sind Einsatzleiter Marcel Koschnick und der Objektleiter des Sicherheitsdienstes Fabian Witt. Mit wachen Augen und geschulten Blicken erfül-



Sorgen für entspanntes Einkaufen: Objektleiter des Sicherheitsdienstes Fabian Witt (links) und Einsatzleiter Marcel Koschnick (rechts).

Verantwortlich für dieses Projekt: **Burkhard Tietz**
Telefon: (040) 20769423
E-Mail: burkhard.tietz@deutsche-rs.de

Booklet der EP „Hammonia“ schreibt die Band: „Besonderer Gruß geht auch an unseren guten, treuen, zuverlässigen Freund Jörn, der immer so schön malt für uns!“. Das Verhältnis scheint trotz der großen Entfernung eng. Der Sänger von „Abtrimo“ lud anlässlich seines Geburtstags Ende März 2014 zu einem konspirativ organisierten Konzert mit den Bands „Punkfront“ und „Alte Schule“ auf einem abgelegenen Hof in Todesfelde (Schleswig-Holstein). Unter den Gästen befand sich auch Jörn K. Auch für die Geburtstagsfeier von Oest Ende Juni 2016 in der „Abtrimo“-Stammkneipe „Holsten-Eck“ fuhr Jörn K. nach Hamburg Bergedorf. Jörn K. ist angebunden an das Bremer Chapter der „Hammerskins“. So nahm er im Dezember 2014 an einem konspirativen Meeting der Gruppe in einer abgelegenen Wald-Hütte nahe Bremen teil. Einige Jahre zuvor soll sich Jörn K. auch in dem Umfeld der Dortmunder Neonazis um „Combat 18“ bzw. der „Oidoxie Streefighting Crew“ bewegt haben. So sollen sich Jörn K., der Sänger der „Combat 18“-Band „Oidoxie“ Marko Gottschalk und Robin Schmiemann zur gleichen Zeit im Dortmunder Club „Leeds“ aufgehalten haben. Robin Schmiemann geriet Jahre später wegen eines bewaffneten Supermarkt-Überfalls und einer Brief-Freundschaft mit Beate Zschäpe in die Öffentlichkeit.

Alles & Nichts

Wie eingangs erwähnt, handelt es sich bei Abtrimo nicht um die zentrale, strukturgebende Institution der norddeutschen Rechtsrockszene. Es gibt im norddeutschen Raum viele weitere Akteure, die auch Teil des hier aufgeführten Netzwerks sind oder weitere Verbindungen im international angelegten Geschäft mit extrem rechter Musik stellen. Trotzdem ist „Abtrimo“ ein gutes Beispiel dafür, wie umfassend und divers die Klientel ist, die sich im Umfeld solcher Gruppen finden lässt. Dieser Aspekt darf nicht unterschätzt werden, bedenkt man, dass der NSU sowie seine UnterstützerInnen aus eben solchen Strukturen entstanden sind. Maßnahmen wie etwa das Verbot des „Blood & Honour“-Netzwerks führen nur temporär zu einer Schwächung der Strukturen und werden zur Farce, wenn sich die ehemaligen Aktiven bei „Honour & Pride“ oder den „Hammerskins“ wieder betätigen können. Es zeigt sich auch, dass die unterschiedlichen Gruppierungen aus dem Rechtsrockbusiness mittlerweile vermehrt organisationsübergreifend zusammenarbeiten. Rechtsrock-Konzerte sind die Orte, wo Strukturen wie „Honour & Pride“, „Hammerskins“, neonazistische Rocker und Funktionäre der extrem rechten Parteien zusammenkommen, Geld für die Szene akquirieren und in einem ganz anderen Rahmen Kontakte knüpfen und intensivieren können. Auch heute noch werden die Bedeutung und die strukturelle Organisierung des subkulturellen Milieus von den Behörden unterschätzt. Die Band „Alte Schule“ findet beispielsweise im aktuellen Verfassungsschutzbericht Niedersachsens nicht einmal Erwähnung.

Ein Blick in die Zukunft der Band „Abtrimo“ verrät, wohin die weitere Reise geht. Der nächste Sprung auf der Rechtsrock-Karriereleiter ist gleichzeitig ein weiteres Bekenntnis zu militanten Neonazistrukturen. Im Oktober diesen Jahres wird „Abtrimo“ ein Konzert in Schottland spielen, gemeinsam mit den Bands „Endstufe“ und „Bound for Glory“. Letztere stehen den „Hammerskins“ nahe und propagieren den militanten, führerlosen Widerstand im Sinne der „Combat 18“-Gruppen. •

1 RAC steht für „Rock against Communism“ 2 www.antifainfoblatt.de/artikel/nationaler-widerstand-waffen-0) 3 www.antifainfoblatt.de/artikel/brennpunkt-tostedt 4 www.antifainfoblatt.de/artikel/vom-kamerad-zum-member)

BRAUNZONE

Spätestens seit Beginn der 1980er Jahre tauchten auch in der Living-History-Szene rechte und neonazistische Gruppen auf. Die Agitatoren stammten in dieser Anfangszeit meist aus völkischen, neuheidnischen Gemeinschaften oder aus dem Umfeld extrem rechter Jugendorganisationen.

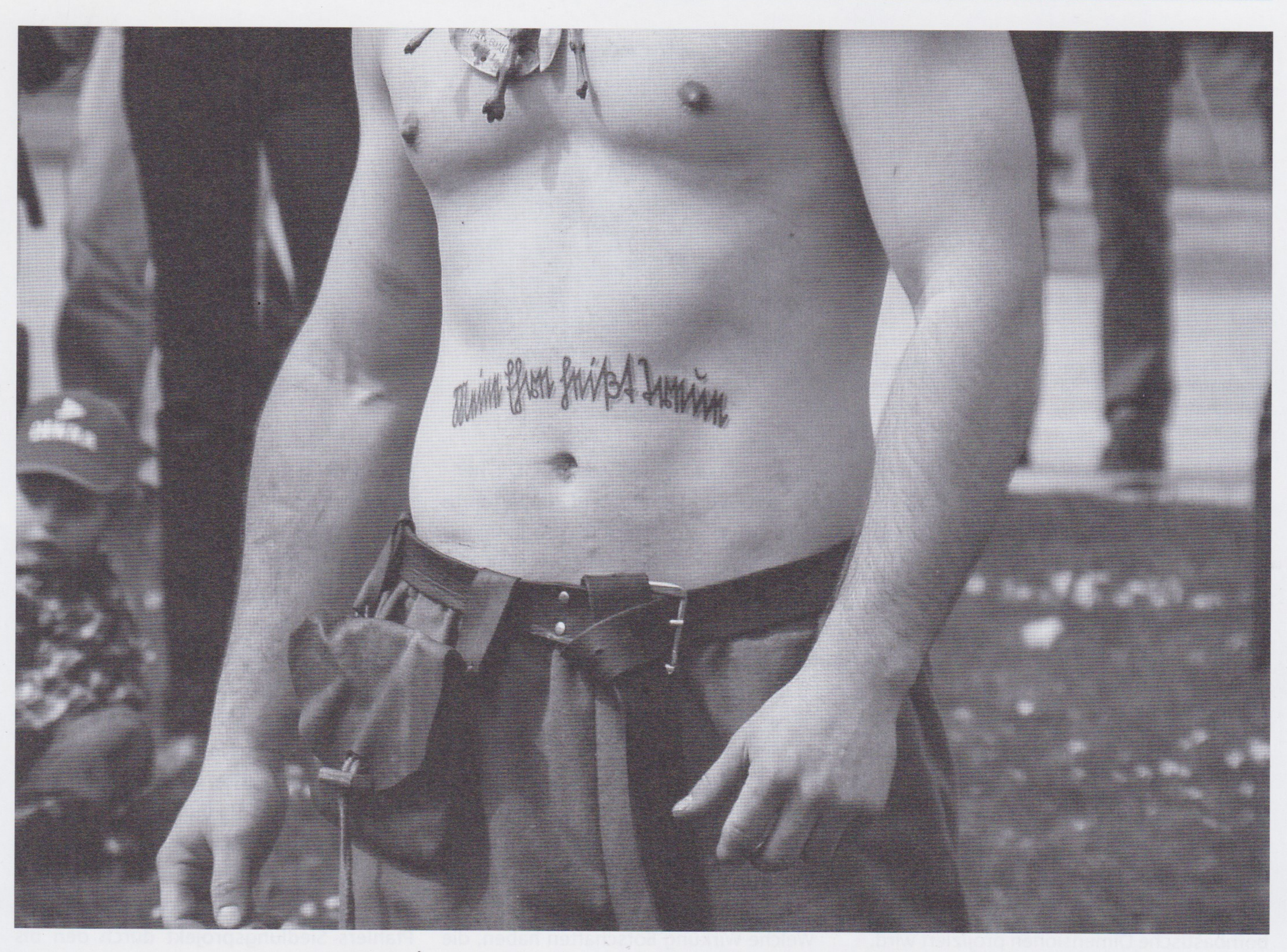
„Living History"

KARL BANGHARD

Der Mensch stammt bekanntlich vom Affen ab. Deshalb äfft er nach Leibeskräften und mit einschlägigem evolutionärem Erfolg alles nach, was in seine Reichweite kommt. Auch seine eigene Geschichte. Wenn er Krieg spielt, nennt er das Reenactment, wenn er Frieden spielt, heißt das Living History. Irgendetwas scheint er damit verarbeiten zu wollen — auf eine Art und Weise, die bereits vor seinem Primatendasein von der Evolution angelegt wurde. Nun ist der spielerische Umgang mit Geschichte durch seine Offenheit und seine Unverbindlichkeit kein guter Anknüpfungspunkt für die extreme Rechte. Diese nimmt Geschichte in der Regel todernst.

Die moderne Living History entwickelte sich aus ganz unterschiedlichen Szenen heraus, die in der Regel alles andere als rechts waren: Aus der frühen Ökobewegung der 1970er Jahre, aus den „Indianervereinen" der DDR, aus Rollenspielkreisen, die das 1971 entwickelte Regelwerk Chainmail („Kettenrüstung") nutzten, und nicht zuletzt aus den Geschichtswerkstätten, die in der Tradition der Arbeiterbildungsvereine die Menschen dazu animieren wollten, den Zugang zu ihrer Geschichte in die eigene Hand zu nehmen. Alles Gruppen aus dem damaligen alternativen Spektrum. Selbst das tendenziell eher reaktionäre Nachstellen von Schlachten wird heute aus den unterschiedlichsten Motivationen heraus betrieben. Es begann zunächst als herrschaftstragende Geschichtsinszenierung. Dies blieb über Jahrhunderte hinweg bis in die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts auch so. Heute gibt es vielfältige Einstiege in das Thema, wie etwa das Reenlarpment, ein Mix aus Reenactment und Rollenspiel. Europaweit dürfte die Zahl der Living-History-Aktiven — bei steigender Tendenz — die Millionengrenze überschritten haben.

Spätestens seit Beginn der 1980er Jahre tauchten aber auch in dieser Szene intensiv missionierende rechte Gruppen auf. Die Agitatoren stammten in dieser Pionierzeit meist aus völkischen, neuheidnischen Gemeinschaften oder aus dem Umfeld extrem rechter Jugendorganisationen. Initialwirkung für eine professionelle extrem rechte Germanen- und Wikingerdarstellung hatte ein Besuch des Briten Peter Seymour von den Thorguard Vikings des Ostara-Things des ariosophischen Armanenordens im Jahr 1983. Seymour bekannte sich zu dieser Zeit nach Selbstzeugnissen im Neuheidenmagazin Runestone zu „rassischen Werten" und zur „Ideologie der Stärke". In der Folge gründeten einige Mitglieder des Armanenordens 1985 die Living-History-Gruppe Thorswikinger. Die Gruppe sollte nach einem Mitbegründer, Harry Radegeis, „einen Modellversuch für größere Gemeinschaften" darstellen. Tatsächlich wuchs die Gruppe derart, dass sie bald deutschlandweit in Stämme unterteilt werden musste. Nach kritischen Medienberichten über die rechtslastigen Publikationen von Harry Radegeis zerbrach die Gruppe Ende der 1980er Jahre. Die Thorswikinger haben die aktuelle Frühmittelalter- und Germanendarstellung bis zu einem gewissen Grad mitgeprägt. In den frühen 1990er Jahren war dann die Neuheidengruppe Wotansvolk des US-Rechtsterroristen David Lane für die osteuropäische Wikingerszene stilbildend. Insbesondere das 2000 in Deutschland verbotene, aber in anderen Ländern immer noch frei agierende Blood & Honour-Netzwerk trug seit Mitte der 1980er Jahre zum Wikinger- und Germanenkult bei. Blood & Honour ist eine internationale Vereinigung zur Verbreitung nationalsozialistischer Musik und Gedanken. In den 1980er Jahren arbeitete die Band Skrewdriver des Blood & Honour Mitbegründers Ian Stuart Donaldson in neuartiger Weise mit religiös aufgeladenen Themen zu Thor und Wotan. Skrewdriver war das Vorbild für viele nachfolgende Rechtsrock-Bands. Auch jenseits des Musikgeschäfts spielten frühgeschichtliche Themen im Blood & Honour-Netzwerk eine ungewöhnlich große Rolle. Vor allem in Osteuropa war Blood & Honour mit diesem nicht selten religiös anmutenden Angebot erfolgreich. In vielen ehemaligen Ostblockstaaten waren christliche Erzählungen so weit verdrängt, dass sie durch andere ersetzt werden konnten. Auch Wikinger-Reenactment war damals in der rechten Szene ein Thema. Ein Beispiel von vielen ist das neonazistische Fanzine White Supremacy, an dessen Erstausgabe offensichtlich das NSU-Mitglied Uwe Mundlos beteiligt war. In den Ausgaben 2 und 3 wird intensiv über Wikinger-Reenactmentveranstaltun-

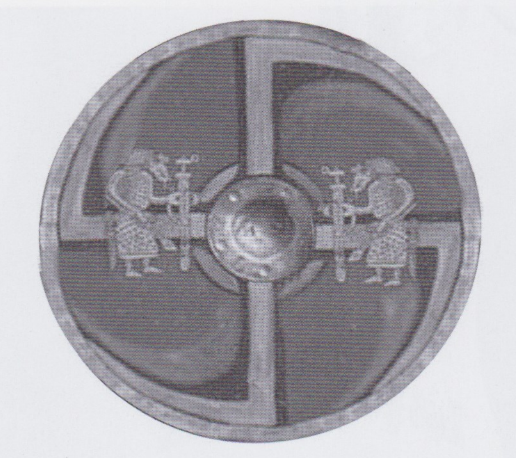


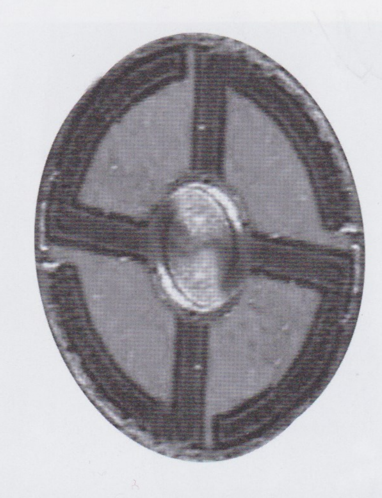
Museumspädagogik bei der feierlichen Eröffnung der archäologischen Großausstellung „Eine Welt in Bewegung" in Paderborn. Das öffentliche Zurschaustellen des SS-Spruches „Meine Ehre heißt Treue" ist in Deutschland eigentlich eine Straftat nach § 86a des Strafgesetzbuches.

gen berichtet. Dies war um die Jahrtausendwende noch ein exotisches Thema. Eine sich III. Heerbann nennende Gruppe schreibt etwa ausführlich in White Supremacy von einer Schlacht, die im Jahr 2000 bei der Burg Rabenstein in Chemnitz stattgefunden hat. Mit dem Ruf „Töten für Wotan" hatten sich die frühgeschichtlich kostümierten Skinheads in beachtlicher Zahl ihren Gegnern entgegengeworfen. Stolz wird fallen gelassen, dass auch der Mitteldeutsche Rundfunk einen positiven Beitrag über eine Schlachteninszenierung der Gruppe ausgesendet habe. In der nächsten Ausgabe brachte eine sich F. l. s. p. nennende Gruppe aus Pirna einen längeren Bericht zu einem Osterfest mit frühmittelalterlicher Schlacht. Bereits im Sommer 1997 erschienen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos, Uwe Bönhardt und Holger Gerlach auf polizeilichen Kontrolllisten zu einem vom Thüringer Heimatschutz organisierten Wikingerfest. Das Programm bestand aus dem unvermeidlichen Axtwerfen, aus Hinkelsteintragen und Metausschank.

Zeitgleich erlebte auch die nicht-rechte frühgeschichtliche Living-History nach eher bescheideneren Anfängen einen Boom. Spätestens seit dem Varusschlachtjubiläum wurde sie in den Medien allgegenwärtig. Kaum eine der ungezählten TV-Produktionen zum Thema, aber auch kaum eine museale Großveranstaltung kam 2009 ohne Germanendarstellung aus. In dieser Zeit konnte sich die Gruppe Ulfhednar als erfolgreichste Marke in der Geschichte der Germanendarstellung etablieren. Diese Gruppe verfügte über hervorragende Referenzen durch deutsche Großmuseen und das Leitmedium Fernsehen. Ulfhednar hat das Bild der Frühgeschichte in den Medien wesentlich geprägt. Das durch Ulfhednar vertretene Frühgeschichtsbild wurde dabei durch führende deutsche Archäologieinstitutionen legitimiert. Archäologische Leitmuseen wie etwa das Museum für Vor- und Frühgeschichte der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu Berlin, das Rheinische Landesmuseum Bonn oder das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz engagierten die Gruppe für öffentliche Präsentationen. Eine Bremer Landesausstellung des Jahres 2007 wählte ein Lebensbild von Ulfhednar sogar als Titelmotiv für Prospekt und Plakat.

Es war eine lange Diskussion, bis die großen staatlichen Museen in Deutschland Abstand davon nahmen Ulfhednar zu fördern. Dies geschah erst nach Offenlegung eines Bündels unterschiedlicher Verstrickungen mit extrem rechter Propaganda: Ein Auftritt von Ulfhednar-Mitgliedern mit dem heute verbotenen, neonazistischen





Zwei auf internationalen Museumsveranstaltungen präsentierte Schilde der Gruppe Ulfhednar. Sie haben keine archäologischen Vorbilder.

und paramilitärischen Slawjanski Sojus in Moskau, demonstrativ im Netz und auf einem CD-Cover zur Schau gestellte Kontakte zu Rob Darken, einer Ikone des internationalen, genozidbejahenden Neonazismus, die öffentliche Präsentation einer pizzatellergroßen „Meine Ehre heißt Treue"-Tätowierung bei der Eröffnung einer der größten Frühmittelalter-Ausstellungen der letzten Jahre in Paderborn, die überbordende, nach Selbstzeugnissen programmatische Verwendung von Hakenkreuzen bei Ulfhednar und vieles mehr. Ein besonders plakatives Beispiel sind einige Schilde der Gruppe, auf denen das Hakenkreuz auf bombastische Dimensionen projiziert wird. Solche Darstellungen verbinden lange nichts mehr mit dem, was wir aus dem Frühmittelalter kennen. Um so verwunderlicher ist es, dass ausgerechnet prominente Vertreter des Faches Vor- und Frühgeschichte auch nach Offenlegung der ersten Skandale demonstrativ an Ulfhednar festhielten. Insbesondere die Stiftung Preußischer Kulturbesitz und das Rheinische Landesmuseum Bonn versuchten noch lange, Ulfhednar mit ihrer amtlichen Deutungsmacht reinzuwaschen. Keine andere Living-Historygruppe in Deutschland wurde so von diesen Großmuseen unterstützt. Den engen Kontakt ins Fach zeigt ein Vorfall auf dem Deutschen Archäologiekongress in Mannheim 2008, der im Zweijahresrhythmus stattfindenden zentralen Archäologietagung der Bundesrepublik. Dort gab der renommierte Münsteraner Vor- und Frühgeschichtsprofessor Albrecht Jockenhövel eine Protestnote zu den für ihn unerträglichen Vorkommnissen mit Ulfhednar auf öffentlichen Veranstaltungen in staatlichen Museen ab. Die hervorragende Vernetzung der Gruppe führte dazu, dass sie sofort über den Vorgang informiert wurde. Bereits am folgenden Tag erschienen führende Ulfhednar-Mitglieder mit ihren Wolfshunden auf dem Kongress. Mit Unterstützung der Veranstalter wurde nach dem Münsteraner Professor gesucht, der über einen Hinterausgang die Tagung verlassen musste. Bis heute genießt die Gruppe in Frankreich und Polen sowie in den Medien einen guten Ruf. Einige Mitglieder bauen in Thüringen ein eigenes Freilichtmuseum. Eine klärende Aufarbeitung des Themas fand nicht statt.

Welche Wirkung Botschaften haben, die als staatlich zertifiziertes Bildungsgut in Umlauf geraten, zeigt ein anderes Beispiel: „Bildung auf höchstem Niveau" verspricht Planet Schule, ein neues Fernsehformat von WDR und SWR. Lehrern wird hier scheinbar zertifiziertes Filmmaterial für den Unterricht angeboten, die Verlässlichkeit der Informationen mit öffentlich-rechtlichem Selbstverständnis hervorgehoben. Der Film „Das Kelten Experiment — Wie lebten die Kelten?" entstand als aufwändiges, mehrfach auch im normalen TV-Programm verwertetes Kooperationsprojekt mit der Landesdenkmalpflege Baden-Württemberg sowie der Goethe-Universität Frankfurt. In seinen ersten Szenen wird recht anschaulich und mit amtlichem Impetus über die Eisenzeit in Baden-Württemberg berichtet. Insbesondere der Ipf bei Bopfingen, einer der bedeutendsten Fundplätze Baden Württembergs, erfährt eine angemessene Würdigung. Danach jedoch glaubt man — wie so häufig — die Erzählung mit Living-History-Bildern würzen zu müssen. Ab diesem Zeitpunkt kommen Mitglieder der Naturreligiösen Siedlungsgemeinschaft Dorflinde von 1992 e. V. ins Bild. Zentrum dieser „deutsch/heidnischen Gemeinschaft" ist der so genannte Runenhof in Echsheim (Bayerisch Schwaben). Das Runenhof-Gelände wurde von Anton Pfahler erworben, der bereits in den 1970er-Jahren für die Wehrsportgruppe Hoffmann die Militärfahrzeuge beschaffte. In einem ganz ähnlichen völkischen Siedlungsprojekt im unweit entfernten Sinning hatte Pfahler den Verlag und die Redaktion des NPD-Blattes Deutsche Stimme implementiert. 1998 flog Pfahlers Siedlungsprojekt durch den bis dahin größten Polizeieinsatz in Süddeutschland gegen Neonazis auf: Ungefähr 300 Einsatzkräfte fanden bei der Großrazzia in 22 Verstecken Tretminen, Handgranaten, Maschinenpistolen, Sturmgewehre und vieles mehr. Pfahler wurde in der Folge wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffen-Kontrollgesetz zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und acht Monaten verurteilt. Auch nach seiner Haftentlassung blieb er der rechten Szene treu. 2005 wurde er zum Kassenwart der Naturreligiösen Siedlungsgemeinschaft Dorflinde gewählt.

Hervorgegangen ist die Siedlungsgemeinschaft aus der international vernetzten Siedlungsunternehmung Lebensquell e. V. von Heinrich Jörn Schönlaub, der u.a. im ariosophischen Armanenorden, in der Deutschen Alternative und der Nationalistischen Front wirkte. Susanne Morgaine Schönlaub, die heute den Namen Susanne Kube trägt, war bis 2007 Vereinsvorsitzende der Naturreligiösen Siedlungsgemein-



Ein Screenshot aus dem SWR-Dokumentarfilm „Das Kelten-Experiment".

schaft Dorflinde. Danach wurde das Amt an ihren Mann Karsten Kube abgetreten, ein ehemaliger Meister im Armanenorden und bayerischer Bezirksführer des neonazistischen Internationalen Hilfskomitee für nationale politisch Verfolgte und deren Angehörige e. V.. Auch der Versandhandel „Lebensquell, Germania — Wehr- und Sportbestände" blieb in der Familie, er wurde gemeinsam von Karsten Kube und Heinrich Jörn Schönlaub betrieben. Susanne Morgaine Schönlaub ist Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas, für die sie bereits in den frühen 1990er Jahren zentrale süddeutsche Sonnwendfeiern organisierte. In einem Living-History-Forum erläutert sie freimütig ihre Zusammenarbeit mit Facharchäologie und Filmemachern. Dort verrät sie weiterhin, dass „wir auch oft an Schulen sind".

Der im Unterricht verwendete und mehrfach im SWR und WDR ausgestrahlte Lehrfilm dürfte auf die Siedlungsgemeinschaft nicht nur wegen der lebendigen Bilder zurückgegriffen zu haben. Auch inhaltlich scheint die Vorstellung von Vorgeschichte auf den Film abgefärbt zu haben, wofür allein schon das Übergewicht der religiösen Inhalte spricht. Völlig aus der Luft gegriffene, aber im Rahmen einer überzeitlichen, völkischen Erzählung sinnvolle Thesen werden mit aktuellen archäologischen Forschungsergebnissen gemixt. Erstere stammen — bleibt zu hoffen — nicht aus der Fachwissenschaft. So wird behauptet, dass der „keltische Fruchtbarkeitsbaum" (was immer das auch sein mag) ein Vorläufer des Maibaums sei. Um den Schülern die Realität des Vermittelten plastisch zu verdeutlichen, wird ein skurriler Vorzeit-Maibaum inmitten einer rekonstruierten eisenzeitlichen Siedlung abgefilmt. In den Schwenks kann der aufmerksame Schüler überdies mehrere kahlrasierte Thorshammerträger aus der Baumannschaft erkennen. Thorshämmer haben überhaupt nichts mit der keltischen Zeit, etwas mehr mit dem Frauenschmuck der Wikingerzeit, ausgesprochen viel aber mit modernem Neonazi-Lifestyle zu tun.

Die Siedlungsgemeinschaft zeigt im Schulfilm wohl nichts anderes als das, was sie auch intern als vorzeitliche Kulturhöhe propagiert. Heute gibt sie sich unpolitisch. Dies zu bewerten ist aber in unserem Zusammenhang nicht die zentrale Fragestellung. Vielmehr sollte geklärt werden, ob in dieser Form Geschichte in Museen präsentiert werden sollte. Bei der Interpretation der Frühgeschichte geht es nicht nur um die Erzeugung unverbrauchter Bilder für den Medienmarkt. Vielmehr liefern die Fachinstanzen unbewusst ein Erklärungsmodell dafür, wie es zu unserer heutigen Gesellschaft gekommen ist. Angesichts der täglichen beliebigen Informationsflut erwarten die Besucherinnen und Besucher in Museen valide Informationen. Sie erwarten von den Aussagen in einem Museum, dass sie in einem hohen Maß allgemeingültig sind. Auch gehen sie davon aus, dass sie für unsere Gesellschaft eine besondere — also erhaltenswerte — Bedeutung haben. Und sie vertrauen mehr oder weniger auf diese Allgemeingültigkeit und Wertigkeit. Wertende Botschaften haben deshalb in einem historischen Museum ein fundamental anderes Gewicht als an anderen Orten, wie etwa auf einem Mittelaltermarkt oder im Internet. •

Der Artikel ist der Broschüre „Nazis im Wolfspelz – Germanen und der rechte Rand" entnommen. Wir danken für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

ANTIFA

Antifaschistische Intervention in Bayern

Die Kampagne zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung Bad Reichenhalls

INFOGRUPPE ROSENHEIM

„Siamo tutti antifascisti" klingt aus den Kehlen dreier Generationen Antifa-Aktivist_innen im Kurgastzentrum Bad Reichenhall — wenige Stunden später stehen der heute 92-jährige ELAS-Kämpfer Nikolaos Marinakis und Aristomenis Syngelakis, Aktivist der zweiten Generation, mit dem Vorschlaghammer vor dem „Kreta-Gedenkstein", der den Reichenhaller Gebirgsjägern gewidmet ist, die die Insel vom 22. Mai 1941 an überfielen. Die Beiden zertrümmern das Schandmal nicht, wohl aber fordern sie Δικαιοσύνη — Gerechtigkeit: angesichts der vielen Angehörigen, die sie durch Massaker der Wehrmacht auf Kreta verloren haben. Vor ihnen etwa 150 überwiegend junge Antifaschist_innen, die meisten aus Bayern und Österreich. Hinter ihnen ziert ein Kranz mit einem mehrere Meter langen Gebinde den Findling, darauf aufgezählt die Orte, an denen die Gebirgstruppe der Wehrmacht Kriegsverbrechen begangen hat.

Zwei Momente, die von einigen als Höhepunkt der „Kampagne zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung Bad Reichenhalls" angesehen werden. Im Rahmen der Kampagne rief das Bündnis rabatz schon 2011 unter dem Motto „Von Mittenwald nach Bad Reichenhall" zur Demonstration auf. Diesen Weg hatte auch der Kranz des AK „Angreifbare Traditionspflege" genommen, wo es am Vortag das erste Mal gelungen war, direkt in die Brendtenfeier von Bundeswehr und Kameradenkreis der Gebirgstruppe zu intervenieren.

Wer am nördlichen Alpenrand Antifa-Arbeit machen möchte, muss nicht nur des Bayrischen mächtig sein, sondern braucht einen langen Atem und eine hohe Frustrationstoleranz. In Reichenhall treibt die Verherrlichung des Nationalsozialismus ganz besondere Blüten. Ausschlaggebend dafür, in dem oberbayerischen Kurort eine Intervention vorzubereiten, war ursprünglich ein jährliches SS-Gedenken rund um den 8. Mai. Alt-FaschistInnen aus ganz Europa, beispielsweise eine „Ehrengarde Benito Mussolini", versammelten sich über Jahre ungestört an einem Eisenkreuz, das die lokale Soldatenkameradschaft 1840 gestiftet hatte. Der Pachtvertrag für dieses Schandmal im Ortsteil Karlstein wurde zwar aufgehoben, das Kreuz allerdings auf den Friedhof St. Zeno nahe dem Gemeindezentrum gebracht. Dort hatte Karl Welser, Mitbegründer der Volkshochschule und Träger des Kulturpreises der Stadt Bad Reichenhall, eine weitere Gedenktafel installieren lassen, um, wie er sagt, herauszustellen, dass die SS-Leute „nicht für eine abzulehnende Ideologie gekämpft" hätten. Seitdem das Treffen unter polizeilicher Beobachtung steht und eine Versammlungsanzeige von den Behörden eingefordert wird, hat sich der Charakter zu einem reinen Neonazi-Gedenken gewandelt. Dennoch rührt sich in Bad Reichenhall keinerlei Widerstand dagegen, von den Aktivitäten des rabatz-Bündnisses einmal abgesehen.

Das zweite große Ärgernis stellt die Bundeswehrkaserne der Stadt dar: Den Eingangsbereich zieren ein Landsergemälde und ein Reichsadler, in dessen Klauen das Hakenkreuz lediglich durch ein Edelweiß ausgetauscht wurde. „Dokumente, die untrennbar mit der Geschichte der Bad Reichenhaller Kaserne verbunden sind. Sie erinnern an das Unrechtsregime der nationalsozialistischen Diktatur und an den Missbrauch des Militärs für Eroberungs- und Vernichtungsfeldzüge." Der Stadtheimatpfleger Johannes Lang macht aus den Tätern der Wehrmacht Missbrauchte des „Unrechtsregimes". NS-Ästhetik an der Kaserne nicht trotz, sondern gerade wegen der Demokratie. Lang weiß in seinen Texten auf den Tafeln zu berichten, dass die Kaserne bis 2012 nach dem ehemaligen General der Wehrmacht, Rudolf Konrad, benannt war. Dass dieser ein glühender Antisemit, Hitler-Anhänger, Gründungsmitglied des Kameradenkreises der Gebirgstruppe und als „Schlächter von der Krim" bekannt war, wird allerdings verschwiegen. Dass es des rabatz-Bündnisses und des Historikers Jakob Knab bedurfte, um das zu skandalisieren sowieso.

Im Mittelpunkt der Kampagne 2016 stand der regelrechte Kreta-Kult in Reichenhall: In den 1960er Jahren wird eine neue Verkehrsverbindung nahe der Kaserne



Antifaschistischer Protest gegen das Gedenken an deutsche Fallschirmjäger auf dem „Deutschen Soldatenfriedhof" in Malema (Kreta).

„Kreta-Brücke" benannt, daneben der oben bereits erwähnte Kreta-Gedenkstein, an dem der Kameradenkreis der Gebirgstruppe jährlich eine Feier unter Beteiligung der Stadtverwaltung und mit Unterstützung der Bundeswehr abhält.

Auf Befehl von Julius Ringel begingen die Soldaten der 5. Gebirgsdivision seit dem 23. Mai 1941 zahlreiche Kriegsverbrechen auf der griechischen Mittelmeerinsel. Für jeden durch Partisan_innen getöteten Wehrmachtssoldaten sollten zehn Zivilpersonen ermordet und die Dörfer niedergebrannt werden. Das entspricht der erstmaligen systematischen Anwendung des „Axioms der Kollektivhaftung der Bevölkerung". Das der 5. Division zugeordnete Gebirgsjäger-Regiment 100 aus Reichenhall hält in seinem Tätigkeitsbericht vom 1. August 1941 die Ermordung von 146 männlichen und zwei weiblichen Personen sowie das Niederbrennen der Ortschaft Skines fest.

Diese Verbrechen und die Frage von Entschädigungsforderungen gegen die Bundesrepublik sollten in einem Hearing im Kurgastzentrum Reichenhall behandelt werden. Mit Nikolaos Marinakis gelang es, einen Zeitzeugen aus Skines in die Stadt der Mörder zu holen. In der Wahrnehmung der Bevölkerung wurden die Dörfer bereits Tage vor dem Einmarsch der Wehrmacht bombardiert. Als diese nach Skines kam, wurden dutzende Menschen, darunter auch ein sechzehnjähriger Freund von Marinakis und dessen Vater, erschossen. Das Dorf wurde systematisch niedergebrannt, wobei drei weitere Personen starben, die ihre Häuser wegen körperlicher Gebrechen nicht verlassen konnten. In Gruppen zu je zehn Personen wurden die Menschen abgeführt, und, wie ein gleichaltriger Freund von Marinakis berichtete, der zum Ausheben von Gräbern gezwungen wurde, erschossen. Die Kinder des Dorfes wurden mit dem Tod bedroht, auf Intervention des Priesters aber „nur" verschleppt. Als Partisan_innen in sein Dorf kamen und eine Kolonie errichteten, schloss sich Marinakis ihnen an, um Widerstand zu leisten „bis der letzte Deutsche die Insel verlassen hat". Angesichts der Schäden, der Plünderungen vor dem Hintergrund des Massenmordes und der Zwangsanleihe, die das Deutsche Reich dem Griechischen Staat abtrotzte, stellt Marinakis auf dem Hearing unter Beifall die Frage: „Wer schuldet hier wem?" Die Frage nach Entschädigungen griffen auch RA Martin Klingner (AK Distomo) und Aristomenis Syngelakis (Nationalrat für die Entschädigungsforderungen gegen Deutschland) auf: Dabei betonte Syngelakis, dass diese schon seit Oktober 1944 erhoben werden und nicht erst im Zuge der Austeritätspolitik. Sein Verband setzte zunächst große Hoffnung in die Syriza-geführte Regierung. Leider sei der politische Druck von außen so groß, dass er aktuell wenig optimistisch sei. RA Klingner schilderte den Verlauf zweier Klagen. Dabei vertrat er als Anwalt die Familie Sfountouris gegen die BRD; dieser Klagestrang ist durch den Europäischen Menschengerichtshof endgültig nicht erfolgreich. Anders die Sammelklage weiterer Menschen aus Distomo, die vor griechischen Gerichten einen Titel über 28 Millionen Euro erwirken konnten. Allerdings vereitelte die griechische Regierung auf Wunsch Deutschlands die Vollstreckung im Inland. In Italien allerdings tut sich aktuell eine Möglichkeit auf, Konten der Deutschen Bahn AG als Staatsunternehmen der BRD zu pfänden. Und das, obwohl der Internationale Gerichtshof die Forderungen mit Verweis auf die Staatenimmunität gegen Individualforderungen zurückgewiesen hatte; ein Umstand, den Klingner vor allem darauf zurückführt, dass die das Gericht stützenden Staaten überwiegend selbst Krieg führen und für ihre Verbrechen nicht belangt werden wollen. Der juristische Kampf sei dabei eben auch ein politischer zur Durchsetzung von Menschenrechten gegen die Staaten. Ob das Hearing und die anschließende Verteilung von mehreren hundert Flugblättern an die Bevölkerung in Bad Reichenhall einen Sinneswandel erzeugen konnten, muss bezweifelt werden. Ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister brachen die Gäste aus Griechenland ergebnislos ab, weil in der Zwischenzeit Antifaschist_innen am Reichenhaller Bahnhof repressiven Kontrollen unterzogen wurden und der Bürgermeister signalisierte, dass er sich nicht dafür einsetzen werde, dass sie zum Hearing kommen können; das Kreta-Gedenken sei keine Veranstaltung der Stadt (und doch nahm er wie befürchtet wenige Tage danach wieder als Funktionsträger daran teil). Antje Kosemund vom Vorstand der Stiftung Auschwitz Komitee, die dem Gespräch beiwohnte, zeigte sich empört und zornig: „Ich kann nicht begreifen, wie man so mit Gästen von Kreta umgehen kann [...] Ich schäme mich zutiefst über ein solches Verhalten". •

ANTIFA

Die Relevanz antifaschistischer Recherche muss sicherlich nicht erörtert werden. Ihre besondere Bedeutung für politische Diskussionen, Interventionen und für die Zukunft wollen wir in diesem Artikel darlegen.

Nach der Publikation folgt die Konsequenz

Antifaschistische Recherche als Voraussetzung für Intervention

GASTBEITRAG VON ARPU
(ANTIFASCHISTISCHE_RECHERCHE POTSDAM / UMLAND)

■ Antifaschistische Recherche ist kein Hobby oder Zeitvertreib. Sie muss strategisch nach Einschätzung von Ressourcen und Nutzen eingesetzt werden, um Informationen bereitstellen zu können. Diese Informationen können, für die jeweiligen Zielgruppen und adressierten Zusammenhänge, grundlegend oder fördernd für weitere politische Diskussionen sein und gegebenenfalls auch als Bildungsgegenstand fungieren. Recherchearbeit kann dabei auch Teil von antifaschistischer Intervention sein, wenn sie dies als Ziel in ihrer Arbeitsweise (strategische Veröffentlichung / Informationsweitergabe, Forderungen) auch entsprechend konzipiert und formuliert.

Antifaschistische Recherche — weg von der Abgeschiedenheit

Antifaschistische Recherche oder die Dokumentation von antifaschistischer Arbeit sind wichtige Grundlagen für eine politische Praxis. Es ist keine „zusätzliche Aufgabe", sie ist Bestandteil jeder Praxis, auch wenn sie in vielen Zusammenhängen erstmal nicht komplex und explizit erscheint. Wenn ich eine Demonstration gegen eine Neonazi-Kundgebung organisiere, muss ich wissen, was das für eine Neonazi-Kundgebung ist, wer sie angemeldet hat, mit wie vielen Personen gerechnet wird usw. An dieser Stelle beginnt bereits die Recherchearbeit für z.B. einen Aufruf und sie endet für dieses Szenario mit der Auswertung der Neonazi-Veranstaltung.

Recherche-Feld an gesellschaftliche Zustände anpassen

Das zu recherchierende Feld richtet sich dabei meist an den gesellschaftlichen Zuständen und Ereignissen aus. Im Zuge der Anti-Asyl- und rassistischen Proteste hat sich daher der Fokus automatisch auf „Bürgerinitiativen" und andere rassistische Zusammenschlüsse gelegt. Wenn sich immer mehr RassistInnen zusammenschließen und organisieren, muss das entsprechend dokumentiert werden: Sind bereits bekannte Neonazis in diesen Zusammenhängen organisiert bzw. führen sie diese Proteste? Wer sind die Teilnehmenden, die OrdnerInnen oder andere möglicherweise relevante AkteurInnen? Oftmals kann hier auf zurückliegende Recherchen zu organisierten Neonazis zurückgegriffen werden, um die aktuellen rassistischen Proteste ins rechte Licht zu rücken.

Recherche als historisches Dokument

Antifaschistische Dokumentationen und Chroniken erscheinen im gegenwärtigen Moment, wenn Wohnungen und Häuser von Geflüchteten brennen, möglicherweise als übermäßige Fleißarbeit. Jedoch können sie vor allem in den Folgejahren zu wichtigen historischen Dokumenten werden. Darüber hinaus ermöglicht die langfristige und stetige Beobachtung neonazistischer Bewegungen neben dem Aufzeigen von Kontinuitäten auch im Rückblick die Reflektion und Bewertung der Erfolge und Niederlagen antifaschistischer Interventionen.

Wichtig? Unwichtig? Wer entscheidet das?

Dass wir Informationen von Antifa- oder Antira-Gruppen in der Regel den Pressemeldungen der Polizei oder Veröffentlichungen vom Verfassungsschutz vorziehen, ist Praxis. Recherchearbeit muss in jedem Fall, egal welche Quellen genutzt werden, dahingehend reflektiert werden. Einerseits, wie wir mit Informationen aus welchen Quellen umgehen und welchen Prinzipien wir dabei folgen. Andererseits stellt sich die Frage, welche Informationen wie wichtig sind, und: Wer entscheidet, was

wichtig ist? Entscheidet die Quelle, mit welcher Priorität Informatior
den? Entscheidet der R
menhang? Entscheiden
welche Informationen
Form veröffentlicht werc

Mit der Veröffentlich
Reaktionen, die zuvor
abgewogen werden k
Durch Outing-Aktionen s
gen möglicherweise die
cherheitsvorkehrungen
geouteten Personen. Da
wird es für die Recherch
aufwändiger, weiterhin
tionen zu beschaffen od
täten zu verfolgen. Was
von Outings sind — K
den Alltag, Unsicherheit
digung des Arbeitsplat
mitunter gleichzeitig e
schwerung antifaschisti
Recherche. Daher beinh
ten Recherche-Veröffen
lichungen in den meiste
Fällen nicht alle bekann
Informationen über ei
Personen oder Zusamme
Was zur Verfügung ge
und was nicht, muss oh
wogen werden — auch
eigene zukünftige Rech

Wenn Informatione
publiziert oder weiter
können diese eine gew
sende Wirkung verfehle
unnütz sein. Ebenso mu
rien abgewogen werde
Zeitpunkt ist, Informatic
lichen. Wenn bestimmte
nen konkreten Neonazi
Presselandschaft vorran
den, haben andere „Out
Veröffentlichungen über andere menschenverachtende Aktivitäten oftmals keinen Raum, oder erfahren nicht die gewünschte Aufmerksamkeit. Dies ist besonders in kleineren Städten mit einer beschränkten Vielfalt von Medien der Fall. Es ist daher von immenser Bedeutung, Informationen strategisch positioniert, sowohl thematisch als auch zeitlich, herauszugeben.

Informationen über bestimmte Perso-





durch das Auseinandersetzen mit menschenverachtender Ideologie, mit politischer Theorie, wird das Recherchierte relevant und Teil einer zielorientiert arbeitenden antifaschistischen Praxis. Wenn die Recherche ohne Forderung nach diesem Kontext geschieht, ist sie ziel- und dementsprechend häufig wirkungslos.

Eine Veröffentlichung ist nicht gleich eine Veröffentlichung. Schaffen wir nicht erst

unnötig Aufmerksamkeit durch einen ei-
f, anstatt diese ein-
ı Chronik festzuhal-
ıicht allgemeingültig
ondern bedarf einer
verschiedener viel-
tra Argumente. Von
dem eigenen und/
haftlichen Fokus der
Debatten über ge-
Sachzwänge wie zeit-
der finanzielle Res-
, bis hin zu Entschei-
ı hinsichtlich der
en Positionierung ba-
f komplexen politi-
ätzungen und Mei-
chtigen Weg gibt es
eils begründeten und

olgt die Konsequenz

erche folgen Konse-
n wir gewisse Infor-
gewissen Kontexten
Zusammenhängen
eitstellen. Welche In-
ıationen wir bereit-
n, liegt oftmals an
Das passiert positio-
ss wir nicht von au-
se schauen und die-
rn eben Teil dieser
. Wir sind Teil dieser
und genauso verant-
erchieren, was wir an
sgeben und vor al-
r ist eine Verortung
eder wichtig zu be-
faschistisch begrei-
Zustände durch In-
verändern wollen, und hoffen, dass danach Interventionen folgen — sei es, dass die Rassist_in ihre Arbeitsstelle verliert, der Neonazi-Verkaufsladen verschwindet oder auf Landesebene Demonstrationen und Gruppierungen verboten werden. •

RASSISMUS

„Die Nacht, die alles verändert“

Rassistische Denkstrukturen in der Berichterstattung über die Silvesternacht 2015/2016 in Köln

SOPHIE TADEUS

In der Nacht zum 1. Januar 2016 kam es rund um den Kölner Hauptbahnhof zu zahlreichen Eigentums- und Körperverletzungsdelikten und zu sexuellen Übergriffen auf Frauen. Von ähnlichen Vorfällen wurde auch aus weiteren deutschen Städten berichtet. Bei den vermuteten Tätern handelt es sich vornehmlich um Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und zum Teil ohne Aufenthaltsgenehmigung. Diese Tatsache bestärkte die bereits teilweise stark polemisierenden und emotionalisierenden Debatten über den Umgang in Deutschland mit der aktuellen Fluchtbewegung.

„Wer sind die Täter von Köln?“

Die beständig steigende Zahl an Angriffen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte sowie an rechten Online-Hassdelikten oder die organisierte Mobilisierung rassistischer Bürger_innen können als Manifestationen eines immer breiteren oder breiter agierenden rechten Milieus gelesen werden. Daneben verliert sich der Rassismus, der von der gesellschaftlichen Mitte ausgeht, oftmals im Schein einer Evidenz: Strukturen, Handlungs- und Denkweisen, die unseren Alltag ausmachen, erscheinen zumeist selbstverständlich. Auch solche, denen eine rassistische Logik von Ausschluss und Zugehörigkeit zugrunde liegt.

Diese Strukturen werden aufrechterhalten, indem sie täglich von den Beteiligten reproduziert werden. Dabei spielen Diskurse eine wichtige Rolle: In diskursiven Auseinandersetzungen um Deutungsmacht werden gesellschaftliche Wissensordnungen geschaffen, reproduziert und somit die gesellschaftliche Wirklichkeit geformt. Massenmedien und die mediale Berichterstattung fungieren als Ort einer solchen Wissensproduktion. Entsprechend wichtig ist es, diese auf ihren Beitrag zur Konstruktion rassistischer Denk- und Argumentationsstrukturen hin zu untersuchen.

„Silvesternacht in Köln. Schaut auf diese Stadt!“

Schaut man sich im Fall der Berichterstattung über die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln die Zeitungen Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und die Welt an, wird schnell klar, dass rassistische Denkstrukturen kein Phänomen des rechten Randes sind. Die Einteilung von Menschen anhand ihrer Abstammung, den dadurch vermeintlich kollektiven Merkmalen und letztlich eine bipolare Ordnung von „Zugehörigkeit“ und „Nicht-Zugehörigkeit“ zeichnen auch die Berichterstattung dieser „Qualitätszeitungen“ aus.

Im Mittelpunkt steht dabei die Darstellung der Täter. Es scheint hierbei aber weniger um die Frage zu gehen, wer die Täter sind, sondern vielmehr wo die Täter herkommen. In den ersten Wochen nach den Vorfällen ist den Ermittler_innen die Identität der Täter weitestgehend unbekannt, sodass sich die mediale Darstellung hauptsächlich auf Grundlage der optischen Eindrücke von Augenzeug_innen vollzieht. Körperliche Merkmale fungieren dabei als Hinweise auf eine „fremde Herkunft“. Auf dieser Grundlage werden die Täter als „nordafrikanisch“ oder „arabisch“ aussehend, wahlweise auch dem Erscheinungsbild nach als „Ausländer“, „Migranten“ oder „Flüchtlinge“ markiert.

Ein eigentlich wirres Potpourri aus Begriffen, die in diesem Fall jedoch synonym verwendet werden. Denn es scheint nicht wichtig zu sein, aus welchem konkreten Herkunftsland die einzelnen Personen kommen oder welchen rechtlichen Status sie haben. Wichtig ist allein die Tatsache, dass sie woanders herkommen und demnach „fremd“ sind. Was die Optik von „Fremden“ bzw. „Nicht-Deutschen“ ausmacht, wird nicht weiter ausgeführt. Es scheint jedoch ein allgemeines Wissen über die Verknüpfung von Aussehen und Herkunft zu geben, auf das die Leser_innen zurückgreifen, denn die fehlende Information scheint den Lese- und Informationsfluss nicht weiter zu stören. Die Herkunft der Opfer ist demgegenüber eine scheinbar irrelevante Frage, wenn es sich nicht sogar als deutliche Tatsache versteht, dass es sich hierbei um Deutsche handelt. Warum scheint aber bei der Darstellung der Täter die Herkunft eine relevante Kategorie zu sein?

„Das war eine enthemmte Meute“

Möglich wäre auch die Betrachtung anderer Kategorisierungsmerkmale wie Beruf, soziale Klasse, politische Einstellung der Täter



usw. Diese Kategorien werden jedoch nicht aufgegriffen. Stattdessen beharrt die mediale Darstellung auf einen permanenten Verweis auf die vermeintlich „fremde Herkunft". Diese Vorstellung geht einher mit der Vorstellung entsprechender „fremder Verhaltensweisen". Den Individuen, die zu einer ethnisch-kulturellen Gruppe homogenisiert werden, werden kollektive Eigenschaften zugeordnet. So auch die Gewaltbereitschaft: Die Hervorhebung der Kategorie „Herkunft" bei den Tätern impliziert eine kausale Verknüpfung von „Herkunft" und „Straftat". Sexuelle Gewalt wird als ein Phänomen dargestellt, das im „eigenen" Land nicht stattfindet und erst durch die Gruppe der „Fremden" importiert wird. Die von einzelnen Personen verübten Straftaten werden zu einer allgemeinen Bedrohung stilisiert, die von einer ethnisch-kulturellen Gruppe auszugehen scheint und vor der es die „eigene" Gesellschaft zu schützen gilt. Diese Ethnisierung von sexueller Gewalt ist Teil eines pauschalen Zuordnungsprozesses, bei dem das „Eigene" mit positiven Eigenschaften markiert wird und dem „Fremden" negative Merkmale zugeschrieben werden. In der Darstellung der Täter wird entsprechend das Bild einer entpersonalisierten, gewaltsamen Masse konstruiert, die „wild", „bandenmäßig" und „enthemmt" die zivilisierte, europäische Gesellschaft zu bedrohen scheint.

„Die enthemmte Mitte"[1]

Anknüpfend an eine Vorstellung von ethnisierter und importierter Gewalt werden Geflüchtete mit den Tätern und den Vorfällen in Köln identifiziert und die Straftaten direkt an die aktuelle Migrationsbewegung geknüpft. Es wird explizit davon gesprochen, dass ein „unkontrollierter Zuzug" auch „sexuelle Gewalt im eigenen Land" mit sich bringt. Die monokausale Verknüpfung der in der Silvesternacht verübten Straftaten mit einer ethnisch-kulturellen Gruppe befördert die Vorstellung des „Eigenen", das vor dem vermeintlich „Fremden" beschützt werden muss. Diese Denkstrukturen sind nicht nur Grundlage rechter Ressentiments, sondern fungieren letztlich auch als Legitimation der europäischen Asylpolitik. Die deutsche Bundesregierung stützt sich bei der Rechtfertigung von Asylrechtsverschärfungen oder der europäischen Abschottungspolitik mitunter auf eben diesen scheinbar notwendigen Schutz des „Eigenen" vor den „feindlichen Fremden". Diese Einteilung der Menschen und der normative Zuschreibungsprozess schaffen letztlich eine gesellschaftliche Hierarchie: Die Ungleichbehandlung der Menschen konstituiert und legitimiert sich anhand der Vorstellung von ethnisch-kulturell homogenen Gruppen, die sich auf Grund ihrer gruppenspezifischen Eigenschaften und Wertesysteme unvereinbar, wenn nicht gar feindselig gegenüberstehen. So scheinen die Täter von Köln die Gruppe der „Fremden" zu repräsentieren, die mit ihren durch „Herkunft" und „Kultur" bedingten Verhaltensweisen die „Zugehörigen", sowie deren Werte und Grundsätze angreifen. Die faktische Logik weicht einer sozial konstruierten Logik von Ausschluss und Zugehörigkeit.
Der öffentliche Diskurs über die Vorfälle in der Silvesternacht zeigt in besonderen Maße, welchen Beitrag Medien bei der Produktion und Reproduktion rassistischer Denkstrukturen leisten können und leisten. Eine Aufarbeitung von Rassismus in Diskursen kann helfen die Legitimationsgrundlage rassistisch motivierter Handlungen zu entziehen, egal ob diese dem rechten Milieu oder der „enthemmten Mitte" der Gesellschaft entspringen. •

Mehr zum Thema
Tadeus, Sophie (2016): Rassismus in Diskursen. Eine Analyse des öffentlichen Diskurses um die Ereignisse in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln.

Der Titel bezieht sich auf einen im Januar 2016 in der Welt am Sonntag erschienenen, gleichnamigen Artikel von Stefan Aust und anderen zur Silvesternacht in Köln. Alle weiteren Zitate sind der Berichterstattung aus den eingangs erwähnten Zeitungen entnommen.

1 Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland / Die Leipziger „Mitte"-Studie 2016. Gießen 2016.

RASSISMUS

Warum wir über institutionellen Rassismus sprechen müssen

GASTBEITRAG VON ALEXANDER BOSCH, AMNESTY INTERNATIONAL

Fragt man die Bundesregierung und die deutsche Polizei, gibt es in Deutschland keinen institutionellen Rassismus. Kein Mensch wird wegen seiner angenommenen oder tatsächlichen Herkunft oder wegen seines Aussehens von Vertretern des Staates diskriminiert. Dabei werten zahlreiche Menschenrechtsgremien wie die „Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)" oder der „UN-Ausschuss gegen Rassismus (CERD)" das wiederholte Versagen der deutschen Behörden, bei Straftaten rassistische Tathintergründe zu erkennen sowie zu untersuchen, als Indiz für die Existenz von institutionellem Rassismus innerhalb der deutschen Sicherheitsbehörden. Stichworte sind hier das staatliche Versagen im „NSU"-Komplex, das Thema „Racial Profiling" sowie die Ermittlungen im Fall von Oury Jalloh, der in seiner Gefängniszelle unter bisher ungeklärten Umständen zu Tode kam. Vor allem Selbstorganisationen von Menschen, die von Rassismus betroffen sind, aber auch andere Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen fordern seit Jahren in Deutschland die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus. Trotzdem verweigern Bundesregierung und Polizei die konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema. Durch diese Haltung verletzte die Bundesrepublik außerdem ihre menschenrechtliche Verpflichtung, Menschen effektiv vor rassistischer Diskriminierung zu schützen. Welche dies sind und warum Deutschland diese verletzt, darum soll es in diesem Artikel gehen.

Menschenrechtliche Pflicht zum Schutz vor Rassismus

Das Grundgesetz sowie Internationale Menschenrechtsnormen verpflichten die Bundesrepublik Deutschland dazu sicherzustellen, dass Schwarze Menschen, People of Colour, Asylsuchende oder Geflüchtete sowie Angehörige anderer Gruppen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind, nicht durch staatliche Funktionsträger_innen und Institutionen diskriminiert werden. Aber kommt die Bundesrepublik ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen auch nach?

Amnesty International hat am 9. Juni 2016 den Bericht „Leben in Unsicherheit — Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt"[1] veröffentlicht. Er dokumentiert auf mehr als 80 Seiten, wie die deutschen Sicherheitsbehörden, insbesondere die deutsche Polizei, dabei versagt, dieser menschenrechtlichen Verpflichtung gerecht zu werden. Um dieser Verpflichtung nachkommen zu können, müssen die Behörden effektivere Instrumente und Mechanismen zur Verhinderung, Untersuchung, Bestrafung und Wiedergutmachung von Unrecht einsetzen, das aufgrund rassistisch motivierten Handelns entstanden ist. Dies beinhaltet auch ausdrücklich die Pflicht der Polizei, rassistisch motivierte Straftaten zu verhindern sowie mögliche diskriminierende Motive zu untersuchen und selbst nicht zu diskriminieren. Aber fast alle 48 zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit denen Amnesty International während der Berichtsrecherchen sprach, äußerten ernsthafte Bedenken angesichts der Einstufung und Untersuchung rassistisch motivierter Straftaten durch die Polizei. Auch in mehreren von Amnesty International im Bericht dokumentierten Fällen zeigte die Polizei einen Mangel an Sorgfalt bei der Erkennung eines möglichen rassistischen Tathintergrunds sowie bei der Untersuchung dieser Straftaten. Deshalb sieht auch Amnesty International deutliche Anzeichen für die Existenz von institutionellem Rassismus innerhalb der deutschen Sicherheitsbehörden, insbesondere bei der Polizei.

Was versteht man unter institutionellem Rassismus

Vertreter_innen von Bundesregierung und Polizei negieren das Problem mit der Be-

gründung, es gäbe keine offizielle Definition des Begriffs „institutioneller Rassismus“. Anderseits verschanzen sie sich auch hinter der Behauptung, mit dem Begriff würden alle Mitarbeiter_innen der Sicherheitsbehörden als Rassist_innen diffamiert. Doch das ist falsch. Der Begriff bezeichnet das kollektive Versagen einer Institution, Menschen aufgrund angenommener oder tatsächlicher Kriterien wie „Hautfarbe“, kulturellem Hintergrund oder ethnischer Herkunft angemessen und professionell zu behandeln. Institutioneller Rassismus kann in Abläufen, Einstellungen und Verhaltensweisen sichtbar werden, die durch unbewusste Vorurteile, Nichtwissen, Gedankenlosigkeit und rassistische Stereotype zu Diskriminierung führen und Menschen benachteiligen. Wenn offen rassistische Einstellungen unter den Mitarbeiter_innen einer Organisation vorkommen, wird auch dies als institutioneller Rassismus verstanden. Doch dieser kommt auch dort vor, wo die Mitarbeiter_innen keine bewussten rassistischen Einstellungen haben.

Diese Definition geht zurück auf den sogenannten Macpherson-Bericht von 1999, den Ergebnisbericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission in Großbritannien, die das Versagen der Londoner Polizei bei den Ermittlungen zum Mord an dem Schwarzen Jugendlichen Stephen Lawrence am 22. Oktober 1993 analysierte. Eine wichtige Erkenntnis des Macphersons-Berichts ist, dass institutioneller Rassismus sich als Teil des Ethos oder in der Kultur einer Organisation ausbreitet und verankert, wenn er nicht erkannt und keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Warum von institutionellem Rassismus gesprochen werden muss

Leider gibt es eine deutliche Tendenz der Verharmlosung und Leugnung rassistischer Realität in Deutschland, die das Sprechen über Rassismus in Deutschland so schwierig macht. Weil im postnationalsozialistischen Deutschland nicht sein konnte, was nicht sein durfte, werden allenfalls massive Formen rassistischer Vorkommnisse, wie körperliche Übergriffe, die mit offen rassistischen Beleidigungen einhergehen, als rassistisch motiviert verstanden.

Die Folge: Die deutschen Behörden reduzieren das Phänomen des Rassismus oft fälschlicherweise im Kontext des Extremismusansatzes auf eine rechte Ideologie sowie das bewusste Handeln von Einzeltäter_innen oder rechten Strukturen. Auch deshalb ist es wichtig noch einmal zu erklären, warum man von institutionellem Rassismus sprechen muss und keine anderen Begriffe benutzen sollte. So wird beispielsweise auch mit den Begriffen institutionelle Diskriminierung oder strukturelle Diskriminierung operiert, um rassistische Ungleichbehandlung oder Diskriminierung zu beschreiben. Trotzdem sprechen sich die Rassismus-Experten Alisha M. B. Heinemann und Paul Mecheril (2014) für die Verwendung des Begriffs „institutioneller Rassismus“ aus. Nur so könne der natio-ethno-kulturelle Differenzierungsmodus mit seinen Macht- und Herrschaftsverhältnissen ausreichend berücksichtigt und Rassismus als das grundlegende gesellschaftliche Ordnungsprinzip in seiner geschichtlichen Dimension (Kontinuität und Transformation) verstanden werden.[2] Heinemann und Mecheril bestehen daher darauf, dass das Phänomen rassistische Diskriminierung unabhängig von allgemeineren Ansätzen zu institutioneller oder struktureller Diskriminierung betrachtet werden muss. Nur wenn rassistische Diskriminierung durch Organisationen auch eindeutig als institutioneller Rassismus bezeichnet werden, kann die spezifische Dimension dieser Diskriminierung sichtbar gemacht werden. Darüber hinaus hat auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EMRG) festgestellt, dass rassistische Diskriminierung eine besondere Form der Diskriminierung darstellt und eine Gleichsetzung von rassistischer mit nicht rassistisch motivierter Diskriminierung ein wissentliches Ignorieren der spezifischen Art der rassistischen Diskriminierung darstellt. Auch und insbesondere angesichts der gerade im deutschsprachigen Raum vorherrschenden Abwehrreflexe gegenüber dem Rassismusbegriff als Bezeichnung für aktuelle gesellschaftliche Probleme, ist es notwendig das Problem des institutionellen Rassismus auch beim Namen zu nennen und damit sichtbar zu machen. Nur so kann verhindert werden, dass die alltäglichen rassistischen Verhältnisse weiter verharmlost und ignoriert werden.

Unabhängige Untersuchung als erster Schritt zur Problemlösung

Institutioneller Rassismus ist ein Problem in Deutschland. Und solange es von Bundesregierung, Polizei sowie in der gesellschaftlichen Debatte als Problem nicht erkannt und seine Existenz schlichtweg geleugnet wird, können auch keine effektiven Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Es wäre ein Zeichen von Professionalität, wenn sich Bundesregierung und Polizei als potentielle Verursacher_innen gesellschaftlicher Diskriminierung verstehen und ihr Handeln überdenken und neu ausrichten würden. Doch auch die bisherigen „NSU“-Untersuchungsausschüsse auf Bundes- sowie Landesebene haben institutionellen Rassismus als Ursache für das staatliche Versagen im „NSU“-Komplex ausgeblendet. Ein erster und zwingend notwendiger Schritt wäre es daher, unabhängig untersuchen zu lassen, inwieweit institutioneller Rassismus in den deutschen Sicherheitsbehörden eine Rolle spielt. Nur wenn man das Problem erkennt und beim Namen nennt, kann man etwas dagegen unternehmen. Solange dieser Schritt ausbleibt, wird sich an dem grundsätzlichen Problem des institutionellen Rassismus in Deutschland wenig ändern und Deutschland verletzt weiter seine menschenrechtliche Verpflichtung, Menschen vor rassistischer Gewalt zu schützen. •

Alexander Bosch ist Referent für die Themen Polizei und Rassismus bei Amnesty International

1 Amnesty International: „Leben in Unsicherheit – Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt“, online auf www.amnesty.de 2 Vgl.: Heinemann, A. & Mecheril, P. (2014): Institutioneller Rassismus als Analyseperspektive. Zwei Argumente, in: Alles im weißen Bereich? Institutioneller Rassismus in Sachsen. (Hrsg.) Weiterdenken — Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen e. V. und Antidiskriminierungsbüro Sachsen. Union-Druckerei Dresden.

GESCHICHTE

Österreichische Justiz: Zuweilen auf dem rechten Auge blind

ANDREA STANGL

■ Die Aula, in einer gerne gewählten Selbstbezeichnung das „publizistische Flaggschiff des dritten Lagers", ist — distanzierter betrachtet — trotz formaler Unabhängigkeit das bedeutendste Printorgan der völkischen Burschenschaften in Österreich. Im Eigentum des Freiheitlichen Akademikerverbands (FAV), einer inoffiziellen Vorfeldorganisation der rechtsextremen FPÖ, erscheint sie seit 1952 und hatte aufgrund ihrer früher unverhohlenen, nunmehr etwas dezenteren Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie immer wieder zu Skandalen geführt.

Im Sommer 2015 brachte der Grüne Nationalratsabgeordnete Harald Walser gegen den als rechtsextrem bekannten Aula-Autor Fred Duswald (eigentlicher Name Manfred Werner Duswald und Alter Herr der aB! Danubia, München) und gegen den Chefredakteur der Aula, Martin Pfeiffer, eine Anzeige nach dem Verbotsgesetz bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Graz ein. Anlass war ein Artikel, in dem Duswald unter dem Titel „Mauthausen-Befreite als Massenmörder" die im Mai 1945 befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Mauthausen diffamierte: „Raubend und plündernd, mordend und schändend plagten die Kriminellen das unter der ‚Befreiung' leidende Land. Eine Horde von 3.000 Befreiten wählte den Weg ins Waldviertel im Nordwesten von Niederösterreich und wetteiferte dort mit den sowjetischen ‚Befreiern' in der Begehung schwerster Verbrechen."[1] Im Dezember kam es zur Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft Graz, was aus juristischer Sicht zumindest umstritten war. Allgemeines Kopfschütteln löste jedoch die Einstellungsbegründung aus, da dort indirekt die NS-Judikatur fortgeschrieben wurde, indem die während der NS-Zeit als sogenannte „Kriminelle" internierten KZ-Häftlinge nach der „allgemeinen Lebenserfahrung" — so die zuständige Staatsanwältin — aufgrund ihrer kriminellen Energie Straftaten wohl auch nach der Befreiung verübt hätten. Zudem wird es als „nachvollziehbar" bezeichnet, dass die befreiten Häftlinge „eine Belästigung für die betroffenen Gebiete Österreichs" dargestellt hätten.[2] Es oblag dem Justiz-Rechtsschutzbeauftragten Gottfried Strasser, gegen die Einstellung des Verfahrens und dessen Begründung Einspruch einzulegen, worauf dieser jedoch verzichtete. Somit war Walser keinerlei rechtliche Handhabe mehr gegeben, gegen die Einstellung des Verfahrens vorzugehen.

Die Einstellungsbegründung, die Duswald von der Staatsanwaltschaft angefordert hatte, bekam Walser auf Umwegen zugespielt, denn es entspricht der gängigen Praxis in der österreichischen Justiz, dass Anzeigende nicht automatisch über den Ausgang eines Verfahrens informiert werden. Walser machte die Einstellungsbegründung publik und stellte zugleich eine Parlamentarische Anfrage an den Justizminister[3], in der eine inhaltliche Analyse des Aula-Artikels samt einer historischen Kontextualisierung vorgenommen und nach dem Zustandekommen der skandalösen Begründung gefragt wurde. Das Justizministerium positionierte sich nach einer breiten Empörungswelle nicht nur klar gegen den Artikel, sondern — und das überraschte durchaus — auch gegen die Einstellungsbegründung: „'Diese Begründung ist unfassbar und in sich menschenverachtend', sagte Strafrechtssektionschef Christian Pilnacek zur APA. Die ‚unsägliche Diktion' des Artikels sei damit nachträglich gerechtfertigt worden. (...) Konsequenzen müsse es jedenfalls geben, so Pilnacek, der eine Verletzung des Vier-Augen-Prinzips vermutet. Er sprach von einer ‚groben Fehlleistung' und betonte: ‚Die Staatsanwaltschaft, wir alle müssen dafür sorgen, dass solche fehlgeleiteten Begründungen nicht mehr passieren.'"[4] Dem setzte nun ausgerechnet der 1934 geborene Justiz-Rechtsschutzbeauftragte Gottfried Strasser entgegen, er habe die „Begründung zur Verfahrenseinstellung (...) für unbedenklich gehalten, ‚und ich halte sie nach wie vor für unbedenklich'. Dass es im KZ auch inhaftierte Rechtsbrecher gegeben habe, sei ein historisches Faktum und auch durch Aussagen in Gerichtsverfahren zu Mauthausen bestätigt. Und auch auf Erlebnisse aus seiner Kindheit, die er im Umfeld des KZ Mauthausen verbrachte, verwies er. Großteils seien es zwar russische Kriegsgefangene gewesen, die nach der Befreiung des KZ Mauthausen Hilfe gesucht hätten, so Strasser. Seine Großmutter hätte diese immer wieder mit Suppe zu versorgen versucht, erinnerte er sich. Gleichzeitig habe es aber auch Kriminelle gegeben, die von der SS im Lager als Capos eingesetzt worden seien. Ein Mann habe seinen Vater — einen Polizisten — damals sogar mit einer Pistole bedroht."[5] Diese, für einen hoch-

aft mit denen, die uns zugeneigt sind. Das ist und bleibt
er *National-Zeitung*. Ich danke Ihnen!



Der Chefredakteur der „Aula" Martin Pfeiffer (rechts) und daneben Gerhard Frey (Nationalzeitung) und ehemals Vorsitzender der DVU.
Faksimile Kongressprotokoll 2010 der GfP (Grabert Tübingen)

rangigen Juristen doch seltsam anmutenden Worte, führten zu keiner bekannten Konsequenz; das Justizministerium zog es vor zu schweigen und Strasser im Amt zu belassen.

Im Juni 2016 reichten mit Unterstützung der Grünen acht ehemalige Häftlinge des Lagerkomplexes Mauthausen eine zivilrechtliche Klage gegen die Aula ein. Dem schlossen sich ein ehemaliger Häftling des KZ Theresienstadt und die Tochter eines bekannten Mauthausen-Überlebenden an. Möglich ist dies geworden, weil auch in Folgenummern der Aula und in Briefen an deren Abonnenten die Diffamierungskampagne gegen KZ-Häftlinge ihre Fortsetzung fand. Im Juli wurden auch medienrechtliche Anträge eingebracht. „Obwohl hier eine Gruppe pauschal beleidigt wurde und es sich daher juristisch um eine Kollektivbeleidigung handle, sieht Anwältin Windhager gute Chancen auf Erfolg. Denn durch die Tatsache, dass leider nur mehr wenige Betroffene leben, sei die Gruppe ‚überschaubar geworden'. (...) In Deutschland habe man in ähnlichen Fällen Recht bekommen. ‚Wir gehen daher bis vor den Europäischen Gerichtshof, wenn es nötig ist', sagt Windhager, die darauf hofft, dass den zehn Klägern eine sogenannte Aktivlegitimation zugestanden wird."[6]

Der Klage auf Unterlassung, die sicherstellen soll, dass es zu keiner Wiederholung der Diffamierungen ohne strafrechtliche Konsequenzen kommen kann, wurde bereits mittels einer Einstweiligen Verfügung stattgegeben.[7] Das Gericht folgte in der Auslegung des Bedeutungsinhaltes des Artikels von Duswald der Klageschrift in allen Punkten: Der Artikel von Duswald sei als Pauschaldiffamierung ehemaliger KZ-Häftlinge zu werten. Das erste Verfahren zu den medienrechtlichen Anträgen ist für den September 2016 anberaumt, wann das zivilrechtliche Verfahren beginnen wird, ist noch nicht bekannt.

Auf erinnerungspolitischer Ebene steht eine konsequente Aufarbeitung der österreichischen Justiz im Austrofaschismus, in der NS-Zeit sowie deren Kontinuitäten in der Nachkriegszeit noch aus: „Dass die Auseinandersetzung noch nicht abgeschlossen ist, zeigt sich auch daran, dass — im Gegensatz zu Deutschland — bisher keine systematische wissenschaftliche Aufarbeitung der Karrieren von österreichischen Richtern und Staatsanwälten vor, während und nach dem Nationalsozialismus vorliegt."[8] Diese Aufgabe steht nun bevor. Ob sie das Justizministerium tatsächlich zu leisten bereit ist oder ob bloß Ankündigungspolitik dahintersteht, wird sich zeigen. Der Finger ist zweifellos regelmäßig auf die offenen Wunden der österreichischen Justiz zu legen. Dazu gehört ebenfalls, die letzte noch nicht anerkannte Opfergruppe rechtlich zu rehabilitieren: die von der NS-Justiz als „Kriminelle" in die Konzentrationslager Deportierten. Der Grüne Walser kündigte an, dazu eine parlamentarische Initiative starten zu wollen. •

Andrea Stangl ist Historikerin und vergangenheitspolitische Referentin im Grünen Parlamentsklub, Wien.

1 Siehe Beilage zur Parlamentarischen Anfrage: „Skandalöse Einstellungsbegründung durch Staatsanwaltschaft Graz nach Anzeige der rechtsextremen Zeitschrift „Aula", unter: www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/J/J_07910/fname_501025.pdf (31.8.2016) **2** ebd. **3** ebd. **4** science.ORF.at: Folgenlose Hetze gegen KZ-Überlebende, unter: http://sciencev2.orf.at/stories/1767147//index.html (28.8.2016) **5** KZ-Gefangene als "Landplage": Verfahren wird nicht fortgeführt, unter: http://diepresse.com/home/zeitgeschichte/4921463 (25.8.2016) **6** Colette M. Schmidt: KZ-Überlebende klagen „Aula" wegen Ehrenbeleidigung, unter: http://derstandard.at/2000040609728 (25.8.2016) **7** Duswald und die Aula legten Rekurs ein, über den noch nicht entschieden ist. **8** Michael Schwanda (Leiter der Präsidialsektion im Bundesministerium für Justiz) in einer Rede zur Gedenkstunde der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände, Wien Westbahnhof, 1. April 2016, zit. nach Justiz im Nationalsozialismus, unter: www.doew.at/neues/justiz-im-nationalsozialismus (21.8.2016)

GESELLSCHAFT

Pegida vertraulich

Von Dresden aus stricken die Organisatoren der rechten Protestmärsche insgeheim an einem bundesweiten Netzwerk. Es schwankt zwischen Dilettantismus und Größenwahn.

Seit Oktober 2014 finden in Dresden fast jeden Montag die antimuslimisch-rassistischen „Spaziergänge" der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) statt. Die TeilnehmerInnen-Zahlen reichten in der Hochphase der Bewegung — Ende 2014 und Anfang 2015 — mehrfach an die 20.000-Marke. Inzwischen geht nur mehr ein Zehntel davon regelmäßig auf die Straßen der sächsischen Landeshauptstadt. Die namhaften Ableger, etwa Legida in Leipzig, sind teils noch stärker eingebrochen oder haben sich abgespalten. Der Versuch einer bundesweiten Expansion des Protestformats gilt inzwischen als rundweg gescheitert. Daher fällt es häufig zitierten ExpertInnen wie dem Politikwissenschaftler Werner Patzelt umso leichter, Pegida zu einem lokalen Phänomen zu verniedlichen.

Doch interne Aufzeichnungen, die dem AIB zugespielt wurden, zeichnen ein ganz anderes Bild: Unter dem Namen „PEGIDA Deutschland Orga" bemühen sich die ProtagonistInnen aus Dresden fast von Anbeginn und bis heute, die Protestbewegung gezielt zu steuern und ein bundesweites Netzwerk aufzubauen. Ihm gehörten zeitweise rund 100 Personen an, darunter auch VertreterInnen aus Österreich und der Schweiz. Wenig verwunderlich: Neben Chat-Messengern und Telefonen ist Facebook das wichtigste Medium zur vertraulichen Kommunikation. Zusätzliche bundesweite Treffen — mit szenetypischen Vorabtreffpunkten an Tankstellen — legen nahe, dass zumindest anfänglich die Absicht bestand, insgeheim eine überregionale Organisation zu schaffen.

Ansagen vom Mutterschiff

Dabei behielten die Mitglieder des Dresdner „Orgateams", zunächst eine Zwölfergruppe um Lutz Bachman, die Zügel stets fest in der Hand. Gegenüber Gefolgsleuten aus anderen Gegenden wurde kein Zweifel daran gelassen, dass das Dresdner Original als das „Mutterschiff" gilt. Ihm muss folgen, wer den Namen Pegida nutzen will.[1] Frühzeitig wurden daher Verhaltensregeln aufgestellt, mal schriftlich fixiert, mal anlassbezogen und auf sächsischen Zuruf erneuert. Dazu gehörte zunächst und vor allem die Maßgabe, nach außen den Anschein der Überparteilichkeit zu wahren und keine „verbrannten" Funktionäre in den Vordergrund zu stellen. Unterstützung durch Parteien, zu der es tatsächlich immer wieder kam, solle geheim gehalten werden. Bei Reden war darauf zu achten, sich nicht angreifbar zu machen. Medieninterviews sollten verweigert oder nur schriftlich beantwortet werden.

Über die Einhaltung dieser Grundsätze wachten anfänglich vor allem der Dresdner Wirtschaftsberater Bernd-Volker L. und der Pegida e.V-Mitbegründer Frank Ingo Friedemann. Im Zuge der Spaltung des Dresdner „Orgateams" schieden beide im Januar 2015 aus dem Netzwerk aus, später schalteten sich immer häufiger der Pegida e.V.-Vorsitzende Lutz Bachmann und sein Adlatus Siegfried Däbritz aus dem Vorstand des Pegida Förderverein e.V. persönlich ein. Frühzeitig hatte sich allerdings auch gezeigt, dass eine allgemeinverbindliche Entscheidungsfindung, zumal im virtuellen Raum, schwierig ist. Dazu trug bei, dass die eigenen Bestimmungen aus taktischen Gründen unterlaufen wurden. Vor allem aber war das Eigenleben der Pegida-Ableger, später „Sektionen" genannt, kaum zu kontrollieren, zumal sie in der Erfolgsphase wie Pilze aus dem Boden schossen. Abhilfe und Ordnung sollte noch Ende 2014 ein katalogartiger „Maßstab für Aufnahme weiterer GIDA Gruppen" schaffen. Pegida-SympathisantInnen müssten demnach vor Ort Gruppen („Orga-Teams") aus zehn bis 15 vertrauenswürdigen Personen aus dem direkten Bekanntenkreis formen, die sich wöchentlich treffen. Jede neue Gruppe bekam eine AnsprechpartnerIn des Dresdner „Orgateams" zugewiesen — das zugleich die vollen Administrationsrechte auf den jeweiligen Facebook-Seiten beanspruchte, um bei Abweichungen durchzugreifen. Bei Nichteinhaltung der Richtlinien drohten die Kaperung der Seite und der Ausschluss aus dem Netzwerk. Das ist später auch mehrfach geschehen und trug erkennbar zum Schrumpfen der Bewegung bei.

Um die Zügel in der Hand zu behalten, entschlossen sich die sächsischen MacherInnen bald zu einer zaghaften Dezentralisierung: Für einige Bundesländer wurden Regionalverantwortliche („Kapos") benannt. Deren Aufgaben und Privilegien waren

nicht eindeutig festgelegt, faktisch sollten sie als Bewegungs-ManagerInnen fungieren. Zum langen Arm Dresdens gehörten zunächst Michael Viehmann für Hessen und Marco Carta Probach für NRW. Den Strukturaufbau in Niedersachsen sollten der Kasseler Finanzberater Aike V. sowie Ullrich T. aus Ostfriesland betreuen, für Mecklenburg Vorpommern war Enrico Naumann aus der damaligen Mvgida-Führungsspitze[2] zuständig, für Baden-Württemberg Norbert W. aus den Kreisen der AfD. Die Auswahl war für andere Mitglieder der Deutschland-Orga kaum nachvollziehbar, im Falle Bayerns rissen sich mehrere Personen um den begehrten Kapo-Posten. Obgleich Pegida für direkte Demokratie wirbt, wurden keine Wahlen abgehalten.

Nachdem ein erstes „Kapo-Treffen" schlecht frequentiert war, folgte Mitte Februar 2015 ein Arbeitstreffen in Dresden, zu dem je Bundesland zwei VertreterInnen und darüber hinaus die Köpfe der nominell besonders bedeutsamen sächsischen Ableger eingeladen waren. Das Rendezvous fiel in eine Krisenzeit, eine vorherige Diskussion über die medienträchtige Spaltung hatte sich das Rest-Team aus Dresden verbeten. Doch mit nur gut einem Dutzend Interessierten blieb das Treffen hinter den Erwartungen zurück. Ganz oben auf der Tagesordnung stand: „Schriftliche Zustimmung zu dem Positionspapier der 19 Punkte und der 6 präzisierten Punkte von PEGIDA Dresden". Unverändert drängte Dresden darauf, den Kurs vorzugeben.

Vernetzung von oben mit eingeschränkter Resonanz

Michael Viehmann lud Anfang März 2015 zu einem „Orga-Treffen West" in Kassel ein, zu dem Pegida-OrganisatorInnen aus immerhin fünfzehn nicht-sächsischen Städten anreisten. Auch hier sicherte sich das „Mutterschiff" die Hoheit: Bachmann und Däbritz waren bereits einen Tag vorher angereist, um „wichtige Dinge" vorzubesprechen, augenscheinlich außerhalb des Protokolls. Insbesondere die westdeutschen Mitglieder der Deutschland-Orga erschienen so als Ansammlung von Gefolgsleuten, die je nach Gusto einbezogen oder außen vor gelassen wurden. Grundlegende Entscheidungen wie die Absage einer Pegida-Demonstration wegen einer Attentatsandrohung im Januar 2015 in Dresden wurde ohne Rücksprache in der Vernetzung getroffen. Von der kurz darauf erfolgten Spaltung erfuhr das Netzwerk aus der Presse. Während verschiedenen Pegida-Ablegern unter Drohung des sofortigen Ausschlusses nachdrücklich verboten wurde, den bundesweit bekannten antimuslimischen Agitator Michael Stürzenberger als Gastredner aufzubieten, stand derselbe Stürzenberger im Juni 2015 plötzlich auf der Dresdner Pegida-Bühne. Das sei aus „taktischen Gründen" geschehen, erklärte Bachmann. Die Gründe wurden nicht benannt.

Um die Klärung grundsätzlicher Fragen zu ermöglichen und die künftige strategische Ausrichtung zu diskutieren, lud Michael Viehmann für Mitte Mai 2015 zu einem gesamtdeutschen Pegida-Treffen nach Dresden ein. Doch die Resonanz aus „Gesamtdeutschland" — Österreich war bereits zum offiziellen Ableger ernannt worden, die Schweiz folgte bald nach — beschränkte sich auf ein knappes Dutzend Zusagen aus Hamburg, Leipzig, Chemnitz, Braunschweig, Nürnberg, Ostfriesland und München. Aike V. sagte das Treffen kurzfristig wegen „organisatorischer und personeller Probleme" wieder ab. Die kommenden Sommermonate und der ringsum grassierende Teilnehmerschwund nährten weitere Zweifel am gemeinsamen Kurs und den Ärger an der „Konsumentenhaltung" mancher Gida-Gruppe.

Ein neuerliches bundesweites Treffen, angesetzt für Anfang Juli 2015 in Kassel, sollte daher helfen, die künftige Strategie auszuloten. An diesem Treffen nahmen immerhin rund zwei Dutzend Personen teil, unter anderem auch von Pegida-Gruppen aus München, Nürnberg, Hamburg, Braunschweig und der Bodensee-Region teil. Aus anderen Staaten waren VertreterInnen der Pegida-Gruppen Schweiz, Österreich und Flandern angereist; belgischer Kontaktmann des Netzwerks war Rudy van Nespen, Politiker des extrem rechten Vlaams Belang. Ende November 2015 folgte schließlich ein „Deutschland Meeting 4.0" in Leipzig. Doch von den 60 Eingeladenen Personen sagte nicht einmal die Hälfte zu. Bachmann selbst hatte den Kreis der tatsächlich relevanten Gruppen auf nur mehr zehn eingegrenzt. Alle anderen, die mit dem Namen Pegida spielen, seien seiner Einschätzung nach mehr oder weniger nur „Internetblasen".

Wie Pegida und Legida das Tischtuch zerschnitten

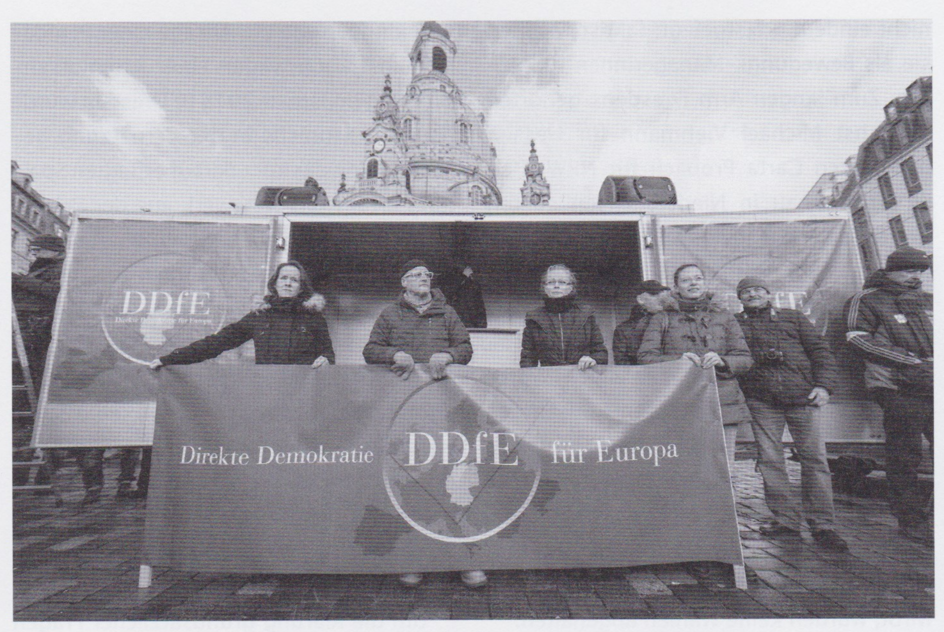
Zum zeitweise stärksten Pegida-Ableger entwickelte sich Legida in Leipzig.[3] Neben „Pegida NRW" wurde das anfängliche Ein-Personen-Projekt um Silvio Rösler besonders zeitig, noch im November 2014, in die Deutschland-Orga aufgenommen. Einer gelingenden Ausbreitung in Leipzig wurde dabei eine besonders hohe strategische Bedeutung beigemessen, gilt die Stadt doch als „rote Hochburg im Osten". Sie zum Fallen zu bringen, so das Kalkül, könne der Bewegung den ersehnten Durchbruch verschaffen. Um das zu ermöglichen, wurden offenbar die eigenen Regularien zurückgestellt: So regte sich aus Dresden kein Widerstand gegen die „beratende" Mitwirkung des Rechtsaußen-Funktionärs Hans-Thomas Tillschneider, der inzwischen auf dem Ticket der AfD in den sachsen-anhaltischen Landtag gewählt wurde. Einstweilen tief getrübt wurde die Partnerschaft von Pegida und Legida aus anderen Gründen: So warf das Dresdner „Orgateam" den Gefolgsleuten in der Messestadt vor, der „Versuchung der Selbstdarstellung" erlegen zu sein. Die Kritik galt offenbar dem exzentrischen Stil mancher Legida-Protagonisten, Rösler inbegriffen. Vor allem aber stellten die Leipziger ein eigenes Positionspapier zusammen, das aus Dresden abgelehnt wurde.

Den eigenen Maßgaben zufolge hätte sich daraus bereits das Aus für Legida ergeben können. Stattdessen folgte ein gezielter Affront: Anfang 2015 wurde eine Legida-Delegation, die sich mit dem Dresdner Vorbild treffen wollte, einfach sitzen gelassen. Erst nach einem erneuten Treffen unter Beteiligung von Bachmann, Däbritz und Stephan B. (der innerhalb der Pegida-Vernetzung als „Richard Barthel" auftrat) konnten die Wogen wieder geglättet werden. Doch das Ausscheren der Leipziger destabilisierte beide Standorte, wurde gar zu ei-

nem Faktor bei der Spaltung der Dresdner Gruppe. Auch bei Legida flogen schnell die Fetzen, Ende Januar 2015 gab Rösler den Ausschluss des Mitorganisators Jörg Hoyer bekannt. „Jede Orga hat ihren Schwachpunkt, einen haben wir gestern ausgemerzt", erklärte Rösler dazu. Die näheren Umstände wurden der Deutschland-Orga nicht mitgeteilt. Öffentlich war von gesundheitlichen Gründen die Rede. Im Namen von insgesamt acht Legida-Aktivisten gab wenig später, Ende Mai 2015, die neue Führungsfigur Markus Johnke bekannt, dass nunmehr Rösler wegen „zu vieler Probleme" ausgeschlossen wird.

Die Probleme fingen damit erst an: Hoyer gründete ein „Neues Deutsches Forum" und kommentierte die weitere Entwicklung Pegidas durchaus kritisch. Im Sommer 2015 platze einem führenden Pegida-Organisator der Kragen: „Sollte der Hoyer noch ein mal auftauchen bei einer Veranstaltung, schlag ich ihm persönlich die Fressleiste ein!" Rösler wiederum machte sich mit einem „GIDA-Dachverband" — später umbenannt in „Offensive für Deutschland" mit einem immer deutlicher neonazistischen Profil — selbständig und arbeitete zeitweise mit der Pegida-Konkurrenz „Widerstand Ost/West" um Ester Seitz zusammen. Auch Johnke nahm kein Blatt vor den Mund: „Dem affenverband fehlt mal eine vor die Fratze gehämmert". Als sich Teile des Legida-Umfelds den Abspaltungen zuwandten, wurden die Drohungen konkreter. Sie richteten sich namentlich auch gegen Legida-Ordner Ronny U., den Bachmann einen „Klappspaten" nannte. Anfang Juli 2016 wurde U. bei einem körperlichen Angriff schwer verletzt. Legida bezichtigt freilich „Linksextremisten", ganz so, als hätte es Spannungen in den eigenen Reihen nie gegeben.

Inzwischen ist das Band zwischen Pegida und Legida ganz zerschnitten. Zum Bruch kam es nach einer Legida-Demonstration Anfang Januar 2016, bei der zwei „Kategorie C"-Musiker auftraten. Bachmann fasste seinen Eindruck mit den Worten zusammen: „Man muss leider konstatieren, dass Leipzig heute grandios die Chance verspielt hat, die Mitte der Bevölkerung zu erreichen [...] Für mich persönlich eine herbe Enttäuschung und einfach nicht verständlich." Einige Legida-Aktivisten verabschiedeten sich daraufhin selbst aus der Deutschland-Orga, ein passender Anlass war wohl schon länger gesucht worden. So erklärte Johnke: „Ist schon viel zu lange keine Augenhöhe und Partnerschaft mehr." Das Legida-Mitglied Arndt Hohnstädter ergänzte später umständlich, aber deutlich kritisch: „Die einzige Frage ist, ist DD [Dresden] dazu bereit, eine Struktur aufzubauen in der aus allen Landesteilen (Sachsens) Repräsentanten in die strategische Planung und Umsetzung auf Augenhöhe eingebunden werden und vor allem auch die Abklärung des Zeitpunktes und der Art der gemeinsamen Kommunikation nach außen, oder nicht." Inzwischen zählt sich Legida zum Bündnis „Festung Europa" um die frühere Pegida-Frontfrau Tatjana Festerling und Kompagnon Edwin Wagensveld. Ein Kollateralschaden der Leipziger Vorgänge war der Austritt des Schweizers Ignaz Bearth aus der Pegida-Orga-Deutschland, da Bachmann ihm nach seinem Legida-Auftritt einen brüllenden Redestil vorwarf. Er lädt zu historischen Vergleichen geradezu ein.



Nur eine Papiergeschichte

Nachdem Mitte Januar 2015 ein Foto Lutz Bachmanns mit Scheitel plus Hitler-Bärtchen die Titelseiten selbst internationaler Zeitungen schmückte, trat er als Pegida-Chef nicht minder öffentlichkeitswirksam zurück. Doch dieser Schritt war offenbar von vorn herein als Finte angelegt. So erklärte er seinen Mitstreitern ganz im Vertrauen: „Wir ändern die Registergerichteintragung [des Pegida-Vereins], deshalb bleibt das Orgateam trotzdem unverändert! [...] Das ist ne Papiergeschichte. Mehr nicht."[4] Anhand der Kommunikation der Deutschland-Orga stellt sich der Spaltungsprozess denn auch etwas anders dar, als bislang kolportiert wurde. Am Ende setze sich bekanntlich der Kreis um Bachmann und Däbritz durch, während der Flügel um die damalige Pegida e.V.-Schatzmeisterin Kathrin Oertel und den stellvertretenden Vorsitzenden Rene Jahn — und mit ihnen auch die bisherigen AnsprechpartnerInnen für die westdeutschen Ableger — aus dem Projekt ausschieden.

Als Gründe dafür wurden der widersprüchliche Umgang mit Legida angeführt: Mal war eine Klage wegen der Nutzung des Wortes „Gida" angedroht, mal ein ostentativer Schulterschluss zelebriert worden. Hinzu kam eine offenbar intern umstrittene geplante Rede des neurechten Publizisten Götz Kubitschek. „Bislang hat sich Pegida auf die bürgerliche Mitte konzentriert, derzeit gibt es jedoch eine Tendenz zum rechten Rand, die wir nicht mittragen können", beklagte Achim Exner damals gegenüber der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit". Jahn erklärte gegenüber der fortan bei Pegida besonders verhassten MOPO24: „Wir wollten uns klar von den rechtsradikalen Äußerungen Bachmanns distanzie-



Bild links: Das Pegida-Gründungsmitglied Katrin Oertel (3.v.l.) am 8. Februar 2015 in Dresden bei einer Kundgebung der von ihr gegründeten Pegida-Abspaltung „Direkte Demokratie für Europa".
Bild rechts: Bei der gleichen Kundgebung treten ihre Widersacher mit einem Plakat gegen Oertel auf.

ren. Bachmann bestand aber darauf, im Orgateam zu bleiben. Dies konnten wir nicht mit unseren Vorstellungen einer Organisation der bürgerlichen Mitte vereinbaren. Daher sind wir ausgetreten." Offenbar war der Bruch in Dresden erst durch diese „unautorisierten" Äußerungen unumkehrbar geworden.

Das Dresdner Team, so die offiziöse Darstellung gegenüber der Deutschland-Orga, habe eigentlich vereinbart gehabt, abzuwarten und die Presse außen vor zu lassen, bis eine gemeinsame Erklärung erarbeitet wurde. Den angeblichen Alleingang der kurzum ausgeschlossenen „Spalter" kommentierte Bachmann lapidar: „So, U-Boote entsorgt, jetzt heißt es frisch ans Werk und Zusammenhalt demonstrieren!" Bis heute wird das Gerücht am Leben erhalten, jene „Spalter" hätten für eine Verfassungsschutzbehörde gearbeitet oder seien anderweitig — gern benannt wird eine namhafte deutschnationale Partei — „gekauft" worden. Belege dafür sind der „Deutschland-Orga" ebenso wenig bekannt gemacht worden wie überhaupt irgendwelche Details. Der ganze Vorgang verstärkt den Eindruck einer weithin autokratischen Konstruktion, in deren Zentrum nicht nur Dresden, sondern in persona Bachmann steht.

Ruppige Töne und harte Konsequenzen

Indes gab es auch Pegida-Ableger, die sich einer zentralen Steuerung aus Dresden widersetzten. In einigen Fällen konnten die Konflikte (zeitweise) gelöst werden, in anderen nicht. Für bundesweiten Streit sorgte gleich in der Anfangszeit der Düsseldorfer Pegida-Ableger (DüGiDa), in dem Melanie Dittmer aktiv geworden war, eine vormalige Funktionärin aus dem Landesvorstand NRW der NPD-Jugend[5]. Trotz ihrer damaligen Mitgliedschaft im Landesvorstand von „Pro NRW" und trotz des mehrfach erneuerten Funktionärs-Verbots bei Pegida wurde sie im allseitigen Einvernehmen als Pressesprecherin für Pegida NRW eingesetzt. Rasch stieg sie in die Leitung von Pegida NRW an der Seite von Marco Carta Probach auf, bevor sie Anfang 2015 nach einer deutlichen Ansage der Dresdner „Orga" wieder ausgeschlossen wurde. In einer Pressemitteilung war lediglich von „inneren Streitigkeiten" und „inhaltlichen Differenzen" die Rede. Das traf die Sache nicht ganz. Intern war offenbar negativ aufgefallen, das Dittmer auf einem Transparent nicht das Pegida-typische Mülleimer-Logo verwendet hat, sondern eine Abwandlung ohne Hakenkreuz. Wohl, um „bestimmten Leute" nicht vor den Kopf zu stoßen, wie gemutmaßt wurde. In Bonn soll sie einem Mitdemonstranten eine Israelflagge abgenommen haben. Gegenüber MitorganisatorInnen habe sie zudem angedeutet, personelle und technische Unterstützung abzuziehen, sollte ihren Vorgaben nicht gefolgt werden. Das war zu viel, Frank Ingo Friedemann stellte vor diesem Hintergrund in der Deutschland-Orga klar: „Die Richtung sollte aus unserer Sicht sein, dass alle gewillten Gida's unsere Positionen unterstützen und sie auch als ihre ansehen [...] Wenn eine GIDA meint, ihren eigenen Weg gehen zu müssen, dann soll sie die[s] tun, aber dann nicht mit Unterstützung und Genehmigung von PEGIDA Dresden.

In den Pegida-Netzwerken herrschte auch sonst ein ruppiger Umgangston. Der anfänglich Verantwortlichen bei Pegida Frankfurt Rhein-Main, Heidi Mund, warf Tatjana Festerling unvermittelt einen Hang zum „Personenkult" und den Aufbau eines „Heldenmythos" vor, der Pegida schaden werde. Anlässlich starker Gegenwehr war zuvor für einen „Spaziergang" in Frankfurt dazu aufgerufen worden, „mit Helm" zu erscheinen. Aus Dresden wurden neuerliche Versammlungen, wohl wegen zu befürchtender drastischer Medienberichte, kurzum untersagt. Hatte Michael Viehmann, de facto Westdeutschland-Verantwortlicher des Netzwerks, das Engagement Munds zunächst ausdrücklich gelobt, folgte nun ihr sofortiger Ausschluss. Ein Schritt, der sich Außenstehenden kaum erschlossen haben dürfte. Ironie der Geschichte: Nicht anders war es ein gutes Jahr später, als Pegida und Festerling getrennte Wege einschlugen.

Ironisch auch: Wo nach außen „politische Korrektheit" gegeißelt wird, steht intern ein schmaler Themenkanon, den infrage zu stellen weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen kann. Entsprechend unfruchtbar gestalten sich Diskussionsversuche innerhalb des Netzwerks. Als Legida-Kopf Markus Johnke auch Themen aus dem Spektrum rechter Verschwörungstheorien verbreitet sehen wollte, wurde er aus Richtung des Dresdner „Mutterschiffs" zurückgepfiffen. Däbritz forderte die Leipziger auf, den „Zion Unfug" sein und keine „Aluhut-Diskussionen" zuzulassen. Nachdem Johnke aber darauf bestand, bei solchen Themen den Durchblick zu haben, brach die Diskussion sogleich wieder ab. Stattdessen erinnerte Stephan B. an die Vor-

macht an der Elbe: „ihr müsst uns schon überlassen, wen wir ‚zu uns' zählen und wen nicht! […] Ich meine, ein Kegelclub will nur Mitglied haben, die kegeln. Tischtennispieler sind da eben einfach nicht erwünscht". Johnke antwortete konsterniert: „Ihr habt so viele fähige Leute aus dem Kegelklub ‚aussortiert', nur weil euch paar Idioten penetrant nerven, dass ihr irgendwann in Ruhe alleine mit zehn Mann Kegeln dürft, wenn ihr so weiter macht."

Gesagt, getan. Tatsächlich verließen zahlreiche Pegida-Gruppen und deren OrganisatorInnen mal stillschweigend, mal nach offenen Konflikten die bundesweite Struktur. Die Berliner Pegida-Sektion Bärgida um Karl Schmitt etwa geriet Mitte Juli 2015 in die Kritik des Pegida-Chefs Bachmann, nachdem berichtet wurde, dass der NPD-Landesvorsitzende aus Berlin, Sebastian Schmidtke, eine Rede habe halten dürfen. Ein Bärgida-Verantwortlicher leugnete das nicht, sondern erklärte, Bärgida lasse sich nicht von der „Distanzeritis" anstecken. Schmidtke sei nämlich „im Zuge der Redefreiheit" und nur als „Privatperson" an das „Offene Mikrophon" getreten. Bachmann stellte daraufhin den sofortigen Ausschluss Bärgidas zur Abstimmung. Das Verfahren hatte Seltenheitswert und verlief einstimmig. Der Ausschluss wurde ohne Widerworte und ohne öffentliche Erklärungen vollzogen. Noch geräuschloser wurden auch einzelne Schlüsselpersonen des Netzwerkes entfernt. Der besonders aktive Kasseler Organisator Aike V. wurde im September 2015 durch Michael Viehmann (Vorstandsmitglied von Pegida Kassel e.V.) ausgeschlossen, da V. einen „Putsch" geplant hätte. „Auf VERRAT folgt der ABSOLUTE Ausschluss", hieß es dazu knapp.

„Verhandlungsgrundlage für später": Pegida und die AfD

Trotz bis heute stets wiederholter Beteuerungen der Überparteilichkeit war der starke Hang zur AfD von Anbeginn ein offenes Geheimnis des Netzwerks, mehrere Mitglieder outeten sich selbst als Anhänger der extrem rechten „Patriotischen Plattform". Norbert W. (Pegida Baden-Württemberg) wusste zu berichten: „Bei allen Pegida — Demos unterstützen auch AfD-ler, sie helfen als Ordner, werben, engagieren sich." Er selbst wurde als einer von dreizehn Erstunterstützern der „Patriotischen Plattform" bekannt. Keine Überraschung war es daher, als es Anfang 2015 in Dresden zu einem offiziellen Treffen von Pegida und AfD kam. Ein Schulterschluss sei dabei nicht das Ziel, hieß es. Doch über andere denkbare Ziele solcher Sondierungen konnte auch das ansonsten gut informierte Netzwerk nur spekulieren: „Wir haben ganz klar gesagt, DIALOG JA, ZUSAMMENARBEIT NEIN", fasste Bachmann die Resultate telegrammartig zusammen.

Das war zugleich die einzige direkte Mitteilung über Inhalte des Treffens. Immerhin war sie glaubhaft: Die Möglichkeit einer eigenen Parteigründung wurde schon ab Februar 2015 ins Spiel gebracht und ein halbes Jahr später intensiver diskutiert. Inzwischen hielt Bachmann mit Blick auf die AfD die Gründung einer „echten, nicht käuflichen und nicht gesteuerten" Partei für notwendig. Stephan B. erklärte im Kreise der Deutschland-Orga: „Niemals wird die afd unser arm!! Das haben sich die Spezialisten selbst vergeben." Stefan K. (Pegida Hamburg) erkannte in der beabsichtigten Parteigründung einen großen strategischen Schachzug: „Letztlich geht es ja auch darum die AfD unter Druck zu setzen. Um PEGIDA abzuwürgen, wird sie sich ganz klar auf unsere Linie begeben müssen." Auch Markus Johnke befand: „Lass die [AfD] am Besten jammern und zappeln, ist eine bessere Verhandlungsgrundlage für später eventuell." Ein näheres Konzept wurde augenscheinlich nicht entwickelt. Inzwischen behauptet Pegida gleichwohl, eine „Freiheitlich Direktdemokratische Volkspartei" (FDDV) längst gegründet zu haben. Sie ist bis dato, was sie von Anbeginn war — ein Phantom.

Pegida, die NPD und andere Behörden

Recht freimütig wird im Netzwerk über persönliche Erfahrungen samt eigener Mitgliedschaften und früheren Kandidaturen bei allerhand ultra-rechten Parteien berichtet — von den PRO-Formationen über „Die Freiheit", „Deutsche Partei" und REPs bis zur NPD. Nur die letzte davon gilt als „No-Go". Recht empört wurden denn Berichte aufgenommen, der Dresdner NPD-Aktivist René Despang habe Ende Februar 2015 versucht, ein inoffizielles Treffen zwischen Parteichef Frank Franz und Pegida-Vertretern anzubahnen. Die Partei blitze offenbar ab. Stephan B. erklärte im internen Pegida-Kreis zwar, dass er die NPD für eine Partei wie jede andere auch halte, mit der es zudem große Schnittmenge gebe. Auch Stefan K. aus Hamburg schilderte seinen Eindruck, „dass oftmals Leute mit NPD-Vergangenheit durchaus brauchbare und vor allem zuverlässige Mitstreiter sind". Doch in dieser Richtung schien Bachmann unversöhnlich: „Die NPD ist mein Feindbild, weil sie im Regierungsauftrag arbeitet." Taktik und Überzeugung lässt sich in diesem Falle allerdings schwer auseinander halten. Immer wieder angekreidet wird der NPD, dass sie von Verfassungsschutz-Spitzeln durchsetzt sei. Und dass sie negative Schlagzeilen generiere, die keinesfalls auf Pegida zurückfallen dürfen.

Diese Sorge stand im August 2015 im Vordergrund, als Neonazis und andere RassistInnen vor einer Asylunterkunft in Heidenau die Polizei angriffen: „hoffentlich fällt das nicht auf uns zurück", hieß es aus Dresden, „wir hatten so ein gutes Verhältnis zur Polizei". Auch später ließ man die angeblich guten und direkten Kontakte zur Polizei und zum Staatsschutz der Dresdner Polizei durchblicken. „Sind auf unserer Seite", hieß es einmal seitens des Dresdner „Orgateams", man erhalte sogar „Tipps" oder werde, wie ein Legida-Vertreter erläuterte, zum Weitermachen ermutigt. Der Pegida e.V.-Mitbegründer Thomas H. aus Dresden erklärte – nach Medienberichten[6] – zu möglichen Verbindungen zwischen dem Pegida-Protestspektrum und Sicherheitsbehörden prahlerisch: „Es gibt eben Leute die auch noch so geheime Unterlagen weiter geben weil es einfach jeder, aber auch wirklich jeder in Deutschland wissen soll wie unsere Regierung tickt!"

„Knallt endlich rein": Pegida, Hooligans und die Gewalt

Dabei hatte Pegida von jener Regierung bislang nichts zu fürchten und musste es auch nicht. Denn strikt „gewaltfrei" sei man, so steht es auch auf Transparenten. Inner-

halb der internen Pegida-Kommunikation werden jedoch auch andere Töne angeschlagen. Die Behauptung der Gewaltfreiheit steht bereits von Anbeginn infrage, nicht zuletzt wegen möglicher Überschneidungen mit den gewaltaffinen „Hooligans gegen Salafisten“, die in der Anfangszeit Pegidas noch groß von sich reden machten. Tatsächlich erklärte Norbert W. gegenüber seinen MitstreiterInnen im Februar 2015: „Die erste Demo in Karlsruhe [„Kargida“] hat gezeigt, dass HOGESA und PEGIDA auch an einem Strang ziehen können und das HOGESA nicht automatisch aus der Rolle fällt - das kann man steuern.“ Als die Medien über Hooligan-Ordner bei Pegida-Veranstaltungen berichteten[7], fragte Ignaz Bearth (Pegida Schweiz) , als wäre nichts gewesen: „Und wo ist das Problem?“ Auch andere AktivistInnen sahen das so, und die Zusammenarbeit habe „doch wunderbar funktioniert“, so Kareen W. (Pegida Nürnberg). Die gleiche Person äußerte im Sommer 2015 Verständnis nach der Belagerung einer Asylunterkunft in Freital bei Dresden: „ich merke das auch im gesamten Bekanntenkreis: die Stimmung eskaliert und alle möchten die Gangart drastisch verschärfen [...] Kopf sagt, ist kontraproduktiv, Bauch sagt, knallt endlich rein, es reicht“.

Im Falle Freitals verfügte Bachmann zwar, man hänge sich da „nicht mehr“ rein. Aus Freital selbst habe er die Meinung gehört: "wir dummen kreisläufer sollen weiter unsere Brückentour spazieren, man müsste jetzt eine härtere gangart anschlagen“. Zur Frage einer härteren Gangart kommentierte er in gewohnter Kürze: „Nun, sollen sie.“ Entsprechend dünn erscheint der Unterschied zwischen Distanzierung und Billigung, im Laufe der Zeit verwischte er immer mehr. Vor dem Hintergrund eskalierender Anti-Asyl-Proteste in Dresden sagte der damalige Chemnitzer Pegida-Organisator Sven M.: „Das Hauptproblem ist das die Spinner nicht begreifen das selbst ein Übergriff organisiert und Nachhaltig sein muss.“ Später setzte er nach, jede Art „politischer Veränderungen hat auch einen militanten Zweig aber bitte nicht diese NPD.“

Isoliert waren diese Ansichten zu keiner Zeit. Der Chemnitzer Pegida-Vertreter Jim K. bemerkte etwa: „Gemeinsam sind wir stark! Wenn es sein muss mit Gewalt.“ Auch der Schweizer Tobias S.[8] ging im internen Kreis in die Vollen: „Es muss einen Punkt geben wo wir sagen bis hierhin und nicht weiter“, er selbst fordere daher „zur privaten Aufrüstung“ auf. Der Schweizer Mike S. äußerte Anfang 2016 nach einer eskalierten und aufgelösten Pegida-Demonstration in Köln: „Frag mich langsam echt wie lange wir noch den friedlichen Kurs fahren wollen... irgendwann ist echmal genug.“ Kein Wunder, dass selbst der Überfall von Neonazis und rechten Hooligans auf den Leipziger Stadtteil Connewitz „ein gewisses Maß an Verständnis“ weckte, wie der Ostfriese Ullrich T. sagte

„So manches Ding gedreht“: Rocker im Hintergrund?

Die Pegida-Vernetzung krankte immer wieder an unterschiedlichen Anschauungen. Kein Wunder, denn in manchen der sogenannten Orgateams fanden sich Personen wieder, die sich überhaupt erst bei Facebook kennengelernt hatten, oft unter falschen Namen. Entsprechend fragil ist die gegenseitige Vertrauensgrundlage. Doch es gibt Ausnahmen: Mehrere Personen wurden in die Deutschland-Orga unter dem Stichwort „Moped“ eingeführt: ein Erkennungszeichen für „Brüder“ aus der Rocker-Szene, die „aus Hanoi“ — also Hannover, dem Ballungsraum des wohl berüchtigtsten Motorradclubs — „verifiziert“ wurden.

Szenekennern war die Mitwirkung von Rockern an Pegida-Strukturen bereits frühzeitig aufgefallen: Siegfried Däbritz, zweiter Kopf Pegidas neben Bachmann, soll demnach dem „MC Red Devils“ nahestehen, einem Supporter-Club der Hells Angels[9]. Der führende Kasseler Pegida-Funktionär Michael Viehmann[10] soll nach Presseberichten „Prospect“ bei den „Red Devils MC“ in Paderborn gewesen sein.[11] Der Pegida-Redner[12], anfängliche Regional-Kapo und „Teamleiter für Pegida NRW, Marco Carta Probach, hatte selbst eingeräumt, einem Supporterclub des „Bandidos MC“ angehört zu haben. Innerhalb der PEGIDA-Bewegung prahlte er außerdem mit seiner Funktion als „sargent at arms“ in einem „italienischen MC“.

Besonders aufschlussreich ist die Pegida-Gruppe in Ostfriesland, entstanden im November 2014 unter dem Namen OGIDA. Verantwortlich ist dort — Stichwort: „Moped“ — Ullrich T., der sodann in die „Deutschland-Orga“ aufgenommen wurde. Seinen MitstreiterInnen vertraute er sich schließlich an: „Ich habe in der Vergangenheit so manches Ding gedreht und bin dementsprechend schwerst vorbestraft und hier bekannt wie ein bunter Hund [...] ein direktes Auftreten von mir würde wohl einen negativen Effekt für PEGIDA nach sich ziehen [...] Einen verlässlichen Strohmann finde [ich] auch nicht.“ Das Problem taucht öfter auf: Durch seinen „guten Freund“ Däbritz fand ebenfalls bereits im November 2014 Alexander M. Anschluss an das Netzwerk. Darin stellte er bald klar, dass er den Braunschweiger Ableger nicht öffentlich vertreten könne, unter anderem wegen seiner Mitgliedschaft „in einem großen MC“. Ein Blick in seine Veröffentlichungen bei facebook legen eine Anbindung an den „Red Devils MC“ nahe. An seiner statt trat Christina M. für Bragida in Erscheinung. Das Rocker-Phänomen betrifft indes nicht nur Deutschland. Mike S. erklärte seinen Wechsel vom Amt des „Präsident von PEGIDA Schweiz“ zum weniger prominenten Vizepräsidenten der „Pegida Schweiz Partei“ mit dem Beitritt zu „einer 81Crew“. Das ist das Kürzel der Hells Angels. Man habe ihm aufgetragen, so S., „erstmals die Füsse für ein paar Monate stiller“ zu halten. •

1 Entgegen der häufig wiederholten Behauptung ist der Name PEGIDA nicht von PEGIDA Dresden geschützt. Der Antrag von Vicky Bachmann auf Eintragung in das Markenregister wurde zurückgewiesen. 2 nordkurier.de: „Naumann steigt aus — Pegida-Ableger jetzt noch weiter rechts?“ 3 siehe AIB # 106 4 Eine Änderung wurde nicht mal auf dem Papier vollzogen. (VR 7750 beim Amtsgerichts Dresden) 5 Lotta # 57 6 MZ-WEB.DE: Ermittlungserkenntnisse weitergegeben. Pegida hat einen Maulwurf bei der Dresdner Polizei" 7 bild.de/regional/dresden/pegida/setzt-auf-hooligans-als-sicherheitskraefte- 8 Redner bei PEGIDA Dresden am 28. September 2015 9 bnr.de: Brisante Neonazi/Rocker-Szene von Andrea Röpke 10 Redner am 6. April, 13. April 2015, 28. September 2015 und 12. Dezember 2015 in Dresden 11 fr-online.de: Zweifelhafter Zuwachs für Pegida von Carsten Meyer und Joachim F. Tornau 12 Redner am 6. April 2015 in Dresden

REPRESSION

Das Landgericht Freiburg hat es von der Presse- und Meinungsfreiheit als gedeckt angesehen, dass das Radio Dreyeckland (RDL) den AfD-Funktionär und Rechtsanwalt Oliver Kloth als "rassistischen Anwaltsredner" bezeichnet. In einem anderen Punkt bekam Kloth Recht: RDL darf ihm keinen Bruch des Anwalt-Mandanten-Vertrauensverhältnisses vorwerfen. RDL wird daher in Berufung gehen.

AfD-Funktionär Kloth „rassistischer Anwaltsredner“

GASTBEITRAG VON ANDREAS REIMANN (RADIO DREYECKLAND, FREIBURG)

Auf einer Informationsveranstaltung der Stadt Freiburg über den geplanten Bau einer Flüchtlingsunterkunft am 1. Juni 2016 in Freiburg-Landwasser hatte Kloth aus dem Publikum heraus eine Rede gehalten, die Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach (SPD) später in einem Interview mit der Badischen Zeitung als „in unerträglicher Weise gehetzt“ bezeichnete. Bei seiner vierminütigen Rede kam es zu zahlreichen Zwischenrufen, schließlich wurde Kloth von der Veranstaltungsleitung das Mikrofon abgenommen. RDL berichtete auf seiner Website und stellte die Rede als Audiodatei online. In der Überschrift wurde Kloth als 'rassistischer Anwaltsredner' bezeichnet. Kloth klagte auf Unterlassung dieser und drei weiterer Formulierungen. Beim Auftritt in Landwasser nannte Kloth seinen Namen nicht. Er wollte dennoch „etwas aus meiner Perspektive sagen, als Anwalt.“ Die Gruppe 'Autonome Demosanis' benannte ihn wenige Tage später namentlich auf Twitter und RDL machte dies zum Aufhänger eines Berichts. Bis dahin war in diversen Artikeln, etwa der Badischen Zeitung (BZ), immer nur von einem Anwalt die Rede gewesen — nun war klar, dass es sich um Kloth handelt, der im Übrigen nicht einmal Freiburger ist, sondern Rechtsanwalt mit Praxis in Teningen. Kloth wurde wegen der namentlichen Nennung nervös, offenbar wollte er lieber anonym als „honoriger Anwalt“ gegen Flüchtlinge hetzen. Wegen Rufschädigung überzog er RDL und einen Leserbriefschreiber der BZ — der nicht einmal Kloths Namen erwähnt hatte — mit einer Unterlassungsklage. Klagen ist offenbar eine gängige Methode des AfD-Funktionärs und Anwalts und so wurde bald noch ein weiterer Autor eines Leserbriefs von ihm verklagt. Den gesetzlichen Vertreter von RDL zeigte er wegen „Beleidigung“ an, das Strafverfahren wurde aber mangels hinreichendem Tatverdacht eingestellt. Ebenso richtete er Beschwerden an den Presserat und die Medienaufsichtsbehörden.

Was hat Kloth nun in Landwasser gesagt — und vor allem: Wie hatte RDL darüber berichtet? Kloth: „Ich denke, ein Großteil der Ängste, die in der Bevölkerung vorhanden sind und die man auch mal wahrnehmen müsste, rührt daher, dass es sich eben bei vielen Personen, die herkommen, nicht um Flüchtlinge im eigentlichen Sinne handelt, sondern um Glücksritter, teilweise, die hier ein besseres Leben suchen. Natürlich sind es genauso Menschen, auch genauso Menschen, die die Liebe wollen, genauso Menschen die ein gutes Herz haben, aber es sind auch viele dabei, die nutzen ein Sozialsystem aus und die kommen hierher und sie begehen Raubüberfälle, sie begehen Attacken auf Frauen, Attacken auf Männer.“ RDL kommentiert: Die „eingeladenen“ Ausländer und Flüchtlinge seien für Vergewaltigung, Raub usw. verantwortlich. Viele seien auch guten Herzens, aber beinah alle (wörtlich viele) Flüchtende seien „Glücksritter“. Das Landgericht hat es als zulässig angesehen, den Tenor der Rede des AfD-Funktionärs in dieser Weise zusammenzufassen. Der Freiburger Soziologe Ulrich Bröckling beschreibt in einer Stellungnahme für das Gericht sehr treffend Kloths 'Rhetorik des diffusen Pauschalverdachts' gegen Flüchtlinge: „Es ist ein durchgängig zu beobachtendes Merkmal fremdenfeindlicher und rassistischer Rhetorik, dass abwertende Äußerungen über Flüchtlinge oder Migranten bewusst unscharf formuliert und/oder als lediglich persönliche Auffassung deklariert werden. Ebenso regelmäßig findet sich das den abwertenden Äußerungen vorangestellte Caveat, selbstverständlich gebe es unter den Flüchtlingen und Migranten auch gute Menschen. Auf solche rhetorischen Vorbehalte folgen dann pauschalisierende xenophobe Stereotype.“ Der Richter zeigte bei der mündlichen Anhörung wenig Verständnis für diese Stellungnahme — schließlich ginge es hier um juristische Fragen — und verzichtete bei der Beurteilung des Falls auf das Audio-Dokument. Kloths Rede lag als Mitschrift in einer eidesstattlichen Versicherung vor. Außer Acht blieb so, welchen Tonfall Kloth anschlug und welche Wirkung seine Rede im Saal entfaltet hatte.

Für viele Prozessbeobachter war dies vor allem deshalb kurios, weil der Richter bei der Anhörung ein BGH-Urteil heranzog, in

„Strafgericht verlässt unpolitischen Boden“

BZ-INTERVIEW mit dem Anwalt eines Störers bei einer CDU-Veranstaltung zum Doppelpass, der sich in zweiter Instanz gegen eine Geldstrafe wehrt

Das gerichtliche Nachspiel gegen die Störer des CDU-Infoabends zur doppelten Staatsbürgerschaft im Februar 1999 geht in die nächste Runde. Acht von rund 150 Unruhestiftern hatten einen Strafbefehl wegen Nötigung und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz bekommen, vier wurden zu Geldstrafen zwischen 300 und 900 Mark verurteilt. Zwei von diesen haben Berufung eingelegt. Für einen 45-jährigen Mandanten tat dies Rechtsanwalt Oliver Kloth aus Gundelfingen. Zu den juristischen Hintergründen befragte ihn Martin Höxtermann.

BZ: *Herr Kloth, laut höchstrichterlicher Rechtsprechung darf nicht an jedem Ort und zu jeder Zeit nach Belieben gepfiffen und gesungen werden. Welche Schranken legt der Bundesgerichtshof (BGH) sangesfreudigen Zeitgenossen auf?*
Kloth: Der BGH ist der Ansicht, dass nach Paragraph 240 des Strafgesetzbuches auch derjenige zu bestrafen ist, welcher Veranstaltungen durch den Gebrauch seiner eigenen Stimme mit dem Ziel stört, diese zum Abbruch zu zwingen, zum Beispiel durch Niederschreien oder Brüllen. Außerdem stellt auch Paragraph 21 des Versammlungsgesetzes die „Sprengung“ von nichtverbotenen, politischen Veranstaltungen durch Gewalttätigkeiten oder bei Verursachung grober Störungen unter Strafe.
BZ: *Das Recht auf Versammlungsfreiheit soll geschützt werden. Gleichzeitig wird jedoch das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt. Eine politische Entscheidung?*
Kloth: Mit Sicherheit verlässt das Strafgericht unpolitischen Boden. Es legt einen Paragraphen des Strafgesetzbuches dahingehend aus, dass das bloße Kundtun einer Meinung mit einer Sanktion belegt wird. „Mit dieser Auslegung verläßt es meines Erachtens den Bereich des verfassungsrechtlich Zulässigen.“

„Nicht mehr hinreichend gesichert, was eigentlich alles eine Nötigung• darstellen kann“

Denn unsere Verfassung legt fest, dass eine Tat nur bestraft werden kann, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor sie begangen wurde. Es handelt sich hierbei um eine spezielle Ausprägung des Willkürverbots. Willkürlich wird aber eine Verurteilung wegen „Nötigung“, wenn nicht mehr hinreichend gesichert ist, was eigentlich alles eine Nötigung darstellen kann.
BZ: *Erfüllt eine lautstarke Meinungsäußerung auf einer Versammlung bereits den Tatbestand einer Nötigung nach Paragraph 240 des Strafgesetzbuches?*
Kloth: Das hängt von der Auslegung der obergerichtlichen Rechtsprechung ab. Sie definiert Gewalt als den „physisch vermittelten Zwang zur Überwindung eines geleisteten oder erwarteten Widerstands“. Hierunter konnte bis vor kurzem bei erweiternder Auslegung selbst die bloße körperliche Anwesenheit bei einer Protestkundgebung verstanden werden. Doch das Bundesverfassungsgericht bezeichnete bereits in seiner 2. Sitzblockadeentscheidung vom 10. Januar 1995 diese Auslegung des Gewaltbegriffs als verfassungswidrig, weil der Grundsatz „nulla poena sine lege“ – keine Strafe ohne Gesetz – verletzt sei. Es bleibt für meinen Mandanten die Hoffnung, dass das Bundesverfassungsgericht nicht nur Sitzblockaden, sondern auch lautstarke Meinungsäußerungen als nicht mehr vom Gewaltbegriff des Nötigungsparagraphen umfasst ansieht.
BZ: *Wie soll denn im Einzelfall festgestellt werden, ob ein Buhrufer eine Versammlung sprengen will oder einfach nur seine Meinung kundtun möchte?*
Kloth: Für die Feststellung des „bösen Willens“ eines Täters, also bei der Prüfung der so genannten „inneren Tatseite“, muß sich das Gericht äußerlich feststellbarer Umstände bedienen, um aus diesen Schlussfolgerungen ziehen. Im vorliegend beurteilten Fall reichte dem Gericht unter anderem die Inaugenscheinnahme des Videos, welches von der Schutzpolizei anlässlich der Veranstaltung aufgenommen wurde, um aus der Art der Meinungskundgebung und der Lautstärke des Geräuschpegels den



Rechtsanwalt Oliver Kloth.
FOTO: INGO SCHEIDER

Rückschluss zu ziehen, dass „gesprengt“ und nicht diskutiert werden sollte. Fraglich ist, woraus das Gericht schlußfolgerte, dass mein Mandant das Ziel verfolgt hätte, den Abbruch der Veranstaltung gewaltsam zu erzwingen.
BZ: *In allen Verfahren hat das Freiburger Amtsgericht die Störer schuldig gesprochen. Im Unterschied zu den anderen ist ihr Mandat jedoch mit einer Verwarnung davon gekommen. Warum haben Sie dennoch Berufung eingelegt?*
Kloth: Das Amtsgericht fühlte sich an die obergerichtliche Rechtsprechung gebunden und hat daher meinen Mandanten verurteilt. Auch der Verwarnung haftet der Makel einer Verurteilung an. Bei der Strafzumessung berücksichtigte das Gericht die „Fernziele“ meines Mandanten, also seine Beweggründe. Mein Mandant empfand die damalige Kampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als ausländerfeindlich und menschenverachtend. Die Staatsanwaltschaft ihrerseits ist der Ansicht, dass Fernziele nicht berücksichtigt werden dürften. Das Landgericht darf sich nun in der 2. Instanz um die Wahrheitsfindung bemühen.
BZ: *Darf bei politischen Versammlungen denn künftig nur noch artig geklatscht werden, um nicht ein Strafverfahren zu riskieren?*
Kloth: Meines Erachtens ist die derzeit herrschende Rechtsprechung in ihrer restriktiven Form nicht daran interessiert, das Kundtun abweichender Meinungen in der oben beschriebenen Form auf öffentlichen politischen Veranstaltungen zu fördern. Getreu Graf von Schulenberg lautet die Devise heute wie vor 200 Jahren offenbar: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“. Tatsächlich riskiert derjenige, welcher sich zu seinem politischen „Gegner“ wagt und dort durch Stören auffällt, sehr schnell ein Verfahren wegen Nötigung und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Jedenfalls bislang.

Der AfD-Funktionär und Rechtsanwalt Oliver Kloth im Interview mit der Lokalpresse. Faksimile: Badische Zeitung

dem es um die Vollständigkeit der Berichterstattung geht. In dem Urteil wird festgestellt, dass eine bewusst unterschlagene Tatsache bei einer Berichterstattung dann wie eine falsche Tatsachenbehauptung zu werten ist, wenn für Betroffene der Bericht aufgrund der Unvollständigkeit eine ehrverletzende Wirkung hat. RDL hatte Kloths Rede auf seiner Homepage in einem Text zusammengefasst und kommentiert. Wer es genau wissen wollte, konnte an gleicher Stelle die Rede per Mausklick anhören. Für den Richter war nur der Text von Belang, den er in einem Punkt als unvollständig betrachtete. RDL fasste dort zusammen, wie Kloth auf seine berufliche Erfahrung als Anwalt eingeht und er damit seine zentrale Aussage untermauert, dass es in Deutschland keine ‘echten’ Flüchtlinge geben könne: „Ich habe in meinem beruflichen Leben, in den letzten 20 Jahren, sehr viele Menschen kennengelernt, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. Das sind sehr freundliche Menschen gewesen zum Teil, aber auch zum Teil sehr kritisch zu betrachtende Menschen. Ich habe auch viele bei einem Asylverfahren begleitet und es tut mir leid das sagen zu müssen, aber ich habe noch nie in diesen 20 Jahren jemanden getroffen, der tatsächlich die Gründe, die er im Asylverfahren vorgegeben hat, auch tatsächlich erlebt hat.“ Zumindest dem zitierten BGH-Urteil folgend, hätte das Gericht die Kommentierung von RDL als zulässig bewerten müssen. Dort heißt es, Kloth habe unter Verweis auf seine beruflichen Tätigkeitserfahrungen „bewiesen“, dass „alle“ von ihm als Rechtsanwalt „begleiteten“ Asylbewerber über ihre Asylgründe die Unwahrheit gesagt hätten, also keine echten Flüchtlinge seien. RDL ist nach wie vor der Meinung, dass Kloth mit seiner Rede beim Publikum genau den Eindruck hervorrufen wollte, den RDL in seinem Beitrag wiedergegeben hat. Kloth hat unter Berufung auf seine 20jährige Anwaltstätigkeit gleichsam unter Beweis gestellt, dass alle ihm bekannten Asylbewerber lügen würden, um damit das Publikum den weiteren Schluss aus seiner Rede selbst ziehen zu lassen, es sei ja sonst auch immer der Fall. Der Richter hielt auch nicht den sich hieraus aufdrängenden Schluss für zulässig, der Rechtsanwalt habe damit das Anwalt-Mandanten-Vertrauensverhältnis verletzt. RDL-Anwalt Dr. Kauß gibt zu bedenken: „Wenn ein Rechtsanwalt ausnahmslos von ‘allen’ vom ihm begleiteten Asylbewerbern spricht, die die Unwahrheit gesagt hätten, dann hat — so der einzig nur mögliche Schluss — jeder der von ihm ‘begleiteten’ Asylbewerber sich auch strafbar gemacht. Damit gibt ein Rechtsanwalt die von ihm ‘begleiteten’ Asylbewerber der Strafverfolgung Preis und provoziert die Wiederaufnahme aller Asylverfahren. Da diese Argumentation vor Gericht nicht gewürdigt wurde, wird RDL Berufung beim OLG Karlsruhe einlegen.

Eher kurioser Natur ist insbesondere der letzte Punkt: RDL hatte Kloth irrtümlich als Vorsitzenden des Ortsvereins March der AfD bezeichnet. RDL hatte dies zwar gleich korrigiert, aber den Hinweis auf den Ortsverein in einer einschränkenden Klammer beibehalten. Bis heute konnte RDL nicht ermitteln, ob der Ortsverein March überhaupt einen Vorsitzenden hat. Kloth selbst jedenfalls ist Beisitzer des Kreisvorstands der AfD Breisgau-Hochschwarzwald. Für den AfD-Funktionär Kloth ist das dennoch keine Lappalie, wie er bei der Anhörung deutlich machte. Man stelle sich vor: Der richtige Vorsitzende des Ortsvereins March liest im Internet bei einem linken Radiosender, dass ein anderer seinen Posten innehat (nämlich dieser Oliver Kloth vom Kreisvorstand) – was glauben sie wohl, so Kloth vor Gericht, was das für einen Wirbel in der Partei auslösen könnte…? •

Aktenzeichen 2 O 167/16 (Urteil vom 21. Juli 2016, Landgericht Freiburg)

SCHWEDEN

Im Frühjahr 2014 ereignete sich im schwedischen Malmö ein Angriff von Neonazis, der für die betroffenen Antifaschist_innen schwere Folgen haben sollte (AIB # 105 und # 106). Aufgrund der massiven Brutalität und dem Einsatz von Messern sorgte der Überfall für Aufsehen im In- und Ausland. Jetzt standen zwei der beteiligten Neonazis vor Gericht. Der Prozess endete mit einem Freispruch und einer Verurteilung zu drei Jahren Haft wegen schwerer Körperverletzung. Vom versuchten Mord wurden die Angeklagten freigesprochen.

Neonazis in Malmö vom Mordversuch freigesprochen

ANDREAS RASMUSSEN

■ Am 8. März 2014 findet im schwedischen Malmö die feministische „Holt euch die Nacht zurück" Demonstration statt. Auf ihrem Weg durchs abendliche Malmö passiert die Demonstration die Kneipe Sir Tobys, in der zu diesem Zeitpunkt fünf bekannte Neonazis sitzen und einen MMA-Kampf auf Großbildleinwand verfolgen. Obwohl vom Lautsprecherwagen laute Musik gespielt wird, behaupten diese später, nichts von dem Umzug mitbekommen zu haben. Gegen Mitternacht schließt „Sir Tobys" und die Neonazis machen sich auf den Weg nach Möllewangen, einem Viertel in Malmö, das für seine linke Infrastruktur und den hohen Anteil an Bewohner_innen mit Migrationshintergrund bekannt ist. Es ist kein Viertel, in dem sich Neonazis in der Regel aufhalten. Später stellt sich heraus, dass mindestens einer der Neonazis mit einem Messer bewaffnet ist.

Lebensgefährliche Verletzungen

Um 00:31 Uhr gibt es die erste Meldung der Polizei über eine Massenschlägerei. Zwei Polizisten auf Pferden kommen zufällig am Tatort vorbei. Eine Gruppe Neonazis hat Antifaschist_innen, die gerade von der 8. März-Demonstration kamen, angegriffen. Der Überfall ist brutal und vier linke Aktivist_innen werden mit Messern zum Teil lebensgefährlich verletzt. Einem Antifaschisten wird in die Armhöhle gestochen. Er verliert vier Liter Blut, bricht noch am Tatort zusammen und schwebt in akuter Lebensgefahr. Erst am frühen Morgen können die Ärzte Entwarnung geben. Zwei Frauen werden ebenfalls durch Messerstiche verletzt, wobei eine der beiden Stichverletzungen in Rücken, Schulter und Magen erleidet. Durch großes Glück verhindert die winterliche Kleidung, dass lebenswichtige Organe getroffen werden. Das vierte Opfer ist Showan. Er wird in den Rücken gestochen. Viel schlimmer als die Stichverletzung ist jedoch die Kopfverletzung, die ihm beigefügt wird. Zunächst ist sich Showan nicht über die Ernsthaftigkeit seiner Kopfverletzung bewusst und er schafft es noch, sich in seine ca. 500 Meter entfernt liegende Wohnung zu schleppen. Hier finden ihn Freund_innen stark blutend und kaum noch bei Bewusstsein im Badezimmer. Der Notruf alarmiert auch die Polizei, die kurz darauf die Wohnung stürmt. Showans Freundin wird der Zugang zu ihm seitens der Polizei verweigert. Die Anwesenden in der Wohnung beschuldigen diese später, die Ankunft der Rettungsärzte verzögert zu haben. Vom Angriff bis zur Ankunft Showans im Krankenhaus vergeht eine ganze Stunde. In der Nacht wird er zweimal notoperiert. Sein Gehirn ist stark angeschwollen: Eine lebensgefährliche Situation.

Die ukrainische Verbindung

Zwei der Neonazis werden noch in der Nacht festgenommen, ein dritter am darauf folgenden Tag. Der vierte Angreifer und Hauptverdächtige, Andreas Carlsson, flüchtet in die Ukraine. Carlsson war führendes Mitglied der 2015 aufgelösten, neonazistischen „Partei der Schweden" (Svenskarnas Parti) und ist seit 15 Jahren ein bekannter und aktiver Neonazi. Erst wenige Wochen vor dem Überfall war Carlsson aus der Ukraine zurückgekehrt, wo er gemeinsam mit anderen schwedischen Neonazis ukrainische Neonazis besuchte, die aktiv am Krieg im Land beteiligt sind. Gerade einmal zwölf Stunden vor dem Angriff am 8. März war dies Thema in einer Radiosendung, in der sich ein Mitarbeiter vom schwedischen Verfassungsschutz (SÄPO) dahingehend äußerte, dass er bei den Rückkehrern „keine gestiegene Motivation oder Fähigkeiten sieht, ein politisches Verbrechen zu begehen". Carlssons Flucht in die Ukraine endete im November 2015, wo er in der Stadt Lviv in der Westukraine festgenommen wurde.

Der fünfte Mann

Mehrere Zeugen des Überfalls sagten aus,



dass mindestens fünf Neonazis beteiligt waren. Während es der Polizei in zwei Jahren Ermittlungszeit nicht gelungen war, diese fünfte Person zu identifizieren, brauchten Journalisten einer linken Recherchegruppe dafür nur wenige Tage. Die polizeiliche Ermittlungsarbeit war öffentlich zugänglich. Auf der Liste der Personen, die ihre Kreditkarte in der Kneipe kurz vor dem Angriff benutzt hatten, fand sich auch ein bekannter Neonazi mit Verbindungen zu den Angreifern. Aus unerklärlichen Gründen wurde dieser nicht einmal verhört.

Im Juni 2016 stellte sich heraus, dass nur gegen zwei der vier beschuldigten Neonazis Anklage erhoben wird. Auch für die Messerstiche auf die Antifaschistin und den Stich in den Rücken von Showan wird niemand zur Rechenschaft gezogen werden. Andreas Carlsson wird wegen Mordversuchs an einem Antifaschisten und der schweren Körperverletzung des zweiten Antifaschisten angeklagt. Martin Clausen wird der Mordversuch an Showan vorgeworfen.

Vor Gericht

Der Prozess wurde in nur fünf Tagen verhandelt. Antifaschist_innen und Angehörige zeigten vor und im Gerichtssaal ihre Solidarität mit den Angegriffenen. Die Unterstützung für die Neonazis fiel hingegen gering aus: Drei Neonazis wurden von der Polizei in den Saal geleitet. An einem Tag versuchten sieben Neonazis vor das Gerichtsgebäude zu kommen, wurden aber von der Polizei abgefangen. Wessen Geistes Kind sie sind zeigt die Tatsache, dass ein Neonazi versuchte, mit einem Messer in den Gerichtssaal zu gelangen und mindestens ein weiterer auch mit einem Messer bewaffnet war.

Vor Gericht sagten etliche unbeteiligte Zeugen aus. Einige sahen in den Neonazis die Angreifer, während andere meinten, die Aggression sei von den Antifaschist_innen ausgegangen. Ein Polizeitechniker erklärte, dass die Stichverletzungen dem Messer von Andreas Carlsson zugeordnet werden können. Während des Prozesses veröffentlichten die vier Antifaschist_innen eine Pressemitteilung, in der es heißt: „Wir können nicht anders als festzustellen, dass es strukturelle Fehler im Rechtssystem gibt und wir aus diesem Grund keine besondere Hoffnungen in den Prozess legen. Für uns handelt der Kampf nicht um eine bestimmte Anzahl an Jahren und Monaten, die einzelne Neonazis hinter Schloss und Riegel verbringen, sondern um das Recht, sich frei auf unseren Straßen zu bewegen. Und hier haben wir alle zusammen gewonnen. Wir sehen uns nicht als Opfer."

Am 22. Juli, dem 5. Jahrestag von Breiviks Terrorangriff in Norwegen, fällt das Urteil. Während Carlsson wegen schwerer Körperverletzung zu drei Jahren Haft verurteilt wird, wird er gleichzeitig vom Mordversuch freigesprochen. Der Richter sah die Tötungsabsicht von Carlsson als nicht erwiesen an. Clausen, der beschuldigt war, Showans Schädel an einen Kantstein geschmettert zu haben, wird freigesprochen, obwohl eine unabhängige Zeugin aus ihrem Fenster die Tat beobachtet hatte und an Clausens Jacke Showans Blutspuren gefunden wurden. Dieser skandalöse Freispruch wurde damit begründet, dass es nicht erwiesen sei, dass Showan sich seine Verletzungen bei genau diesem Angriff zugezogen hat. Im Endeffekt bringt das Urteil gute wie schlechte Dinge mit sich. Showan wird durch den Freispruch von Clausen keinen Anspruch auf die circa 70.000 Euro Schadensersatz für seine lebenslangen Verletzungen haben. Politisch gesehen muss hingegen schon als Erfolg gewertet werden, dass das Gericht die behauptete Selbstverteidigung der Neonazis als nicht glaubhaft zurückgewiesen hat. •

Andreas Rasmussen ist Mitglied beim dänischen Recherchekollektiv Redox. Im Herbst kommt ein Buch von ihm heraus, das sich Showan, dem Überfall und insbesondere Showans Leben nach dem Angriff widmet.

NORWEGEN

Fünf Jahre nach Breivik

GASTBEITRAG VON STEIN LILLEVOLDEN

Am fünften Jahrestag des von Anders Behring Breivik begangenen grausamen Massenmords an 69 Kindern und Jugendlichen beim sozialdemokratischen Sommerlager auf der norwegischen Insel Utøja und dem Bombenangriff auf ein Regierungsgebäude in Oslo, der acht Menschenleben kostete, taucht in München ein psychisch kranker Nachahmer auf und ermordet acht junge Menschen. In Breiviks sogenanntem Manifest „2083 — A European Declaration of Independence" und dem nachfolgenden Gerichtsverfahren beschreibt dieser eine angebliche Organisation von heimlichen Solo- und Duo-Zellen. Diese Zellen würden überall in Europa darauf warten, gegen Islamisten und Dschihadisten in den Krieg zu ziehen. Zwar wird ein selbstmordgefährdeter, psychisch kranker 18-jähriger deutsch-iranischer Junge wohl kaum ein Alliierter im arischen Rassenkrieg sein, dennoch wird diese Solo-Zelle aus München von Breivik sicher als Beginn eines europäischen Bürgerkriegs gewertet. Ein Bürgerkrieg, in dem Breivik sich als ersten Märtyrer sieht. Glücklicherweise steht die Tragödie von München eher für das Gegenteil und ist deutlicher Ausdruck dafür, dass all das, was Breivik zu seinem sogenannten Manifest zusammengekleistert hat, in den fünf Jahren nach Utøya keinerlei organisierte Fortsetzung gefunden hat.

Der Sieg des Rassismus

Weitaus erschreckender als Breiviks „einziger Getreuer" ist, wenn Europas Fokus auf einen ISIS-inspirierten Terrorismus immer häufiger mit einer politisch heuchlerischen und zynischen Kampagne gegen Flüchtlinge vermischt wird. Eigentlich sollte man glauben, dass die Anschläge vom 22. Juli eine Delegitimierung von rassistischen und einwanderungsfeindlichen Äußerungen und Organisationen zur Folge gehabt hätte. Leider erleben wir überall in Europa das Gegenteil. In den letzten fünf Jahren ist Norwegens Gesellschaft kälter, rassistischer und brutaler geworden. Begriffe, die vor fünf Jahren noch nicht salonfähig waren, werden jetzt nicht mehr nur anonym im Internet, sondern auch in Parlamentsreden oder von den liberalen Medien verbreitet. Die Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet), in der Breivik jahrelang Mitglied war, sitzt heute in der Landesregierung in einer schwarz-blauen Allianz mit der konservativen Partei Høyre. Und der Platz, der den anti-islamischen Organisationen heute in der öffentlichen Debatte in Norwegen eingeräumt wird, ist besorgniserregend. Denn diese Debatten zielen nicht auf Lösungsvorschläge für soziale Probleme, sondern darauf, wie man Menschen am einfachsten wieder loswird.

Fjordman

Die notwendige politische Aufarbeitung und Abgrenzung zur extremen Rechten in Norwegen ist durch die Debatte um Breiviks Zurechnungsfähigkeit komplett untergegangen. Obwohl Breivik letzten Endes für zurechnungsfähig angesehen und verurteilt wurde, hat die Psychiatriedebatte eine Entpolitisierung der Terroraktion mit sich gebracht. Es gab schon immer einen engen Zusammenhang zwischen extrem rechten Terrorhandlungen und individueller Verrücktheit, ohne dass dies jedoch den Rassismus, die Ideologie und die Handlungen der Täter weniger politisch macht. Breiviks psychische Probleme entschuldigen deshalb nicht die ideologische Inspiration für seine Tat.

Peder Are Nøstvold, der Mann mit dem berüchtigten Pseudonym „Fjodrman", ist der Anti-Islamist, auf dessen Gedanken Breivik sich in seinem sogenannten Manifest hauptsächlich bezieht. Zwei Jahre nach dem Massenmord in Norwegen bekam derselbe Fjordman von der halbstaatlichen Organisation das „Freie Wort" (Frit Ord) ein Autorenstipendium über 75.000 Kronen (ca. 8.200 Euro). Dies gab ihm die ökonomische Freiheit, eine tränenreiche Geschichte über die Ungerechtigkeit zu schreiben, dass er als Inspirationsquelle von Breivik ausgemacht wurde und wie dies dazu führte, dass er aus Norwegen flüchten und sich bei Gesinnungsgenossen in Dänemark und Deutschland niederlassen musste.

Dieses Buch versucht, den Fokus auf Fjordman als direkte Inspirationsquelle Breiviks für einen europäischen Bürgerkrieg zu entfernen. Es wird die These aufgestellt, dass Breivik mit seinem Terrorangriff im Namen des Antiislamismus diesen in Wirklichkeit in ein schlechtes Licht rücken will, um damit die „moderaten Islamkritiker" zu zerstören.

Angst vor dem eigenen Schatten

Die politische Rechte kritisiert, dass bei der „Elite und den Experten" eine angebliche Korrektheit, ein Konformismus und eine Konfliktlosigkeit gegenüber besonderen

Ansprüchen von Migrant_innen herrsche. Diese Kritik hat sich mittlerweile zur hegemonialen Wahrheit entwickelt. Diese Argumentation wird auch gegen Alle benutzt, die aufzeigen, dass die „Religionskritik" sich in hohem Maße zu einem traditionellen Rassismus und einer generellen Menschenverachtung entwickelt hat. In diesem dreckigen Fahrwasser konnte die islamfeindliche Internetseite Document.no wachsen und vom einseitigen Fokus der Gesellschaft auf den islamistischen Terror profitieren. Document ist jetzt die größte einwanderungsfeindliche Internetseite in Norwegen und gibt in einem eigenen Verlag Bücher und Zeitschriften heraus. In den Jahren vor seinem Terroranschlag versuchte Breivik, einen Zugang zu Document zu finden und nahm aktiv unter einem Pseudonym an Debatten auf der Seite teil.

Hans Rustad, Chefredakteur von Document, hat nach Breiviks Tat mehr und mehr Angst vor dem eigenen Schatten. Er ist ein typischer Intellektueller, der mit seinem christlichen und nationalchauvinistischen, antiislamischen Einwanderungswiderstand — den er selbst gern als „kulturkonservative Besorgnis über die multikulturelle Gesellschaft" beschreibt — und der großen Abstand zu gröhlenden Neonaziskinheads und deren Gewaltorgien und Bombenmännern sucht, bis zum 22. Juli 2011 nicht einsehen wollte, dass es Menschen gibt, die Worten Taten folgen lassen. Aus diesem Grund führte Rustad die strenge Kontrolle von Inhalten und Diskussionen auf Document ein. Doch jetzt, wo Breivik nicht mehr allgegenwärtig ist, ist der Ton in den Debatten wieder hasserfüllter geworden. Dabei liegt der Fokus der Kritik von Document ähnlich wie bei Breivik auf der sozialdemokratischen Partei und den „sozialistischen Landesverrätern und Islamfreunden". Und das, obwohl Rustads Lieblingspartei, die Fortschrittspartei, gerade in der Regierung ist und somit einen Teil der eigentlich kritisierten „Elite" darstellen müsste.

Invasive Kakerlaken

Document hat in dem Bestreben, sich als christlich-konservativ zu präsentieren, eine Kunst von Andeutungen entwickelt. Schlussfolgerungen werden dabei den Besucher_innen der Internetseite überlassen. Ein Beispiel dafür ist eine auf den ersten Blick neutrale Pressemitteilung über das steigende Problem mit Kakerlaken und blutsaugendem Ungeziefer in Oslo. Die Relevanz einer solchen Meldung für ein Anti-Islam-Forum erschließt sich nicht sofort. Aber die Leser_innen der Diskussionsseiten verstehen augenblicklich die Codes und sprechen laut aus, wer diese Kakerlaken sind und wer für diese Invasion verantwortlich sei.

Unter dem Aufmacher „Ich bin Fjordman" zeigt die Boulevard Zeitung „Verdens Gang" Peder Are Nøstvold Jensen, das „Vorbild vom Massenmörder".

Hans Rustads Bedarf nach „Weißwaschung" ist nicht nur Breivik geschuldet, sondern auch dem Umstand, dass Document mittlerweile Investoren hat. Vier Vollzeitbeschäftige und teure Büroräume im Zentrum von Oslo kann das Projekt mittlerweile vorweisen.

Fortschrittspartei

In Norwegen ist der politische Erfolg der rechtspopulistischen Fortschrittspartei dennoch das Beunruhigendste am Rechtsruck im Land. In ihrer Position kontrollieren sie nun mit Hilfe der konservativen Partei Norwegens die Asylpolitik. Die grundlegende Politik der Fortschrittspartei beruht auf starken Generalisierungen gegenüber Volksgruppen, Nationalitäten und Einzelpersonen. Als sich Mitglieder der Partei im Ausland selbst Generalisierungen ausgesetzt sahen, fühlten sie sich missverstanden. Der Botschafter Norwegens wurde instruiert, wie dem negativen Bild der Partei begegnet werden könne. Die ausländische Presse äußerte Verwunderung darüber, wie die Rechtspopulisten, deren Mitglied Rechtsterrorist Breivik zehn Jahre lang war, in einem demokratischen und sozialliberalen Norwegen an der Regierung sein können. Die Fortschrittspartei behauptet, Breivik sei lediglich passives Mitglied gewesen und habe bei ihnen keine Unterstützung für seine Ideologie gefunden. Dennoch trägt diese Partei eine große Verantwortung für die vorurteilsbehaftete Einstellung der Bevölkerung gegenüber Einwander_innen und Asylsuchenden in Norwegen. Über viele Jahre wurde eine Katastrophenstimmung im Land beschworen und Geflüchtete, „die politisch Korrekten", Sozialist_innen und insbesondere Sozialdemokrat_innen als die Feinde Norwegens ausgemacht. Dass in der Konsequenz Schlagwörter und Brandreden zu Brandsätzen und Bomben werden können, zeigt nicht zuletzt der Fall Breivik. •

FRANKREICH

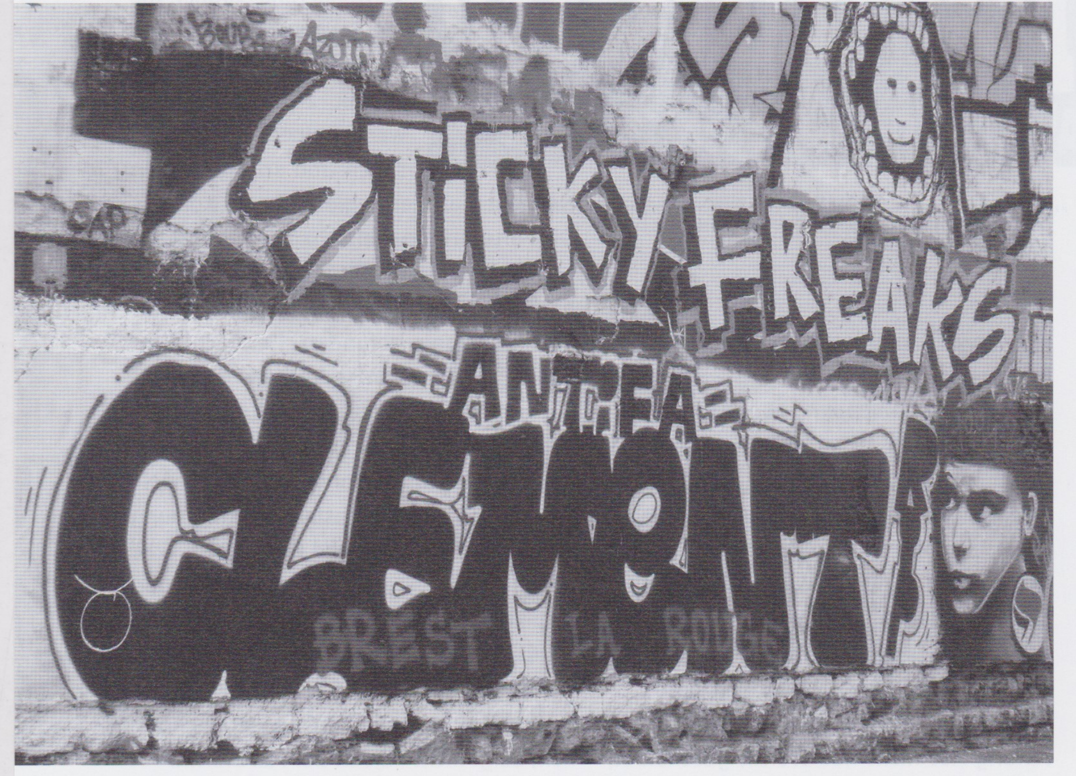
Am 5. Juni 2013 wurde der 18-jährige Antifaschist Clément Méric von Neonazis in Paris ermordet. Vom 3. bis 5. Juni 2016 fand in Paris ein Aktionswochenende zum Gedenken an Clément statt. Dort führten Genoss_innen der Antifa Pinneberg für das AIB ein Interview mit der Action Antifasciste Paris Banlieue, das wir hier gekürzt wiedergeben.

„Der Kampf gegen Faschismus und Rassismus muss Teil der Sozialen Kämpfe werden."

Interview mit der Action Antifasciste Paris Banlieue

Könnt ihr euch kurz vorstellen?

Wir sind eine Gruppe von Antifaschist_innen aus Paris und den Vorstädten. Unser Hauptanliegen ist es, die Rechte zu bekämpfen, aber nicht nur. Wir sind eine antikapitalistische Gruppe und möchten den Kampf gegen Kapitalismus und den Kampf gegen Rechts verbinden. Der Kampf findet in den Köpfen und auf der Straße statt. Zur Zeit gewinnt jedoch in Frankreich die Rechte den Kampf um die Köpfe, deren Ideen finden Anklang in der Gesellschaft. Deshalb müssen wir nicht nur auf der Straße kämpfen, sondern auch um die Köpfe. Das heißt, dass wir uns auch gegen den Staat stellen der rassistische Gesetze, z.B. gegen Roma, Muslime und andere erlässt. Wir sind unabhängig von Parteien und anderen Organisationen, was nicht heißt, dass wir nicht auch mit anderen zusammenarbeiten.



Wie wurde der Mord an Clement juristisch aufgearbeitet?

Die beiden Haupttäter Esteban Morillo und Samuel Dufouy sind auf freiem Fuß. Ein Prozess ist immer noch nicht absehbar.[1] Die Mörder kommen aus der Neonazi-Organisation „Troisieme Voie" (3. Weg), die mittlerweile verboten wurde. Der Anführer der Organisation war Serge Ayoub, heute ist er Präsident und Mitbegründer des rechten Bikerclubs „MC Praetorians" (siehe AIB # 110), der vor allem durch die Organisierung mehrerer Neonazikonzerte bekannt wurde, unter anderem mit Endstufe, Nordglanz und Stahlfront.

Ist der Mord nach drei Jahren noch Thema in der Gesellschaft, was berichten die Medien?

Er ist kein Thema mehr. Anfangs herrschte Bestürzung und Betroffenheit in den Medien, die aber schnell einem Herunterspielen der Tat wich. Wenn etwas zum Mord

berichtet wird, dann wird das Ganze immer als Auseinandersetzung zwischen zwei rivalisierenden Jugendgruppen dargestellt. Die politische Dimension wird außer Acht gelassen. Es ist allgemein gerade so, dass Taten mit rassistischem oder rechtem Hintergrund heruntergespielt und als Taten von z.B. Betrunkenen dargestellt werden und damit ein politischer Hintergrund ausgeblendet wird. Zum Beispiel bei Brandanschlägen auf Moscheen konnte man dieses Verhalten zuletzt öfter beobachten.

Wie hat sich Paris / Frankreich verändert nach den Terroranschlägen im Januar / November 2015?

Nach den Anschlägen war das Verhängen des Ausnahmezustandes vor allem eine mediale Aktion der Regierung, die Stärke zeigen und das Gefühl vermitteln sollte, dass etwas getan wird. Die Maßnahmen betrafen anfangs vor allem Menschen mit muslimischem Glauben oder solche, die für Muslime gehalten wurden. Es stehen über 3.000 Menschen unter Hausarrest und es gab ähnlich viele Hausdurchsuchungen. Wegen des Ausnahmezustands ist dies ohne richterliche Genehmigung möglich. Eine Anordnung des Polizeichefs reicht aus. Beim Klimagipfel in Paris (COP 21) haben sich die Repressionsmaßnahmen dann vor allem gegen Klimaaktivist_innen und Akteure der Linken gerichtet. Neben Hausarresten und Hausdurchsuchungen wurden auch Demonstrationen verboten.

In den letzten Jahren hat die Rechte in Frankreich viele Stimmen dazu gewonnen und die öffentliche Debatte bestimmt. Derzeit gibt es massive Proteste von links gegen eine Arbeitsmarktreform. Wie schätzt ihr die aktuelle Situation ein?

Seit den Protesten gegen die Arbeitsmarktreform richtet sich die Repression gegen jegliche Opposition, die sich gegen den Staat stellt. Die Parole der Proteste ist: „Tout le monde deteste la police!" (Die ganze Welt hasst die Polizei!). Die Art und Weise der Demonstrationen hat sich verändert, es wird nicht mehr in den Blöcken der Parteien und Gewerkschaften gegangen, sondern sich eher davon distanziert. Die Leute organisieren sich unabhängig von diesen Organisationen. Besonders in den Vororten sehen sich die Menschen nicht durch die parlamentarische Linke vertreten. Die reden viel und machen nichts, hört man. Wir versuchen zumindest es anders zu machen. Es sind jede Menge Schüler_innen und Student_innen auf den Demonstrationen, die keinen Bock haben, sich vor den Karren irgendeiner Organisation spannen zu lassen. Die Polizei geht brutal gegen die Proteste vor, es gibt viele Verletzte, auch mit bleibenden Auswirkungen. Das massive Vorgehen der Polizei hat viele Menschen, die diese Gewalt nicht kennen, erschrocken. Anders als in den Vorstädten hat sich die Polizei in der Innenstadt früher eher zurückgehalten. Doch in den Vorstädten wird diese Art von Polizeitaktik schon lange erprobt und angewendet. Sie gelten als eine Art Labor für Gesellschaftskontrolle und Polizeitaktik. Was vor ein paar Jahren in den Vorstädten erprobt wurde (Drohnen, Flashballs etc.), wird heute gegen die Demonstrationen eingesetzt.

Was für Auswirkungen hat die Repression auf eure Strukturen?

Mit dem Ausrufen des Ausnahmezustandes durch die Regierung ist es für die Polizei einfacher geworden und die Repression hat klar zugenommen. Mit den Protesten der letzten Monate hat das Level dann noch einmal zugenommen. In den Medien werden wir als Organisatoren von Krawallen dargestellt und für alles was geschieht verantwortlich gemacht. Es wird versucht, die Leute einzuschüchtern, damit sie nicht mehr an den Protesten teilnehmen. Eine weitere Taktik ist es zwischen „guten" und „bösen" Protestierenden zu unterscheiden, um die Menschen zu spalten. Wir selber merken, dass wir mehr Antirepressionsarbeit betreiben müssen.

Was zieht ihr für ein Resümee aus dem Gedenkwochenende für Clement?

Der Kampf gegen Faschismus und Rassismus muss Teil der sozialen Kämpfe werden. Wir sehen unsere Aufgabe darin, diese beiden Kämpfe zu verbinden. Das Motto der Demonstration war ja auch gegen Repression, Rassismus und rechte Gewalt — „autodefense populaire"! Wenn man die Teilnehmenden der Demonstration, die verschiedenen Banner und Parolen, die gesprüht und gerufen wurden betrachtet, kann man wohl sagen, dass es uns gelungen ist diese Themen zusammenzubringen. Wie die ganzen Kämpfe um die Arbeitsmarktreform zeigen, besteht gerade gegen unsere Bewegung ein großer Repressionsdruck. Weiter haben wir noch zwei Konzertabende veranstaltet und ein Fußballturnier organisiert. Das hat viel Spaß gemacht und gab den Anwesenden Raum, um sich auszutauschen und kennenzulernen.

Vielen Dank für eure offenen Worte, möchtet ihr am Ende noch etwas hinzufügen?

Wenn du aktiv sein möchtest, musst du zeigen, dass du nicht nur redest, sondern auch handelst. Egal bei welchem Thema. Zeige, dass du es ernst meinst und gestalte deine Zusammenarbeit so, dass man auf Augenhöhe gleichberechtigt zusammenarbeitet. •

Eine längere Fassung des Gesprächs findet sich unter antifa-pinneberg.blogsport.de

1 Am 7. Juli 2016 wurde berichtet, dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren dem Gericht übergeben hat. http://tempsreel.nouvelobs.com/en-direct/a-chaud/24954-justice-clement-meric-parquet-paris-demande-proces-assises.html

Günter Rückert
Das Karbid-Kommando
hrsg. von Heiko Koch, mit Textbeiträgen von Hans Müller, Günther Rückert, Kurt Piehl und Andreas Müller
1. Auflage Tapir-Verlag, Dotmund, 1987.
2. Auflage Verlag Edition AV, Lich/Hessen, 2016.



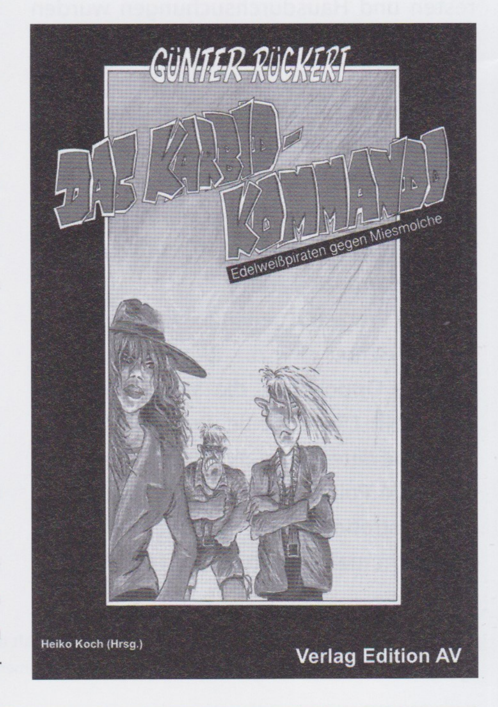
Der Comic „Das Karbid-Kommando" von Günther Rückert erschien zum ersten mal 1987 in Dortmund. Die Handlung beginnt am selben Ort fünfzig Jahre früher. Das erste Panel reicht über die ganze Seite und zeigt einen Aufmarsch der Nationalsozialisten. Während am Rand die jubelnden und Hakenkreuzfahnen schwenkenden Stadtbewohner den Aufmarsch verfolgen, wird die Aufmerksamkeit der Leser_innen durch eine Zoombewegung in den folgenden Panels auf eine kleine Gruppe gelenkt. Die fünf Jugendlichen schauen dem Treiben missmutig zu bis sie beschließen zu gehen. In einem Hinterhof lassen sie sich nieder, um Karten zu Spielen und ihren Frust über die Nazis und besonders deren Jugendorganisation Hitlerjugend (HJ) Luft zu machen, denn die Protagonist_innen der folgenden Geschichte sind Edelweißpiraten.

In einem eindrücklichen, emotionalen und spannenden Comic erzählt Günther Rückert vom Kampf der fünf Jugendlichen gegen die Pimpfe (Bezeichnung der Edelweißpiraten für die HJ) und die Schikanen, denen sie durch Repräsentanten der NSDAP in ihrer Stadt ausgeliefert sind. Immer wieder werden die Antifaschist_innen zu Disziplinar-Verfahren zitiert und schließlich unter Zwang in die HJ eingliedert. Mit viel Gefühl, aber auch mit einer ordentlichen Portion Humor berichtet der Comic von diesen Kämpfen.

Die Erzählung beruht auf den Berichten des Edelweißpiraten Kurt Piehl, der dem Zeichner Günther Rückert während der Fertigstellung beraten hat, um neben anderen Quellen ein möglichst authentisches Bild der Edelweißpiraten in Dortmund, ihrer Organisierung und Sprache zu ermöglichen. Das wird besonders in dem umfangreichen Anhang deutlich, der in der in diesem Jahr erschienen Neuauflage die Geschichte der Edelweißpiraten durch Interviews und Berichte untermauert. Auch die Titel gebende Karbidflaschen-Aktion, mit der die Edelweißpiraten eine Veranstaltung der Nazis empfindlich gestört hatten, hat ihr Vorbild in der Realität.

Günther Rückert verortet sich in einem Interview, das ebenfalls im Anhang zu finden ist, in der Comic-Undergroundszene. Deutlich wird dies auch in der zeichnerischen Umsetzung. So dienen die gezeichneten Bilder nicht als ein beliebiges Medium für eine Geschichte, die erzählt werden soll, sondern sind in Kombination mit Schrift, Sprechblasen und Panelstruktur ein Kunstwerk, das gleichwertig neben dem Inhalt steht. Die schwarz-weißen Zeichnungen ergänzen sich, ebenso wie die Panelstruktur, kreativ zu einem unterhaltsamen und spannenden Ensemble, das den Leser_innen ein Einblick gewährt in das Leben der jungen Edelweißpiraten, ohne dabei den humoristischen Umgang mit ernsten Themen, der typisch für die Comic-Undergroundszene ist, aus dem Blick zu verlieren.

Die nun erschienene 2. Auflage ist Thomas Schulz, genannt „Schmudel", gewidmet, der am 28. März 2005 in Dortmund von Neonazis ermordet wurde. Die Neuauflage schafft es, die Geschichte der Edelweißpiraten präsent zu halten und einen Bezug zur Gegenwart herzustellen. Durch die Zusammenarbeit mit der Dortmunder Geschichtswerkstatt, die sich als ein Projekt versteht, das „Geschichte von unten" beleuchten will, wird in diesem Comic die Geschichte der Jugendlichen und ihres Widerstands gegen den Nationalsozialismus in den Vordergrund gerückt, um auch dem „verdrängten, verleugneten, diffamierte Widerstand der Menschen ohne Parteiabzeichen, ohne Funktionen in Verbänden, Militär und Kirchen — dem Widerstand der an den Rand gedrängten, der ArbeiterInnen, der Marginalisierten, Armen und Jugendlichen zu gedenken", so der Herausgeber Heiko Koch. •



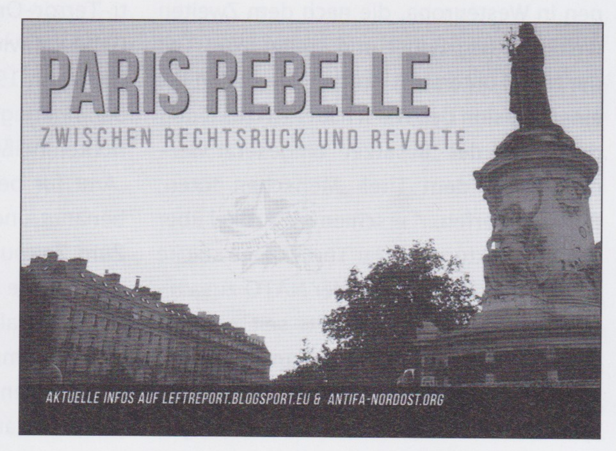
Paris Rebelle — Zwischen Rechtsruck und Revolte

Anfang Juni 2016 reisten die Berliner North-East Antifascists (NEA), Left Report und Freund_innen nach Paris, um an den Aktionen in Gedenken an Clément Méric teilzunehmen, der 2013 von Neonazis ermordet wurde. Vor Ort wurden Interviews geführt und Eindrücke gesammelt, sodass die Dokumentation „Paris Rebelle — zwischen Rechtsruck und Revolte" entstanden ist. Es wird um das Gedenken an Clément, den andauernden Rechtsruck, den Widerstand gegen die neoliberale Arbeitsmarktreform und die junge soziale Bewegung „Nuit Debout" gehen und aufgezeigt, wie antifaschistischer Protest und andere soziale Kämpfe kriminalisiert werden. „Die Protestierenden sind starker staatlicher Repression ausgesetzt. Hausprojekte und Gewerkschaftsbüros stehen unter ständiger Observation; mit der Androhung von Haftstrafen sollen Einzelne eingeschüchtert werden", so einer der Beteiligten des Filmprojekts. Des Weiteren wird auch der Prozess gegen die Mörder von Clément eine Rolle spielen.

Schon im Jahr 2015 wurde von dem gleichen Zusammenschluss eine Interview-Dokumentation über den Mord an Clément, den französischen Rechtsruck und antifaschistische Kämpfe in Paris namens „Une vie de lutte — der Kampf geht weiter" veröffentlicht. Ziel der Filmprojekte ist es, antifaschistische, antirassistische und soziale Bewegungen zu porträtieren und von den Erfahrungen und Aktionen in anderen Ländern zu lernen. Besonders der Umgang mit dem Rechsruck in Frankreich im Allgemeinen und dem Front-National im Besonderen ist in Hinblick auf das erstarken der AfD für in Deutschland lebende Antifaschist_innen spannend.

Der Film feierte am 23. September in Berlin Prämiere. Den Trailer und weitere Ausstrahlungstermine findet ihr auf den Seiten der beteiligten Gruppen. Um die Produktions- und Reisekosten zu decken, sind die Gruppen auf Spenden angewiesen und freuen sich über eure Beteiligung. •

http://leftreport.blogsport.eu



Alexander Häusler/Fabian Virchow (Hrsg.)
Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste | Abstieg der Mitte | Ressentiments
VSA: Verlag, Hamburg 2016
132 Seiten, EUR 11.00
ISBN 978-3-89965-711-1

Die aktuelle rassistische und reaktionäre Mobilmachung wird im vorliegenden Sammelband als Ausdruck eines rechten Kulturkampfes verstanden und dessen zentrale Aspekte in 13 Beiträgen analysiert. So soll ein Anstoß zur „vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Phänomen eines Rechtsrucks in Deutschland" gegeben werden.

Ob es sich bei den auftretenden Milieus und Organisationen um eine neue soziale Bewegung von rechts handelt, beantworten die Herausgeber gleich selbst. Es wird zwar darauf verwiesen, dass es weiterhin an systematisierenden und vergleichenden Zugriffen auf die ideologischen Profile sowie politischen und kulturellen Praxen (extrem) rechter Akteure mangelt, in der gegenwärtigen Situation allerdings die Herausbildung einer sozialen Bewegung vielfältig wahrnehmbar wird.

Diese Entwicklung ist eng verbunden mit der Thematisierung von Migration und Einwanderung, das ein zentrales Handlungsfeld rechter Bewegungen in ganz Europa geworden ist. Nicht nur, dass rechte Parteien wie die AfD, deren Wirken in mehreren Beiträgen analysiert wird, bei Wahlen profitieren, äußert sich der rassistisch motivierte Protest in einer großen Bandbreite politischen Handelns: „Sie organisieren Demonstrationen, produzieren eigene Medien, besetzen Gebäude, verweigern die Zahlung von Steuern [...] oder praktizieren politisch motivierte Gewalt."

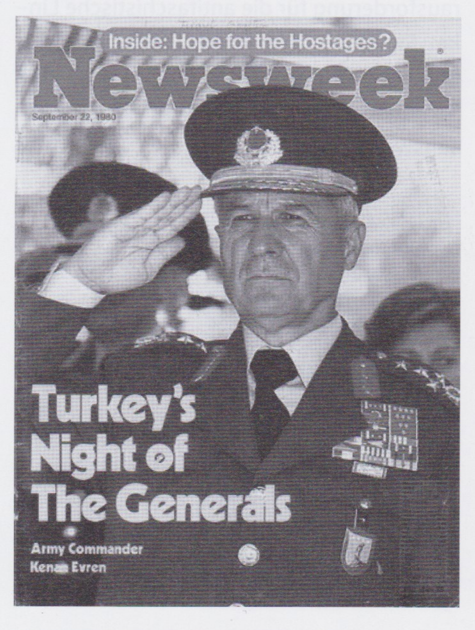
Im weiteren Verlauf beschäftigt sich der Band u.a. mit dem weltweit operierenden sogenannten „Counter-Jihad"-Netzwerken, deren Kern darin besteht über diverse Blogs vor einer „Islamisierung" der „westlichen Welt" zu warnen. Wie es aussehen kann wenn sich diese „Warnungen" auf der Straße protestförmig manifestieren, wird am Beispiel der EDL verdeutlicht. Als weithin aktive Protestakteure im deutschsprachigen Raum, wird sich mit Pegida, der Initiative „Einprozent" und auch der Identitären Bewegung beschäftigt. Auch wenn unmittelbar keine „Revolte von Rechts" bevorsteht, ist doch die anhaltende Verbreitung von völkisch-nationalistischen und rassistischen Gesellschaftsentwürfen eine Herausforderung für die antifaschistische Linke. Einblicke in zentrale Baustein dieser Entwicklung zu bekommen, macht den Sammelband ungemein wichtig und lesenswert. •

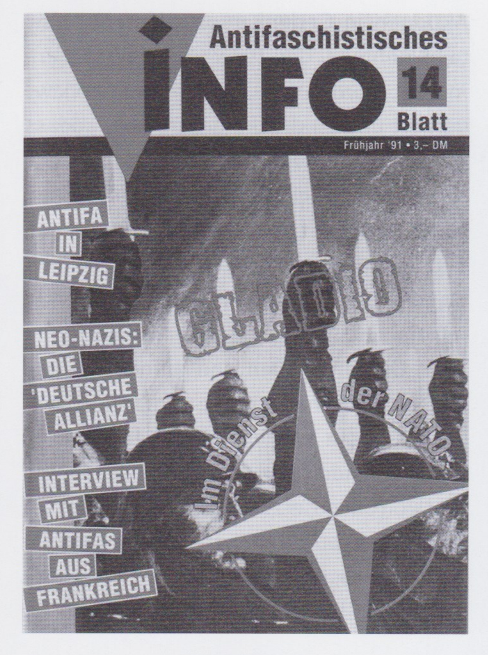


Vor 25 Jahren …

berichteten wir im Antifaschistischen Infoblatt im Schwerpunkt der Nummer 14 (1991) über die internationalen Machenschaften von „Stay Behind“. Der Sammelbegriff bezeichnet verdeckte Organisationen in Westeuropa, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und später zum Teil der NATO unterstellt wurden. Sie sollten bei einer Invasion des Warschauer Paktes hinter den Linien der „Besatzer“ eingesetzt werden. Unter dem Titel „Menschen töten, Bomben werfen…“ erschien ein Artikel über solche Strukturen in der Türkei. Eine solche Geheimstruktur, die mit der NATO zusammenarbeitet, sei dort bereits seit zwanzig Jahren bekannt. Unter dem Namen „Counter-Guerilla“ machte sie sich einen blutigen Namen. Die zahlreichen Verbindungen zwischen Politik, Militär, Geheimdiensten und dem organisierten Verbrechen in der Türkei werden dort als „Tiefer Staat“ bezeichnet. Eines der maßgeblichen Mitglieder dieser Struktur sei der extrem rechte Heroinhändler Abdullah Çatlı gewesen, der auch großen Einfluss bei den paramilitärischen „Grauen Wölfen“ gehabt habe. Der Artikel behandelt die Frage, ob es sich bei der Counter-Guerilla um einen türkischen Ableger von „Stay Behind“ handelt. Gegründet wurde die Geheimtruppe (laut Spiegel)[1] im Jahr 1953, ein Jahr nach Beitritt der Türkei zur NATO, unter der Bezeichnung „Anti-Terror-Organisation“. Sie war im selben Gebäude wie die US-Militärmission untergebracht. 1964 wurde sie in „Abteilung für Sonderkrieg“ (oder, wie es in anderen Berichten heißt in „Ozel Harp Dairesi“ (OHD): „Amt für besondere Kriegsführung“) umbenannt und dem Generalstab unterstellt. Zum Zeitpunkt des Militärputsches 1980 stand diese Abteilung unter dem Befehl jenes General Kenan Evren, der den Staatsstreich kommandierte und sich später zum Präsidenten ernannte. Von US-Militärexperten mitaufgebaut, kamen die Mitglieder der Abteilung größtenteils aus den Reihen der faschistischen „Grauen Wölfen“. Als Grundlage für die Arbeit diente eine Order, die wortwörtlich aus einem US-Army-Handbuch („Field Manual“) abgeschrieben war[2]. In dem Schriftstück, unterschrieben vom damaligen Chef der Heeresstreitkräfte Ali Keskiner, wird die Bildung einer illegalen Gruppe vorgesehen. Deren Tätigkeit wird dem Fachautoren Leo A. Müller zufolge so beschrieben: „Menschen töten, Bomben werfen, Raubüberfälle organisieren, Folter, Menschenentführung, Brandstiftung, Sabotage, Propaganda, Desinformationspolitik“[3]. So kann es nicht verwundern, daß die türkischen „stay behinds“ im Artikel verdächtigt werden, den faschistischen Terror vor dem Militärputsch mitorganisiert zu haben. Als Beispiel wird das Massaker am 1. Mai 1977 in Istanbul genannt. Von einem öffentlichen Gebäude aus war in die Menge der Demonstrant_innen geschossen worden, wobei 33 Menschen starben und Hunderte verletzt wurden. Die Sicherheitskräfte sahen bei dem Verbrechen, das nie aufgeklärt werden konnte, tatenlos zu. Weitere Beispiele sind das Massaker an Aleviten in Kahramanmaraş 1978, sowie zwei Attentatsversuche 1977 auf den damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit. Eine besondere Brisanz bekam diese Truppe bei ihrem Einsatz im Schatten des Golfkrieges. Der Chef der „Abteilung für Sonderkrieg“, Kemal Yilmaz, hatte nach einem Bericht des „ak“[4] öffentlich bestätigt, daß die Truppe in Kurdistan gegen die kurdische Befreiungsbewegung eingesetzt werde. So wird ein Massaker vom Juni 1990 an 26 kurdischen Dorfbewohner_innen als gezielte Counter-Guerilla-Aktion beschrieben. •

Kommandierte den Staatsstreich — General Kenan Evren





1 Der Spiegel, 48/1990: Spinne unterm Schafsfell **2** Die Field Manual zu „Anti-Guerilla-Operationen“, FM 31/16, FM 31/20, FM 31/21, seien im Auftrag des türkischen Generalstabes übersetzt und als offizielles Schriftstück für den Dienstgebrauch in Umlauf gebracht worden. Vgl. ZOOM 4+5/1996 **3** Vgl. Gladio, das Erbe des Kalten Krieges. Der NATO-Geheimbund und seine deutschen Vorläufer. Hamburg 1991, Seite 57 **4** ak Nr. 327, Schmutziger Krieg hinter den Linien: Konterguerilla in der Türkei und Kurdistan

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1
51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
29. Jahrgang
Nummer 112 | 3.2016

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert
das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN
Preise*
- 5 Ausgaben im Abonnement 17,50 Euro
- 10 Ausgaben im Abonnement 35,00 Euro

Weiterverkauf
- ab 3 Exemplaren je 3,50 Euro
- ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
- ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden.
Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 111

TITEL
Nazis verbieten?

NS-SZENE
Das Netzwerk des NSU zwischen Chemnitz und Zwickau

GESELLSCHAFT
Migrationspolitik die über Leichen geht

INTERNATIONAL
Blue by Day, White by Night



AIB 110

TITEL
Rechte Brüder

NS-SZENE
Spurensuche im rechten Söldnermilieu

RASSISMUS
Eine Brücke zum Faschismus

INTERNATIONAL
Im nationalistischen Taumel fällt Polen nach rechts

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ◯ 10 ◯ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

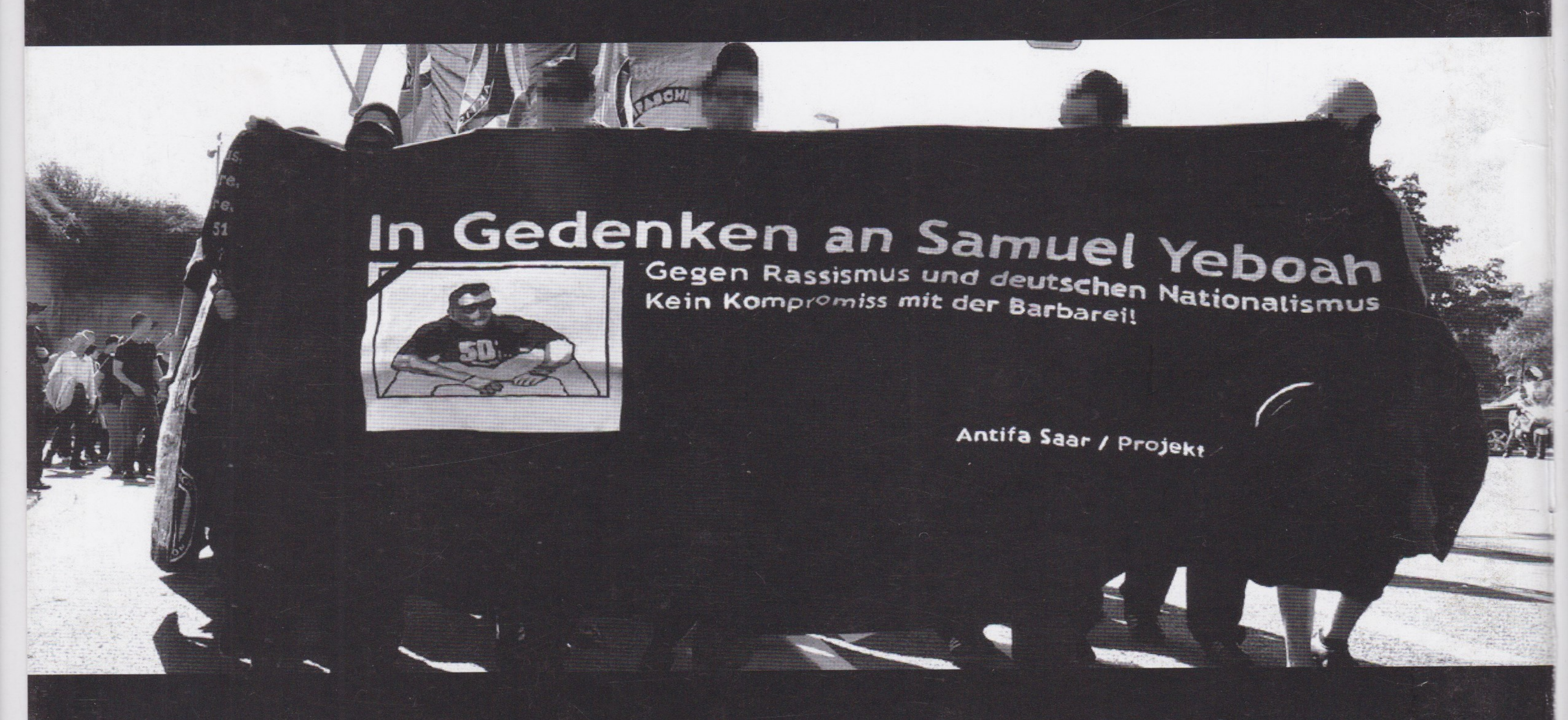
Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

HASSHATKONSEQUENZEN

IN ERINNERUNG AN
SAMUEL YEBOAH,
FLÜCHTLING AUS GHANA,
AM 19. 9. 1991 DURCH
EINEN RASSISTISCHEN
BRANDANSCHLAG IN
SAARLOUIS ERMORDET.

Schluss mit der Verharmlosung rechten Terrors!
Für ein würdiges Gedenken an die Opfer rechter Gewalt!



Organisiert den antifaschistischen Selbstschutz!

www.samuel-yeboah.de

Antifa Saar / Projekt AK
...mehr als nur gegen Nazis.

